

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis: 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Abonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedichte und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 21. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Politische Briefe aus Petersburg.

(Von unserem Korrespondenten.)

### Die Reichsduma.

I.

Sechs Wochen sind nun verfloßen, seitdem Rußland in die Periode des sogenannten konstitutionellen Regimes eingetreten ist. In diesen sechs Wochen hat die Duma schon zwei Phasen der parlamentarischen Entwicklung überlebt, die wir hier untersuchen wollen.

Unsere Leser wissen, daß die in der Duma herrschende Partei die „Kadetten“ (konstitutionelle Demokraten) sind, deren Taktik durch ihren Parteitag bestimmt wurde, der kurz vor der Eröffnung der Duma stattgefunden hat. Diese Taktik kann in zwei Worten wiedergegeben werden: sie wird durch ihre völlige Unbestimmtheit bestimmt. Ihre Haupteigenschaft ist die des Kautschuks. Hier muß noch darauf hingewiesen werden, daß am Tage vor dem Kadettenparteitag die autoritative Bürokratie einen geschickten politischen Schritt getan hat, den die Kadetten ganz und gar nicht verstanden. Und da sie ihn nicht verstanden, so sind sie in das Netz gegangen, das ihnen die Reaktion geworfen hat. Kurz vor dem Parteitag nämlich hat die regierende Clique das Gerücht von dem Rücktritt des Ministeriums Witte-Durnowo ausgebreitet und bald hat sich dieses Gerücht bestätigt. Im „Sturze“ dieser Scharfrichter Rußlands sahen die Kadetten den Wunsch der Regierung, den Weg der Kompromisse zu betreten und vor allem sich mit den Kadetten — als der in der Duma herrschenden Partei — zu verständigen. Dieses Faktum in Betracht ziehend, empfahl Herr Professor Wituloff, Referent über die Taktikfrage auf dem Parteitage, jene „Unbestimmtheit“, die einerseits die Ehrgeizbis der Konstituante, andererseits die Schula der sogenannten „organischen“ Mitarbeit mit dem absterbenden Regime zu vermeiden schien. Sich in den Grenzen des über die Reichsduma veröffentlichten Ukases halten, nichts gegen die Vorrechte der Krone unternehmen, friedlich parlamentarischen Weges mit Hilfe beiderseitigen Nachgebens die Auflösung der alten Ordnung erzielen und ein konstitutionelles Regime schaffen — das war die Parole. „Bermittler sollen wir sein zwischen dem alten und dem neuen Rußland“, das war der taktische Hinweis, der von dem Parteitage für die parlamentarische Fraktion der Kadetten gegeben wurde.

Als die in der Stille lauernde, mit Ungebuld die Resultate des Kadetten-Parteitages erwartende Reaktion sah, daß es nicht Feinde waren, die zu ihr sprechen wollten, sondern „Bermittler“, da erhob sie das Haupt und erklärte sich, dem gesamten Volke ins Antlitz zu schlagen, indem sie am 25. April (russischen Stils), zwei Tage vor der Eröffnung der Reichsduma, die „Grundgesetze“, d. h. eine „Konstitution“ veröffentlichte, die tatsächlich die ganze autoritative Gewalt wiederherstellt, da sie die Duma des Rechtes der Initiative beraubt und außerdem jegliches Gesetz nur dann ins Leben ruft, wenn es des Kaisers Approbation erhalten hat!

Durch die Veröffentlichung dieser Grundgesetze zeigte die Reaktion ihr wahres Antlitz und erklärte sie sich zum Kampfe bereit. Aber die Kadetten hofften dennoch auf einen friedlichen Ausgang, und in dieser Hoffnung schlossen sie ihren Parteitag.

Nach dem bekannten „Empfang“ im Winterpalais trat die Reichsduma in die Ausarbeitung der Antwortadresse auf die Thronrede ein. Aber vorher erhoben die Kadetten in der Duma ihre Stimme zugunsten einer sofortigen Amnestie, und zwar wurde die Frage derart gestellt, daß die Amnestie nicht eine einmütige Forderung der Duma wurde, sondern als ihr Wunsch, als ihre Hoffnung zutage trat, daß man dem allgemeinen Volkswillen nachgebe.

Herr Roditschew, einer der Führer der Kadetten, hielt in der Duma eine Rede, die sogar in den Reihen der Kadetten selber Konfusion und bei allen Bewußten und demokratischen Elementen im Lande einen Sturm des Unwillens hervorrief. Roditschew erklärte sich nämlich zu erklären, daß die Krone „die politischen Verbrecher durch Verzeihung und Mildestrafen solle!“ — So sprach dieser Kämpfer für die Freiheit, der in allen Wahlversammlungen schwur: die ersten Worte der Kadetten in der Duma würden „alle Gewalttäter und Scharfrichter vors Gericht ziehen“.

Amnestie wurde nicht erteilt, und die „Verbrecher“ weisen noch in den Gefängnissen, in der Verbannung, bei der Zwangsarbeit. — Die Duma machte sich an die Ausarbeitung der Antwortadresse. Eine Kommission ward gewählt, und ihr wurden zwei Entwürfe vorgelegt: der eine von den Kadetten, ein anderer von der sogenannten „Arbeitsgruppe“, d. h. von den Abgeordneten von Landleuten und Arbeitern, die sich unter jenem Namen zu einer Gruppe vereinigt haben. Bald aber zog die Arbeitsgruppe — aus Gründen, die wir noch erörtern werden — ihren Entwurf zurück.

Der Kadetten-Entwurf wurde der Duma vorgelegt. Ohne diesen Entwurf näher zu erörtern, wollen wir hier nur darauf hinweisen, daß, wenn er auch im großen und ganzen — der Natur der Kadetten angemessen — befriedigend aufgenommen ist, er schon in seinem ersten Abzug einen Abfall der Kadetten von ihren Versprechungen enthält; denn da sie bei der Abstimmung für ihren Entwurf Einstimmigkeit erzielen

wollten, also auch die Stimmen der äußersten Rechten, des Grafen Seyden und anderer adeliger Reaktionen, zu erhalten strebten, entsagten sie der Forderung der gleichen, direkten, geheimen Wahlen und verlangten bloß „das allgemeine Stimmrecht“. Die sozialistische Presse und riesige vom Proletariat abgehaltene Versammlungen haben diese Klassenpolitik der Kadetten sofort beleuchtet. Die Arbeitergruppe, die sich schon zu jener Zeit in der Duma gebildet und die sich von der „Arbeitsgruppe“ getrennt hatte, stimmte nicht für die Antwortadresse und wies unter anderem darauf hin, daß das Proletariat schon einmal Adressen gesandt habe, daß am 9. (22.) Januar 1906 all sein Vertrauen zu Adressen zurückgezogen sei und daß das Proletariat es seitdem nicht mehr für nötig halte, sich an die Volksfeinde zu wenden.

Aber noch mehr! Im lektren Augenblick verließen Graf Seyden und seine Gesinnungsfreunde — ihrer waren im ganzen sechs — den Saal, indem sie erklärten, für die Kadettenadresse nicht stimmen zu können! So gelangten denn die Kadetten, welche die Grafenstimmen der Rechten gewinnen wollten und die Arbeiterstimmen mißachteten, zu nichts und zeigten nur noch einmal angeführt der weiten proletarischen Massen all die Unzulänglichkeit und Unzuverlässigkeit ihrer Partei und ihrer Taktik. Auch diesmal schwierte die Arbeitsgruppe.

Die Adresse der Duma wurde nicht entgegengenommen, die des Reichsrates wurde eines Empfanges gewürdigt. Zum zweitenmal also gab die Bürokratie der Volksvertretung eine Ohrfeige. Endlich kam der 13. (26.) Mai. Die regierende Clique entschloß sich, den Fehdehandschuh zu werfen: In der absoluten Stille der Dumasitzung, in Gegenwart des gesamten Kabinetts und der Mehrzahl der Glieder des Reichsrats las Goremskin seine berühmte Deklaration vor, die der ganzen Duma, dem ganzen russischen Reiche, diesem während seiner Jahrhunderte währenden Sklaverei an viel „feinere“ bürokratische Ueberraschungen gewöhnten Rußland einen einzigen Schrei des Entsetzens entlockte.

Wir dürfen behaupten, ohne Gefahr zu laufen, uns zu irren, daß, wenn die Regierung frech genug war, den Volksvertretern und dem ganzen Volke dieses Papierchen ins Gesicht zu schleudern, daran in erster Linie jene Halbheit in der Taktik der Kadetten Schuld trug, die wir oben charakterisiert haben.

Das dreifache Gebaren der Regierung war nur die logische Folge des unsicheren und diplomatischen Gebarens der Kadetten. Die Reaktion hat die Sprache der Bitten und Ratsschläge nie verstanden. Sie versteht bloß die kühne Rede der tapferen Kämpfer, die im Bewußtsein ihrer Würde als Gerolde des Volkes sprechen.

Dennoch kann man den 13. (26.) Mai als einen Wendepunkt in der kurzen Periode unseres „Konstitutionalismus“ bezeichnen. Von diesem Moment an beginnt nämlich die zweite Phase der Existenz der Reichsduma, eine Phase, welche die Verhältnisse der in der Duma vertretenen gesellschaftlichen Gruppen verändert. Tätiger und energischer tritt die sozialdemokratische Arbeitergruppe und die Gruppe der Landleute auf den Plan, und es läßt sich die Tendenz bemerken, die Kadetten zu bugtieren, anstatt sich von ihnen bugtieren zu lassen! Die Gruppe der Arbeiter nebst der der Landleute beginnt den Reigen zu führen. Man muß am 13. (26.) Mai in der Duma gewesen sein, um die Stimmung der Landleute zu begreifen. „Simson erwacht, spahrt nicht mit ihm! Die Bauern sind erwacht, und wenn sie bis zum heutigen Tage an die Regierung glaubten und Land und Freiheit von ihr zu erhalten hofften, so werden sie nach der heutigen Deklaration des Ministers aleich Simson ausrufen: Es verderben meine Feinde!“ — Diese einfachen aber beredten Worte wurden den Ministern von der Dumatribüne herab von Loffen, einem einfachen Landmanne, ins Gesicht geschleudert. Die reaktionärsten Landleute liefen danach in den Korridoren der Reichsduma umher, indem sie ausriefen: „Kein Land! Fahren wir nach Hause; hier haben wir nichts mehr zu tun! Laßt doch die Bauern selber das Land nehmen!“

Wie bekannt, wurde die Resolution der Arbeitsgruppe angenommen.

Unter dem Einfluß der Arbeiter- und der Arbeitsgruppe sowie einer Reihe von Forderungen und Resolutionen, die von Arbeiterversammlungen beschlossen wurden, bildete die Duma eine Kommission, welche die Verbrechen der Zentral- und der Lokalautoritäten untersuchen soll. Die Regierung setzt ihre bisherige Politik fort. Der Duma spottend und dadurch das Land revolutionierend, hört sie nicht auf zu morden und zu verbannen.

Die Duma bereitet eine Reihe von Gesetzentwürfen vor. Viele von ihnen, die von den Kadetten ausgearbeitet wurden, rufen unter den Arbeitern Unwillen hervor, wie z. B. die Gesetze über die Presse, das mit Recht „Zwangsarbeitgesetz“ genannt wird und offensichtlich gegen die Sozialisten gerichtet ist. Ein neues Aufbrausen der gesellschaftlichen Bewegung, ein neues Aufbrausen der Arbeiterklasse wird alle diese Gesetze hinwegfegen, nachdem deren für den gegebenen Augenblick revolutionierende Bedeutung entsprechend ausgenutzt sein wird.

Die Duma wird an das Land appellieren müssen, und das organisierte Proletariat, das die bürgerlichen Parteien in der Duma nicht aus dem Auge läßt, das ihr Betragen einer beständigen Kritik unterwirft und sie auf einen revolutionäreren Weg lößt, fixiert jetzt hauptsächlich den Kampf mit

der Regierung. Um den sich zwischen der Duma und der Kamarilla entwickelnden Konflikt auszunutzen, fordert die Arbeiterklasse den Sturz der bestehenden „Ordnung“, erstrebend, daß die Duma diejenigen Kräfte des Landes organisiere, auf welche sie sich noch zu stützen gezwungen sein wird.

Den ersten Schritt auf dem Wege der Annäherung zwischen Volk und Duma hat wiederum die Arbeitergruppe getan, die folgendes Manifest an die Arbeiter Rußlands veröffentlichte:

### An alle Arbeiter Rußlands!

Von den Arbeiterabgeordneten der Reichsduma.

Am 13. (26.) Mai hat die Regierung der Reichsduma ihre Antwort auf die Adresse der Duma an den Kaiser gegeben. Ihr wißt, Genossen, Arbeiter, was die Duma verlangte. Ihr wißt jetzt, wie die Regierung geantwortet hat.

Die Duma forderte Amnestie — die Regierung hat sie zurückgewiesen. Die Duma forderte Freiheit des Wortes, der Presse, des Streiks, Vereins- und Versammlungsrechts, Unantastbarkeit der Person, Abschaffung der Todesstrafe, des Kriegs- und Belagerungszustandes. Die Regierung hat alles zurückgewiesen.

Die Duma forderte allgemeines Wahlrecht. Die Regierung wies es zurück.

Die Duma forderte, daß das Kronland, die Kabinets-, Kirchen- und Klosterländereien, die Ländereien der Grundbesitzer in die Hände der Landleute übergehen sollten. Die Regierung wies es ab. Sie erklärte, daß sie der Duma nicht erlauben würde, den privaten Grundbesitz anzutasten.

Die Regierung verspricht keine Gesehe, die der Arbeiterklasse aus ihrer traurigen Lage helfen könnten.

Nach dieser Antwort auf ihre Forderungen beschloß die Duma einmütig, den jetzigen Ministern ihr völliges Mißtrauen auszudrücken, und sie stellte die Forderung auf, daß ein neues Ministerium aus Leuten gebildet werde, die das von der Duma in ihrer Antwortadresse aufgestellte Programm zu verwirklichen geneigt wären.

Genossen, Arbeiter! Wir, Arbeiterabgeordnete der Duma, haben mit der gesamten Duma gegen die jetzige Regierung gestimmt. Natürlich hätte die Arbeiterklasse noch vieles zu dem, was die Duma forderte, hinzuzufügen können, immerhin war in der Duma-Adresse vieles, was dem ganzen Volke und der Arbeiterklasse unentbehrlich ist. Deshalb hielten wir es für unsere Pflicht, mit dagegen zu protestieren, daß die Regierung nicht mit der Stimme der Volksvertreter rechnen will.

So ist es also, Genossen, zwischen der Reichsduma und der Regierung zu einem Zusammenstoße gekommen, der früher oder später mit der Niederlage der Regierung enden wird. Aber die Volksfrage kann nur dann siegen, wenn sich das ganze Volk entschlossen in den Kampf mengt, der in der Duma begonnen hat.

Genossen — Arbeiter! Ihr seht jetzt alle, daß die Duma dem Volke nicht helfen kann, solange sie von der Regierung aller Rechte einer echten Volksvertretung beraubt werden kann. Ihr seht jetzt, daß jedes gute Beginnen der Duma an der Selbstherrschafft der Regierung zerfällt. Diese Regierung besitzt die größten Reichthümer im Lande, und diese selben Reute benehnen unsere allgemeine Rechtlosigkeit und allerlei Ausnahmegesetze (Kriegs- und Belagerungszustand), um die Landleute und die Arbeiter in Armut, Scham und Erniedrigung zu halten.

Diese Leute — Edelleute, Beamte, hohe Geistliche — halten in ihren Händen die ganze Herrschafft im Reiche und lassen Rußland keinen Schritt auf dem Wege zur Freiheit machen.

Nicht eine machtlose Duma neben einer Beamtenregierung wird es vermögen, alle Forderungen des Volkes zu erfüllen, sondern nur eine machtvolle, auf Grund des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Stimmrechtes ohne religiöse, nationale oder Geschlechtsunterschiede gewählte Konstituante.

Die Uebergabe aller Macht an diese Konstituante zu verfechten, das ist zu unserer Zeit die erste Pflicht aller Bürger, und wir Arbeiterabgeordnete werden energisch dahin streben, daß die Duma die Zusammenberufung einer solchen Konstituante vorbereite.

Und Ihr, Genossen — Arbeiter, müßt Euch jetzt gleich dazu vorbereiten, die Duma in ihrem Konflikte mit der Regierung zu unterstützen und Eure Interessen zu verteidigen.

Enger Eure Reihen! Legt den unbewußten Massen die Bedeutung dieses Konfliktes zwischen Duma und Regierung dar, organisiert Euch, vereinigt Euch, sammelt Eure Kräfte — sie werden nötig sein!

Organisiert Euch aber und vereinigt Euch, ohne irgendwelcher Provokation nachzugeben, ohne unnötigerweise vereinzelte Zusammenstöße mit der Macht herbeizurufen. Laßt nicht unnötigerweise proletarisches Blut vergießen!

Am allerwichtigsten ist es jetzt, daß ganz Rußland, Klein und Groß, seine Meinung über den Konflikt zwischen der Duma und der Regierung klarlege.

Sprecht also Eure innerste Meinung aus, Genossen — Arbeiter. Verfaßt Resolutionen und Beschlüsse auf Meetings und Versammlungen und schickt sie Euren Abgeordneten. Uns Arbeiterabgeordneten wird das eine Stütze sein in unserem Kampfe gegen die Regierung, die den Landleuten und den Arbeitern nichts geben will.

Es lebe die Einigung der Arbeiterklasse!  
 Es lebe die Macht und die Freiheit des Volkes!  
 St. Petersburg, den 18. (31.) Mai 1906.

Abgeordnete der Reichsduma:  
 A. Sobeljew (Moskau), B. Didenko (Charkow), M. Michajlitschenko (Eкатеринослав), N. Smirnow (Kajroma), B. Rogon (Pensa), S. Wirnowoj (Kiew), B. Lebeden (Wladimir), P. Erschon (Kasan).

## Die Revolution in Rußland.

Bialystok.

Volks Bureau glaubt folgende Meldung der Welt nicht vorzuenthalten zu dürfen:

Petersburg, 20. Juni. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht ein Telegramm des Procurators von Wlana an den Justizminister, nach dem der Procurator von Grodno gemeldet hat, daß während

der Unruhen in Wialstok das Militär aus den Häusern von Revolutionären beschossen worden ist. In dem Krankenhause fand der Prokurator vier Tote und sieben Verwundete, die mitten in der orthodoxen Prozession von Bomben und Schüssen getroffen waren. Beim Eindringen in zwei Häuser, aus denen auf Feuerwehrlente geschossen wurde und in denen Patronen explodierten, fanden die Truppen neun getötete Juden. Die Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur, daß in Wialstok Bomben geworfen worden seien, findet durch die vorstehende amtliche Meldung des Prokurators ihre Bestätigung.

Wir geben als Pendant zu diesem Telegramm die folgenden Interessanten Mitteilungen nach dem „XX. Woch“:

Vor neun Tagen verließ Herr Jerogin, der Organisator der regierungsfreundlichen Wahlen und Pensionsbesitzer der staatlichen Wohnung, in der regierungsfreundliche Bauerndeputierte abgerichtet werden, seine Pensionäre in Petersburg und begab sich nach dem Grodnor Gouvernemen.

Er traf gerade zwei Tage vor dem Pogrom in Wialstok ein. Er unterwarf sich nach einem Zusammenhang zwischen einer Anklage und den Ausschreitungen gegen die Juden.

Unwahrscheinlich ist dieser Zusammenhang nicht; denn die Jeroginischen Bauerndeputierten sind vorzüglich abgerichtete Aufseher, und wir sind von jeder daran gewöhnt, daß sie den Judenbegen stets „Gooligans“ aus fremden Städten als Gastrollengeber zugezogen werden. Wer weiß, in was für einer abgerichteten „Gooligan“-Uniform Herr Jerogin am Kravall aktiv teilgenommen hat! — Jedenfalls ist es wünschenswert, daß Herr Jerogin auf seinen wichtigen Posten zurückkehrt; denn schon vor seiner Abreise schmolz die Anzahl seiner „Bögelinge“ von 72 auf 15, und auch von diesen 15 Mann sind viele unsicher, da die Duma ihre Mandate als unrechtmäßig erworben zu lasten geben. Die Gefahr ist also nicht ausgeschlossen, daß die „Pension“ auf der Kirotschnaja, oder besser gesagt: die Fahrt von Regierungsfreundlichen ins Stoden gerät, wenn dort nicht vielleicht eine Filiale des Hauses in der Moskaja 52, des Versammlungsortes des Generals Bogdanowitsch, Michels Subofius und anderer Oberjudenfratzenveranstalter eingerichtet wird. —

Von einem Privatkorrespondenten erhält Scherl folgendes Telegramm:

Moskau, 20. Juni, 10 Uhr 55 Minuten vormittags. Einer der nach Wialstok entsandten Dumaabgeordneten, Jakobsohn, telegraphierte an den Abgeordneten Winawer, die Wialstoker Stadtverordnetenversammlung habe einstimmig die Abwesenheit jeglichen Nationalhofes in der Stadt, das Vorliegen einer Revolution beim Beginn der Wegehellen sowie der Mitwirkung von Polizei und Militär beim Morden und Plündern konstatiert. Alle Nachrichten über Beschädigung verschiedener Häuser durch Revolutionäre und Juden sowie über den angeblichen Ueberfall der Juden auf die Christen seien erlogen. Ein Soldat erzählte dem Abgeordneten Professor Szejewin, der Kommandeur des Kasanischen Regiments habe sich vor Beginn des Massakers an seine Mannschaften mit einer Ansprache gewandt, in welcher er erklärte, die Juden beabsichtigten die Soldaten einzeln abzuschlachten, daher siehe es ihnen frei, mit den Juden nach Belieben zu verfahren; dies sei der Wunsch der Obrigkeit.

Und der „Russ. Kur.“ weiß zu melden: Der vom russischen Ministerium des Innern nach Wialstok zur Untersuchung der Judenmassaker und der Entstellung der falschen offiziellen Berichte der Telegraphenagenturen entsandte Stellmeister Frisch meldete soden dem Minister Stolypin, daß die Bemerkung überaus belastendes Material für die Wialstoker Behörde und den „Verband wahrhaft russischer Leute“ geliefert hat.

Die Zahl der Opfer erweist sich von Tag zu Tag als größer, denn selbst sehr hohe Schätzungen anzunehmen gelangt hatten. So teilt z. B. die „Alliance Israélite Universelle“ mit:

Wialstok, 19. Juni, 6 Uhr 32 Min. nachmittags: Im Laufe des gestrigen und heutigen Tages sind 107 Erschlagene auf dem jüdischen Friedhofe beerdigt worden. Die Zahl der Verwundeten ist im Augenblick noch nicht festzustellen, da viele innerhalb der Stadt, auch in der Umgegend, zerstreut sind. Im hiesigen jüdischen Krankenhaus liegen 50 Verwundete. Viele Verwundete sind nach Warschau gebracht worden, um dort operiert zu werden. Zahlreiche Familien schicken sich zur Auswanderung an. Der Gouverneur erklärte sich bereit, das Militär aus Wialstok zurückzuziehen und eine Bürgerwehr einzurichten zu lassen. Die Rottlage der betroffenen Bevölkerung ist sehr groß. Seit Sonntag sind weitere Gewalttätigkeiten nicht dorgekommen.

Die englische Regierung will nach einer „Standard“-Mitteilung wohl etwas tun, um der Stimmung im Lande nachzugeben, in dessen soll der russischen Regierung nicht zu schatz an den Leib gerückt werden. Zwar — aber, wie's in der betreffenden Depesche aus London heißt:

Die „Standard“ erzählt, hat die englische Regierung zwar nicht die Absicht, wegen der Vorgänge in Wialstok Vorstellungen bei der russischen Regierung zu erheben. Sir Edward Grey hat aber den englischen Votschafter in Petersburg zur eingehenden Berichterstattung aufgefordert. In Kreisen, die weit über London hinausreichen, wird der Meinung offen Ausdruck gegeben, daß der Versuch einer englischen Flotte in Rußland tatsächlich unmöglich sei, falls nicht Rußland schleunigst Schritte tue, um sich in den Augen Europas zu rehabilitieren.

Vom selben Tage (Mittwoch, 20. Juni), von dem eben diese Depesche stammt, kommt aus London die Meldung, daß am Dienstag daselbst mehrere hundert jüdische Flüchtlinge nebst Frauen und Kindern aus Odessa und Kronstadt angekommen seien, welche über die Panik haarträubende Dinge erzählen. Handel und Wandel sei völlig ins Stoden geraten.

Offenlich wartet die englische Regierung, wenn es ihr mit ihren Vorstellungen beim „Bäckerchen“ Ernst ist, nicht so lange, bis aus den Hunderten von jüdischen Flüchtlingen Hunderttausende werden!

Einstweilen hat die englische Regierung jedenfalls noch keine rechte Lust, der Stimmung des Volkes in der geschilderten Richtung nachzugeben. Das beweist folgende Depesche:

London, 20. Juni. (Unterhaus.) Der liberale Stuart Samuel fragt an, ob der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey gewillt sei, bevor irgendwelche Schritte unternommen werden, die Freundschaftsbände zwischen England und Rußland enger zu knüpfen, die russische Regierung über die Ansichten zu unterrichten, die das britische Volk über die Judenmorde hegt. In Vertretung des Staatssekretärs erwidert Parlamentsuntersekretär Walter Hume Smith: „Der Eindruck, der durch die Mordthaten und den Verlust an Menschenleben hervorgerufen, und die Sympathie, die nicht nur in England, sondern überall für die Betroffenen geweckt worden ist, sind der russischen Regierung wohl bekannt; es sind dies keine Angelegenheiten, bezüglich deren eine offizielle, diplomatische Einmischung üblich und wünschenswert ist.“

#### Das Militär!

Scherl erhält über London (20. Juni, 2 Uhr 10 Min. nachm.) folgende sensationelle Nachricht:

Aus Petersburg wird hierher telegraphiert, in Kronstadt werde heftig gefeuert; die Patrosen ritten sich auf den Straßen zusammen und hielten Versammlungen ab. Niemand wird in die Stadt hineingelassen. Die Ursache der Meutereien ist unbekannt; es werden scharfe Maßregeln getroffen, um die Ausbreitung des Aufstandes zu verhindern.

#### Die Streikbewegung.

Petersburg, 20. Juni. Die Zahl der ausländischen Wäcker in Petersburg beträgt etwa 4000. Der Aufstand hat sich auf alle bei Petersburg und an der Warschauer Bahn gelegenen Sommerfrischen ausgebreitet.

Aus Kasuga meldet „Russkaja Slowa“, daß wegen des dort ausgebrochenen Aufstandes die Bahnhofsgebäude, das Telegraphenamt, die Filiale der Reichsbahn und das Postamt militärisch bewacht werden. Das Haus des Gouverneurs ist von Truppen umgeben.

#### Das Kabinett wackelt?

Innerhalb des Kabinetts soll es freilein, weil die „Popularität“ des Justizministers seinen neidischen Herren Kollegen mißfalle. Man munkelt von „Demission“ usw.

Warten wir ab, was da wird.

#### Gibt russische Frechheit.

Die Memoiren des früheren französischen Kriegsministers André kommen gerade recht, um an der Hand eines in ihnen geschilderten hochsensationalen Vorganges zu zeigen, mit welcher beispiellosen Unverschämtheit russische Diplomaten aufzutreten wagen, wenn sie annehmen können, ihre Regierung hinter sich zu haben.

Man lese folgende Meldung aus Paris vom 20. Juni: Der frühere Kriegsminister André, welcher im „Matin“ seine Memoiren veröffentlicht, erzählt heute, daß alsbald nach seinem Amtsantritt der damalige russische Militärattaché, Oberst Murawiew, zu ihm gekommen sei und ihn ersucht habe, er möchte den Beschluß, gewisse Generalstabsoffiziere aus dem Kriegsministerium zu entfernen, zurückziehen. Er, André, sei von diesem Schritt außerordentlich überrascht gewesen und habe erklärt, daß er dies nicht tun werde. Oberst Murawiew habe darauf scharf geantwortet: „Ich ersuche Sie darum als Vertreter einer verbündeten Macht.“ André habe erwidert, daß er nur vom französischen Parlament Befehle entgegenzunehmen habe. Oberst Murawiew habe nun ausgerufen: „Unter diesen Umständen, Herr Minister, muß ich Ihnen sagen, daß Sie sich gegen das Bündnis vergangen haben.“ Er, André, habe hierauf dem russischen Militärattaché die Tür gewiesen und den Vorfall Waldeck-Rousseau mitgeteilt, der sein Vorgehen durchaus gebilligt und anerkannt habe, daß der Bündnisvertrag mit Rußland nichts dergleichen enthalte. Waldeck-Rousseau habe hinzugefügt: „Wir sind Herren in unserem Hause.“ Auf den Rat Waldeck-Rousseaus habe er, André, auch den damaligen Minister des Auswärtigen, Delcassé, verständigt, welcher anscheinend sehr unangenehm berührt gewesen sei und gesagt habe, er, André, möge große Vorsicht und Zurückhaltung bei seinen Reformen beobachten; man dürfe bei niemand Anstoß erregen. Später habe Delcassé die Abberufung Murawiew's veranlaßt. —

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juni.

#### Die Zustände im südwestafrikanischen Expeditionskorps.

Ein Mitarbeiter der „Köln. Volkszeitung“ schreibt dem Blatte zu den „angeblichen“ Meutereien in Südwestafrika:

Aus einem Soldatenbriefe aus Südwestafrika dürften einige Sätze vielleicht ein Licht werfen auf das h e d a u e r l i c h e Schweigen, in welches sich die „Korrb. Allg. Ztg.“ noch immer in bezug auf die „Vorwärts“-Veröffentlichungen hält. Es heißt in dem Briefe: „In voriger Woche (der Brief ist geschrieben in Windhuk, den 18. Mai 1906) sind wieder drei zum Tode verurteilt worden. An den beiden von meiner Kolonne wird das Urteil bald vollstreckt werden.“ Deshalb die Leute zum Tode verurteilt wurden, schreibt der Soldat leider nicht, auch spricht er nicht von Meutereien unter den Soldaten. Es mag sich ja wohl um ein schweres Verbrechen handeln. Eine solche Verurteilung scheint indes nicht „vereinzelt dazustehen“, wie das Wörtchen „wieder“ andeutend scheint. Der Bericht der Reuen mit „polit. Korresp.“ („Köln. Volksz.“ Nr. 521) dürfte sich doch etwas euphemistisch ausdrücken. Die Leute in der afrikanischen Schutztruppe haben meistens ihre Dienstzeit, für die sie sich gemeldet haben, vollendet, und möchten nun wieder in ihre Heimat, aber immer wieder wurden sie noch zurückgehalten. Als Morenga gefangen wurde, schien ihre Hoffnung in naher Erfüllung zu sein. So schreibt auch der betreffende Soldat: „Hoffentlich wird nun bald Demobilisierung. Dann kommen wir auch bald nach Haus.“ Es ließe sich darum ganz leicht erklären, wenn hier und da Unzufriedenheit bei den Leuten herrschte (wovon der Soldat allerdings nichts schreibt) und es auch schon zu Gewalttätigkeiten kommt. Genaue Informationen wären jedenfalls am Plage.

Eine wertvolle Ergänzung finden diese Angaben durch eine Veröffentlichung der „Mugsburger Abendzeitung“. Ein langjähriger Leier schreibt ihr:

„Auch ich habe die Briefe eines dort seit Beginn des Aufstandes in Südwestafrika kämpfenden Soldaten, der mehrfach deforziert wurde, also gewiß nicht zu den schlechtesten Elementen gehört, gelesen und daraus gefunden, daß es dort faul, sehr faul sieht. Der Mann schreibt u. a., daß die Abstellung, die das fächerliche, belamte dreitägige Gefecht zu bestehen hatte, auf dem Damarische exerzieren! mußte und so gerührt wurde (der Hauptmann, der dann als erster fiel, soll die Leute fortwährend angebrüllt haben), daß alles total ermüdet war, als die ersten Schüsse überraschend fielen. Und dann noch drei Tage kämpfen.“ — In einem anderen Briefe schreibt der Mann: „Geht nur keine Pfennig zu den für uns stützenden Sammlungen her, denn wir bekommen doch nichts.“ Seit Beginn des Aufstandes habe ich zwei Flaschen Mineralwasser, drei Päckchen Tabak und Zigaretten erhalten, sonst nichts. Wo bleiben die Viebesgaben? Verschimmeln sie irgendwo oder herrschen bei uns auch russische Zustände? Ferner beschwert sich der Mann bitter über die jungen als Rachehof hinhilberkommenden Offiziere, die die alten Mannschaften schlechter als die Schwarzen behandelten und die Patronen trotz der Warnungen der alten, erfahrenen Soldaten direkt an die Gewehre des Feindes führen. Auch er beschwert sich darüber, daß den Leuten nicht der Kontrakt eingehalten werde, und daß sie länger, als sie sich verpflichtet haben, zurückgehalten werden. Er schließt einen Brief mit den Worten: „Das eine ist sicher, wer von Südwestafrika heimkommt, der kommt als Sozialdemokrat heim.“ Ich wiederhole, der Mann ist ein Soldat von tabelloser Führung und aus einer Familie, aus der keine Sozialdemokraten kommen.

So schließt sich Lied an Osked! Aus allen diesen Nachrichten aus den Reihen der Soldaten selbst ergibt sich, daß Unzufriedenheit unter ihnen umgeht, und daß sie dafür mehr als hinreichende Gründe haben, daß schwere Strafen, sogar Todesstrafen, des öfteren verhängt und vollstreckt werden, in einem Falle an drei Verurteilten zugleich, daß also außerordentlich ernste Dinge vorgekommen sein müssen. Das deutsche Volk, so sollte man meinen, hätte ein Recht darauf, über diese Dinge amtliche Nachrichten zu erhalten, amtliche Darstellung der Verhältnisse, schon um prüfen zu können, ob seine Ehre, die dort für die Interessen weniger deutscher und ausländischer Kapitalisten bluten und schwere Strapazen erdulden müssen, so behandelt werden, wie es gefordert werden muß! Aber das deutsche Volk hat nach Ansicht der Regierung ausnehmend nur das Recht, die Hunderte von Millionen zu zahlen, die in den südwestafrikanischen Sand geworfen werden und das andere unterwürfige Recht, den Mund zu halten. Denn noch immer schweigen „Korrb. Allg. Ztg.“ und „Reichs-Anzeiger“. —

#### Die Klassenscheidung über alles!

... Es muß sich zeigen, ob alle Gefühle der Menschlichkeit, ob alles Empfinden für Menschenpflicht im Bürgertum erzwängt wird von Sozialisten\* und Rationalitätenshaft und „Furcht!“ (Schleiden

wir am Sonnabend in unserem Protokollartikel gegen die Greuel im Rigaer Prozeß der Sechshundertdreißig. „Es muß sich zeigen...“ Die Fassung verriet unseren Zweifel! Die Tatsachen haben ihm recht gegeben. Es hat sich gezeigt, daß es so ist, wie wir uns am Sonnabend, trotz aller schwerer Gründe, die dafür sprachen, immer noch endgültig anzunehmen weiterten. Es hat sich gezeigt, daß alle Gefühle der Menschlichkeit, daß alles Empfinden für Menschenpflicht schweigt, wo der Sozialistenshaft und die Sozialistenfurcht herrschen, daß der Klassengegensatz eine Kluff ist, die die vielgerühmte Humanität nicht mehr zu überbrücken vermag.

Die deutsche Presse, das deutsche Bürgertum ist so gut wie stumm geblieben zu den Meldungen über die Rigaer Greuel! Kein Wort empörten, leidenschaftlichen Protestes, kein noch so winziges Wort gegen die Volkstredung der Bluturteile von Riga ist laut geworden in jenem Lager. Das äußerste, was man getan hat, war die Veröffentlichung einer knappen Meldung über die Greuel und allenfalls zwei, drei Zeilen lahmter Beurteilung. Die aber zählt schon zu den Seltsamkeiten!

Die „Frankfurter Zeitung“, das demokratische Blatt, hat selbst eine solche Beurteilung nicht über sich gebracht. Kühl, wie eine Börsemotiv, registrierte sie das Entsetzliche. Selbst ein reaktionäres Blatt, die „Berl. Neuesten Nachrichten“, durfte die „Frankfurter Zeitung“ beschämen, indem es mehr tat.

Wie würde die bürgerliche Presse, wie würde das Bürgertum sich gebärden, wenn es bürgerliches Fleisch und Blut wäre, das zu Riga gefoltert wurde! Wie haben sie geschrien über die stark übertriebenen, maßlos aufgebauschten Leiden der baltischen Baronel! Wie schreit die liberale Presse über die Judenmechlei zu Wialstok, wo bürgerliches Blut geflossen ist. Aber um Revolutionäre, um Sozialdemokraten regt sie sich nicht auf, am allerwenigsten, wenn es sich um die Bedränger der kostbaren baltischen Edeldinge handelt, wenn es sich um Greuel handelt, die unter den Augen und mit der Billigung dieser „Kulturträger“ geschehen, die deutscher Nationalität sind, zur Schande des deutschen Namens!

Der Klassengegensatz erstickt im bürgerlichen Lager alle humanitären Anwendungen. Selbst die Schändung und Peinigung von Frauen läßt das Bürgertum und seine Presse stumpf und gleichgültig. Sie hat nichts, gar nichts zu sagen zu den Meldungen, daß Frauen und Mädchen, die im Verdacht revolutionärer Taten oder Befinnung stehen, gepeitscht, gefoltert werden. Heute hat kein Sahnau mehr zu fürchten, daß ihn das Bürgertum ächtele! Er kann seinen bestialischen Trieben zugellos nachgehen, wenn er sie nur an Proletariern, an Revolutionären, an Sozialdemokraten und Gegnern des deutschen Junkertums in den Schieferprovinzen betätigt. Dann wird ihm selbst die Schändung und Peinigung wechlofer Frauen und Mädchen nachgesehen!

Das Bürgertum gibt uns klar und unzweifelhaft zu erkennen, daß es Menschenpflicht gegen seine Gegner nicht mehr kennen will, daß es den Kampf in jeder, selbst der bestialischsten Form, gegen die Feinde seiner Vorzugsstellung für erlaubt hält. Der Begriff Menschlichkeit existiert für die Bourgeoisie nicht mehr.

Die Partei der Unterdrückten und Entrechteten, die gewiß am ehesten zu entschuldigen wäre, wenn sie nur an sich selbst dachte, hat in ihrem Programm den Satz, daß sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter bekämpft, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“ Und die Sozialdemokratie hat hunderte Beweise, daß dieser Satz für sie nicht bloß eine schöne Phrase ist. Sie hat ihre Kraft aufgeboden für Dreyfus, für die Buran, für die Philippinos, für die Armentier! Die Sozialdemokratie, die Klassenpartei, die Partei des Klassenkampfes, hat noch allemal, wo es galt, allgemein-menschliche Interessen zu verteidigen, ihren Mann gestanden. Die Bourgeoisie aber, die den Klassenkampf verdammt und den Klassengegensatz offiziell leugnet, sie stellt den Klassengegensatz über die Gebote der Menschlichkeit! Das ist ihre Kultur! Der Kulturfürnis schwindet, sobald der Klassenkampf die Bourgeoisie bedrängt, und zutage tritt die Barbarei. Der Klassengegensatz ist härter als alles andere!

### Deutsches Reich.

**Torpedo-Aufgaben.** Aus Krefeld wird vom 20. Juni gemeldet: Auf eine Immediateingabe des Oberbürgermeisters Dehler ging die Antwort ein, daß der Kaiser die Entsendung eines großen und zweier kleineren Torpedoboote zu der am 6. Juli stattfindenden Einweihung des Krefelder Rheinhafens befohlen habe. —

#### Der miselbige Untersuchungsrichter.

Aus Leipzig wird und geschrieben: Die Leipziger Justiz setzt den Kampf gegen die „Volkszeitung“ in verschärfter Form fort. Am Dienstag war der verantwortliche Redakteur, Genosse Seger, zu einer Vernehmung zum Oberamtsrichter Meißner geladen, wo ihm eröffnet wurde, daß es mit der „Volkszeitung“ so nicht weiter gehen könne. In der einstündigen Vernehmung erfuhr Genosse Seger, daß es sich um eine Notiz und einen Artikel in Nr. 128 vom 31. Mai handelt, worin die Leipziger Justiz behandelt wird. Die Notiz ist ein kurzer Vorbericht über die Verhandlung gegen den Genossen Kressin wegen des Artikels „Der Tiger als Affe“. Der Vorbericht, überschrieben „In eigener Sache“, protestiert gegen die in letzter Zeit bei der Leipziger Justiz eingeriffene Gepflogenheit, herabsetzende Bemerkungen über die „Volkszeitung“ und über nicht der Verhandlung beizwohnende Redakteure der „Volkszeitung“ zu machen.

Dieser Artikel hat die Leipziger Justizbeamten völlig außer Fassung gebracht, und das Justizministerium, an das sie sich wandten, hat Strafantrag gegen die „Volkszeitung“ bei den Leipziger Justizbehörden für diese gestellt.

Mit rührendem Mitleid für die geplagten verantwortlichen Redakteure suchte der Amtsrichter Meißner den Genossen Seger zur Rennung des Verfassers besagten erschrecklichen Artikels zu bewegen. Als er ablehnende Antwort erhielt, sagte der Herr: „Gut, dann will ich es Ihnen sagen, den hat Franz Mehring geschrieben.“ Als ihm Seger bedeutete, daß diese Unterhaltung zwecklos sei, da er doch nichts ausagen werde, ging der Herr zu seinem Lieblingsstema über: „daß es mit der „Volkszeitung“ so unter keinen Umständen weiter gehen dürfte; sie untergrabe die staatliche Ordnung bis in den letzten Winkel“, und wendeten die Gerichte pflichtgemäß die Gesetze zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung gegen sie an, dann schreie sie über Klassenjustiz, barbarische Strafen usw. „Nach meiner Auffassung“, sagte der Herr, „sind Sie bis jetzt viel zu gelinde bestraft worden. Ich begreife nicht, wie es Arbeiter gibt, die da als verantwortliche Redakteure zeichnen und für die Sünden anderer büßen können. Sehen Sie doch die schöne Freiheit und da draußen das Gefängnis.“

Genosse Seger hätte ja längst gehen und den Herren Richter seinen „Volkszeitungs“-Schmerzen überlassen können, aber dann wäre er ja um den Genuß der Rede und um den Einblick in die Verfassung gekommen, in die die Leipziger Justiz im Kampfe mit der „Volkszeitung“ geraten ist.

Nach all diesen Dingen kann es bei den nächsten Prozessen interessant werden. —

### Preussische Schulzustände.

Wieder einmal kommen durch die „Preussische Lehrzeit.“ Zahlen über die Frequenz preussischer Volksschulen und den Mangel an Lehrern an die Öffentlichkeit, die einfach unglaublich wären, wenn man nicht im „Land der Schulen“ eben an diese Ungeheuerlichkeiten gewöhnt wäre.

Aus dem Landkreis Oppeln z. B. werden folgende Angaben gemacht: In Kruschow haben zwei Lehrer 282 Kinder, in Boguschnitz zwei Lehrer 246 Kinder, in Sepeanowitz zwei Lehrer 230, in Schodnia zwei Lehrer 235, in Stradunja zwei Lehrer 280, in Kossorowitz ein Lehrer 148, in Hirschfelde ein Lehrer 139, in Georgenwerf ein Lehrer 180 Kinder zu unterrichten.

Auch in manchen Teilen Brandenburgs leiden die Klassen an Ueberfüllung. Besonders schlimm steht es stellenweise in der Neumark, wo in manchen Schulen weit über 100 Kinder auf eine Lehrkraft entfallen. In Pyrethra z. B. war seit Herbst 1905 die zweite Stelle unbesetzt und es mußten 160 Kinder von einem Lehrer unterrichtet werden. Unter-Grerin hat seit 1. Januar für ebenfalls 160 Kinder nur eine Lehrkraft. In Staffelde werden 263 Kinder in vier Klassen seit 1. Juli 1905 von zwei Lehrern unterrichtet usw.

Im Regierungsbezirk Merseburg sind zurzeit 64 Lehrstellen zu besetzen. Noch schlimmer ist es in anderen Regierungsbezirken.

Das sind Schulzustände, die jedem pädagogischen Ziele ohne weiteres einen unüberwindlichen Damm vorsetzen. Es sind Zustände, die in jedem Lande, das nur ein wenig auf die Heranbildung seiner Jugend hält, zu einem öffentlichen Alarm rufen müßten. In Preußen aber schweigt fast die ganze Presse und das Dreiklassenparlament stimmt statt auf Abhilfe für diese toten Zustände auf neue und andere Einengungen der Erziehung in den Volksschulen. —

Vom Dr. Seitz, dem vermutlichen Nachfolger des Wahlführers Wittkammer, bringt auch die „Frankf. Ztg.“ eine niedliche Geschichte ans Licht. Sie erinnert, daß der Dr. Seitz schon einmal seinen longenialen Freund Wittkammer in Kamerun vertreten habe und während dieser Zeit auch die Freundschaft des Großhändlers Fred Mohr gewannen habe. „Die Freundschaft nahm aber eines Tages ein plötzliches Ende, berichtet das genannte Blatt, weil Dr. Seitz von dem Oberhändler Fred Mohr dessen schönste Frau — vermutlich zur Wirtschaftsführung — verlangt hatte, dieser Wunsch ihm aber recht deutlich abgelehnt wurde.“

Demgegenüber will und der biedere Wittkammer nach dieser Seite hin, was die „Wirtschaftsführung“ betrifft, noch vorteilhafter erscheinen. Dieser hatte sich zur „Wirtschaftsführung“ wenigstens eine gleichgültige Gefährtin mitgenommen und ohne amtlichen Zwang, wenn auch mit gefälligem Haß als „Cousine“, Herr Seitz aber wollte sich unter Ausnutzung seiner amtlichen Stellung die fremdbräutige Frau eines Oberhändlers verschaffen. —

Christliche Wegelagerer und Raubvolke. Am Sonnabend hat in Köln eine vom „Christlichen“ Holzarbeiterverbande einberufene öffentliche Versammlung stattgefunden, zu der „alle Kollegen“ eingeladen waren. Infolgedessen hatten sich neben mehreren Hundert Zentrumschristen auch eine erhebliche Anzahl Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes eingefunden. Nachdem der Referent eine Zeitlang sachlich gesprochen hatte, ging er zu den gefälligsten Angriffen und Verleumdungen auf die freien Gewerkschaften über. Das hatte naturgemäß Zwischenrufe zur Folge, und es kam zu erregten Diskussionen an den einzelnen Tischen zwischen den Mitgliedern der beiden Richtungen. Wegen der großen Unruhe mußte die Versammlung auf kurze Zeit vertagt werden. Daß aber nicht etwa die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes die Ursache des Radaus waren, mag man daran erkennen, daß die „Christen“ sich zu den Tischen der Gegner begaben und diese schreien zu „belehren“ suchten. Als der Vorsitzende einen Hauptstandmalderer hinausweisen wollte, wurde ihm zugerufen: „Das ist ja einer von unseren Leuten!“ Als schließlich die Versammlung fortgesetzt wurde, kam es infolge der Gehässigkeit des christlichen Referenten zu erneuter Unruhe, und man mußte die Versammlung, die übrigens nicht polizeilich überwacht war (dieses Vorrecht genießen in Köln die freien Gewerkschaften!) schließen.

Schon während der bisher gesprochenen Auseinandersetzungen wollten wiederholt einzelne Zentrumschristen zu Tätlichkeiten übergehen. Jedoch gelang es den Bedrohten, Frieden zu stiften. Auch als ein Christlicher ein Mitglied des Holzarbeiterverbandes schlug, ließen dessen Kollegen sich nicht provozieren. Als aber die meisten Mitglieder des Holzarbeiterverbandes den Saal verlassen hatten, da fielen die „Christen“ haufenweise über die einzelnen noch im Saale weilenden Gegner her, um sie mit allen möglichen Instrumenten: Stöcken, Biergläsern, Stühlen, vereinigt auch mit Hauschlüsseln, Messern und Schlagringen zu mißhandeln. Es war ein gepanzerter Heberfall auf die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, auf deren Erscheinen man gerechnet hatte. Weit aus die meisten Zentrumschristen waren mit Stöcken in die Versammlung gekommen, was in früheren werktäglichen Versammlungen der Christlichen nie beobachtet worden ist. Einem der Felder wurde von einem der später erscheinenden Polizeibeamten ein Stockdegen konfisziert. Ein anderer Christlicher in Lodenjoppe und Federhut glaubte offenbar, auf seinem oberbayerischen Landboden zu sein; er schlug mit einem sogenannten Knider wie wild drein und brachte dabei auch einem christlichen Mitbruder drei Messerliche von hinten bei. Am schlimmsten wurde ein Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes zugerufen, das zur Geschäftsordnung gesprochen und den christlichen Referenten zum Anstand ermahnt hatte. Auf diesen einzelnen Mann stürzten etwa fünfzehn Christen ein, schlugen ihn mit Stöcken, Hauschlüsseln, einem Schlagring, mit Stühlen usw. und bewarfen ihn mit Biergläsern. Ein im Rücken sehr erprobter Christ veruchte gar, ihm einen Rohrstock über den Kopf zu stülpen, aber der Rohrstück gab nicht nach. Rührender warf dieser Christ mit Gläsern und Stühlen in einer Entfernung von etwa acht Metern auf die Rämpfenben, einerlei, ob er Freund oder Feind traf. Es wurden von den Christen einige Tische umgestürzt, mehr als hundert Biergläser zertrümmert, zahlreiche Scheiben und Stühle zerbrochen.

Draußen hörte man, wie sich die fanatischen Zentrumschristen rühmten, dem oder jenem es „aber gegeben“ zu haben. In einer Gruppe von zehn Personen, die sich zum Hause des katholischen Gesellschaftenvereins begaben, sagte einer im bayerischen Dialekt: Da hätte man den Dohr bei sich haben müssen!

Das schönste bei der ganzen Sache ist, daß die Leiter des christlichen Verbandes sofort einen Bericht in die Zentrumschreiberei gebracht haben, der in bodenloser Frechheit und Niedertracht die völlig wehrlos erschienenen Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes als die Angreifer und die Schuldigen hinstellt. Die Kölner Streikbrecherstypen suchte ihre Schandtat aus der Zeit des unbergelichen Holzarbeiterstreiks noch zu überbieten. —

### Die Bierversteuerung.

Aus Essen a. d. R. wird vom 20. Juni gemeldet: Der hier tagende 33. Deutsche Gastwirtstag nahm folgende Resolution an: Der Gastwirtstag in Essen erklärt, daß es dem Deutschen Gastwirtschaftsverbande nicht möglich sei, die Erhöhung der Brauersteuer und die damit seitens der Brauereibereinigungen beabsichtigte Erhöhung der Bierpreise ohne Erhöhung des Verkaufspreises des Bieres oder Verkleinerung der Gläser zu tragen. —

Von den Folgen des Zigarettenneuersehens. Einhundert- und zweiunddierzig deutsche Zigarettenfirmen schlossen in einer Versammlung in Dresden eine Konvention zur Abwälzung der Vandalensteuer auf die Raucher — was vorausgesehen wurde. —

Needer-Noblesse. Vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht hat sich dieser Tage ein Prozeß abgepielt, der auf die Noblesse der Hamburger Reederei und der Hamburg-Amerika-Linie ein bezeichnendes Licht wirft. Während diese Reedereien enorme Profite aus dem russisch-japanischen Kriege gezogen haben, indem sie den kriegführenden Mächten direkt Kriegslieferanten zuzuführen oder ihre Schiffe dazu vercharterten, sind die Mannschaften dieser Fahrzeuge in fast allen Fällen mit den gewöhnlichen Löhnen abgeloht worden, obwohl sie sich ständig in Lebensgefahr befanden.

Ein Feizer P. von dem Schiffe „Hogland“, das von der Amerika-Linie gechartert war, um den russischen Kriegsschiffen Kohlen zuzuführen, hatte die Reederei auf doppelte Feuer verklagt unter Hinweis auf die erhöhte Lebensgefahr, in die er durch die Reise nach dem Kriegsschauplatz geraten sei. Bei solchen Fällen sei es Usance, daß die Mannschaft gegen eine doppelte Feuer angemessert werde, oder, wenn ihr, wie in diesem Falle, das Ziel der Reise verschwiegen worden sei, werde ihr für die Zeit, in der sich das Schiff im Kriegsgebiet aufhalte, eine Entschädigung durch Zahlung einer doppelten Feuer gegeben. Während Kapitän und Offiziere die doppelte Feuer gewährt wurde, sei sie der Mannschaft abgelehnt worden. Das Schiff ist bis Saigon in Hinterindien gefahren und hat unterwegs an den Hilfskreuzer „Dunn“ 500 Tonnen und an andere Schiffe der russischen Kriegsverwaltung 2000 Tonnen Kohlen abgegeben. Die Zivilkammer IV des Hamburger Landgerichts für Handelsachen wies die Klage kostenpflichtig ab, weil die Voraussetzungen zur Anwendung der supponierten Usance — Aufenthalt im Kriegsgebiet — fehlten. Die vom Kläger eingeleitete Berufung wurde vom hanseatischen Oberlandesgericht verworfen, aber aus entgegengesetzten Gründen: Kriegsgefahr habe vorliegen, aber die Usance fehle. Der Umstand, daß die Mannschaft ohne ihr Wissen und wider ihren Willen in Kriegsgefahr gebracht wurde, konnte sie höchstens berechtigen, ihre Entlassung zu fordern, niemals aber eine die vertraglichen Festsetzungen um das Doppelte übersteigende Feuer zu beanspruchen. (Hätten die Leute ihre Entlassung verlangt und hätten sie darauf gemeinsam bestanden, so wären sie vielleicht später von einem Hamburger Strafgericht wegen Meuterei oder wegen einer anderen Bestimmung der samosen Seemannsordnung verurteilt worden, wobei dann wohl noch als strafschwerend die gefährdete Lage des Schiffes in Betracht gezogen worden wäre.) Das Gericht verneinte die Usance, weil eine geringe Zahl von Präzedenzfällen vorliege, als daß ein Handlungsgehilfenrecht daraus hergeleitet werden könne.

Die Reederei schämt sich nicht der Mannschaft, gestützt auf das formale Recht, eine Entschädigung für die lebensgefährliche Arbeit zu verweigern, obgleich sie durch die Zahlung einer Extravergeltung an den Kapitän und die Offiziere anerkannt hat, daß die Arbeit außergewöhnlichen Charakter trug. Aber was kümmern die Reederei moralische Verpflichtungen gegen gewöhnliche Arbeiter! Man braucht sie doch nicht etwa wie Skapitane und Offiziere zu behandeln! —

Chranik der Majestätsbeleidigungen. Die 25 Jahre alte Tagelöhnerin Magdalena Blattl von Neuburg wurde wegen Fortschreibens zu 15 W. Geldstrafe eventuell neun Tagen Haft verurteilt. Da sie einen kranken Mann und mehrere kleine Kinder zu besorgen hat, konnte sie weder die Geldstrafe bezahlen, noch die Haftstrafe verbüßen. Als sie am 7. April von einem Gendarmen zur Verbüßung der Strafe abgeholt wurde, tat sie in ihrer Erregung eine despektierliche Ausrufung über den Prinzenregenten von Bayern. Das Landgericht München II verurteilte die Frau wegen Beleidigung des Landesherren zu einem Monat Gefängnis! —

## Ausland.

### Oesterreich.

#### Aus-Protest.

Im Wahlreform-Ausschuß protestierte der Alldeutsche Markt am Dienstag auf das entschiedenste gegen den „Terrorismus“ der Sozialdemokraten, gegen die „Beschimpfungen“ der Ausschussmitglieder, insbesondere in den letzten sozialdemokratischen Massenversammlungen, und beantragt, mit dem Beginn des angeklagten Massenausstandes die Arbeiten des Ausschusses auf 14 Tage zu suspendieren. Mehrere Redner verurteilten gleichfalls den „Terrorismus“ der Sozialdemokraten, sprachen sich jedoch gegen den Antrag Markt aus. — Ministerpräsident Frhr. v. Beck erklärte, die Regierung werde die gesetzlich gewährtesten Rechte der freien Meinungsäußerung durchaus achten; er bedauere den in den jüngsten Versammlungen wahrgenommenen drohenden Charakter gegenüber den Abgeordneten. Die Wahlreformfreunde könnten wohl mit dem bereits gekennzeichneten, jeden Zweifel ausschließenden Standpunkt der Regierung hinsichtlich der Wahlreform zufrieden sein. Die Regierung werde mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Gesetzen Achtung zu verschaffen verstehen.

Nach Ablehnung des Antrages Markt setzte der Ausschuß die Vertagung der Wahlkreiseinteilung in Steiermark fort.

Wir meinen, unsere österreichischen Genossen werden über jenen Protest der Markt und Kompanie lächelnd zur Tagesordnung übergehen und sich auch durch Herrn v. Beck's Ausführungen in ihrem hellaren Handeln nicht beirren lassen.

Es wäre auch noch schöner, wenn die L. L. österreichische Diplomaten- und Bureaufunktionäre dem feurig vorwärtstrebenden Roffe der wahlreformhelfenden Arbeiter das Tempo angeben dürften! —

### Frankreich.

#### Die Pariser Zukunftsstaatsdebatten.

Paris, 19. Juni. (Fig. Ver.) Die Deputiertenkammer hat jetzt große Tage. Die Auseinandersetzung zwischen den Sozialisten und den Radikalen ruft die stärksten Kräfte der Parteien auf den Plan. Gester hat Clemenceau seine mit Spannung erwartete Erwiderung auf Jaurès' große Rede begonnen. Wollte man der blüherlichen Presse glauben, so müßte man den Sozialismus schon nach diesem Bruchstück für mausetot halten. Der radikale Minister hat gestern große Eroberungen gemacht. Der monarchistische „Gaulois“ ist ganz entzückt von ihm. Zweifellos macht Herr Clemenceau als Gesellschaftsretter eine bessere Figur als der edle Biötry, und wenn sich auch, sobald er auf das soziale Problem zu sprechen kommt, das Unvermögen dieses Vulgärdemokraten zeigt, das Wesen gesellschaftlicher Revolutionen zu begreifen, so bleibt es doch immer amüsant und fesselnd durch seinen Wig und unbeschwertes Spiel des Geistes.

Die Sitzung wurde mit einer Interpellation des Genossen Wasly eingeleitet, der nach einer klaren Darlegung der Ursachen des Streiks im Norden und der ungeseligen Praktiken der Unternehmer in den Kohlenrevieren die Regierung wegen des vorteilichen und gewalttätigen Vorgehens gegen die streikenden Arbeiter zur Verantwortung zog. Er legte die Photographie eines Arbeiters vor, der von den Gendarmen schwer mißhandelt worden ist, nachdem ihm die Kleider vom Leibe gerissen worden waren. Dabei hatte der Mann nicht das geringste getan und mußte am nächsten Tage freigelassen werden. Zum Schluß legte der Redner die Schuld der Gesellschaft von Courrières an der Katastrophe an der Gorg eines umfangreichen und beweiskräftigen Materials dar und zeigte, daß die einzige Lösung in der Zurückziehung der Vergewaltigungskongressen liegt.

Dem sozialistischen Sprecher der Bergarbeiter folgte Bailiant mit einer ausgezeichneten Rede, die das von Jaurès vorgebrachte

statistische Material über die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus mit überzeugenden Daten ergänzte. Die Konzentration des Kapitals macht auch in Frankreich große Fortschritte: Von 1898 bis 1901 ist das Verhältnis der Arbeiterbevölkerung zur Gesamtbevölkerung von 49,08 auf 50,6 Prozent gestiegen. In allen Industrien hat sich die Zahl der Großbetriebe stark vermehrt, stärker als die der mittleren. Die Zahl der Unternehmungen, die über 5000 Arbeiter beschäftigen, ist um 50 Proz., die der Unternehmungen über 500 nur um 20 Proz. gestiegen. Bailiant zeigte, daß in der Landwirtschaft die kleinen Eigentümer in eine stärkere Abhängigkeit geraten. Das landwirtschaftliche Proletariat nehme immer zu. Die Zunahme der Entlagen in den Sparkassen beweise nichts. Auch sie werde in letzter Linie im Sinne der Kapitalkonzentration, und so führe die Gewalt der Tatsachen selbst und dem Sozialismus entgegen. Aber der menschliche Wille werde, kundgegeben in der Bewegung des organisierten Proletariats, diese unaufhaltsame Entwicklung beschleunigen. —

### Dreßfus.

Paris, 20. Juni. (B. Z. B.) In der heutigen Verhandlung des Kassationshofes über die Dreßfus-Angelegenheit fuhr der Berichterstatter Moras in der Verlesung seines Berichtes fort und legte dar, daß keinerlei Anzeichen dafür vorhanden seien, daß die den Hauptpunkt des Vorderaus bildende Note über die Deckungstruppen Dreßfus zur Last zu legen sei.

### Italien.

#### Eine Bedrohung des italienischen Asylrechts?

Rom, 17. Juni. (Fig. Ver.)

Bekanntlich hat das italienische Volk bisher mit großer Energie sein verfassungsmäßiges Recht geschützt, politisch verfolgten Ausländern ein Asyl zu gewähren. Mitglieder der französischen Kommune, russische Flüchtlinge, Defektoren aller Länder haben selbst in den Zeiten schwärzester Reaktion unangefochten in Italien leben können. Die drohende Auslieferung des Russen Wöy rief vor drei Jahren eine wahre Volksbewegung im Lande hervor.

Als Abchiedsgeschenk hat nun das Ministerium Sonnino kurz vor seinem Rücktritt dem Senat einen Gesetzentwurf „gegen die militärische Spionage“ vorgelegt, der — wie uns scheint — ein vorzügliches Werkzeug gegen Asyl suchende Ausländer liefern könnte. In dem Entwurf, den die Presse mit unbedientem Schweigen übergegangen hat, findet sich nämlich ein Artikel gegen die „ausländischen Defektoren und verdächtigen Ausländer“, der diesen den Aufenthalt in gewissen Gemeinden und Provinzen untersagt, die die Militärbehörden im Einflang mit der Polizei festsetzen. Der Defektor kann auch einen bestimmten Aufenthaltsort wählen, den er dann aber nicht ohne polizeiliche Erlaubnis verlassen darf! Ferner soll er sich in gegebenen Zwischenräumen der Polizei vorstellen und muß beständig eine Identifizierungskarte bei sich tragen. — Falls er diesen Bestimmungen entgegen handelt, kann er mit Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten und mit Ausweisung aus dem italienischen Staatsgebiete bestraft werden! Das steht verlockend nach einer Handhabe aus, die weniger militärische Spionage bekämpft als polizeiliche Spionage Vorstoß leistet.

Daß die Furcht vor Spionen ein Stedenpferd der Behörden ist, ist jastam bekannt. Alljährlich fallen ihr viele Opfer, obwohl es sich in 99 von 100 Fällen um Dokumente und Karten handelt, die längst in den Generalstabarchiven jeder ausländischen Macht zu finden und — wie im Falle Ericolelli — überhaupt jedem zugänglich sind. In dem erwähnten Gesetzentwurf nimmt diese Spionenfurcht nicht nur die polizeilich-praktische Form der Begünstigung der Fremdenhege an, sondern gebiert auch geradezu groteske Maßnahmen. Das Gesetz will nämlich das Recht, Briefstauben zu halten, von einer Erlaubnis des Präfecten abhängig machen! Wer Briefstauben empfängt, muß sie binnen zwei Tagen dem Bürgermeister des Ortes anmelden! Die Einfuhr ausländischer Briefstauben untersteht besonderer Ueberwachung. Durch königliches Dekret kann diese Einfuhr ganz verboten werden. Alljährlich hat jede Gemeinde die Zählung der Briefstauben vorzunehmen. Die Regierung kann sämtliche Briefstauben im Staate einzeln lassen. Wer sie in diesen weichen Verrichtungen stört oder hindert, hat Gefängnis bis zu sechs Monaten und Geldstrafe bis zu 1000 Lire zu gewärtigen.

So herzlich dumm die behördliche Taubenüberwachung ist, so kann sie einen doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Karographen über die Ausländerüberwachung — verlockend geseht sind und ein Recht antasten, über das mit Eifer zu wachen Ehrenpflicht des italienischen Proletariats ist. —

### Norwegen.

#### Stortingsschluß.

Das Storting, das vom Jahre 1903 bis jetzt die Geschicke des Landes leitete, hat am Sonnabend seine letzte Sitzung abgehalten. Das letzte aus indirekten Wahlen hervorgegangene Storting hat damit seine Tätigkeit beendet. Von jetzt ab werden die Wähler ihre Abgeordneten direkt wählen; außerdem ist eine Verbesserung der Wahlkreisinteilung durchgeführt. Abgesehen von der Veränderung der Parteiverhältnisse im Lande und dem Fortschritt der sozialdemokratischen Auffassung, wird das neue Storting schon durch die Verbesserung des Wahlgesetzes eine andere Zusammensetzung erhalten als sein Vorgänger.

Die Mehrheit des alten Stortings hat bis zuletzt auch in kleinen Dinge ihre Macht ausgenutzt. Es galt z. B. ein „Vollmachtskomitee“ zu wählen, das die Aufgabe hat, die Abgeordnetenmandate des nächsten Stortings zu prüfen. Hierzu wurden nur Mitglieder der Regierungsparteien gewählt, obwohl Genosse Erikson dringend ersuchte, wenn nicht einen Sozialdemokraten, so doch einen anderen Mann der entschiedenen Opposition, etwa den Radikalen Galtberg, zu wählen. Dieser erhielt nur 30 Stimmen, Erikson selbst nur vier, die Regierungstreuen aber wurden mit 66 bis 91 Stimmen gewählt.

Das verlassene Storting hat bekanntlich eine Art „Vereinswert“ des Vaterlandes durchgeführt, gleich darauf aber dem Lande einen neuen König verschafft. Diese Ereignisse lenkten plötzlich die Augen der ganzen Welt auf das sonst so wenig oder gar nicht beachtete Norwegen. Spaltenlang wurde über die Verhandlungen des Stortings und die Taten seiner Regierungsmänner berichtet. Aber bis in alle Einzelheiten ist selbst das norwegische Volk noch nicht über diese Vorgänge aufgeklärt. Ein wenig mehr Licht darüber wird vielleicht infolge eines Beschlusses verbreitet werden, den das Storting in seiner vorletzten Sitzung mit 80 gegen 48 Stimmen faßte. Danach sollen die Protokolle des Spezialkomitees, das in geheimen Sitzungen über die Unionsfrage zu beraten hatte, veröffentlicht werden, soweit dadurch nicht öffentliche Interessen geschädigt werden.

Unverleibt blieben im Storting Anträge unserer Genossen zur Revision der Verfassung zwecks Einführung der Volksabstimmung über Gesetzentwürfe, die vom Storting angenommen oder abgelehnt sind, oder über Anträge, im Falle, daß mindestens 20 000 wahlberechtigte Bürger eine solche Abstimmung verlangen. Ebenso blieb ein Antrag auf Einführung des staatsbürgerlichen Frauenwahlrechts unerledigt. Offenlich wird das nächste Storting derartigen wichtigen Reformvorschlägen etwas mehr Verständnis entgegenbringen.

Die Regierung ist sehr zeitig auf dem Plan. Sie veröffentlicht soeben einen von sämtlichen Mitgliedern des Kabinetts unterzeichneten Wahlaufauf an das norwegische Volk, der das Programm der Regierung enthält. Er besagt unter anderem: „In den Beziehungen zum Auslande soll an strenger Neutralität und der Schiedsgerichtsbarkeit festgehalten und auf der Grundlage der Unabhängigkeitserklärung und des nachstehenden Abkommens ein friedliches, vertrauensvolles Verhältnis zu Schweden bewahrt und weiter entwickelt werden. In der Staats- und Kommunalpolitik soll eine vorsichtige und nüchterne Finanzverwaltung Platz greifen. Die großen Steuerlasten sollen weiter möglichst erleichtert werden.“

Manmähig soll eine praktische Lösung verschiedener sozialer Reformen vorbereitet werden, besonders eine Versicherung gegen Krankheit, Invalidität und Seerungslück und eine Altersversicherung. Das Erwerbsleben soll gestützt und gesunde demokratische Arbeits- und Lebensverhältnisse gefördert werden. — Der Wahlaufschlag schließt mit den Worten: „In der Ueberzeugung, daß wir auch fernhin das Vertrauen des Landes genießen, fordern wir die Wähler auf, ohne Rücksicht darauf, welcher Parteiorganisation sie früher angehört haben, Vertreter zu wählen, die sich im wesentlichen diesem Programm anschließen.“

### Marokko.

#### Die Sühne.

Tanger, 20. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Der Nachschon hat dem französischen Gesandten St. René Taillandier mitgeteilt, daß er die von Frankreich für die Ermordung des Franzosen Charbonnier geforderte Sühne zu leisten bereit sei. Ein Spezial-Kommissar wird die offizielle Antwort nach Tanger bringen. —

### Katal.

#### Die „teueren“ Kolonien.

Durban, 20. Juni. (B. N.) Die australischen Eingeborenen griffen in der Nähe von Napunpo mehrere Eisenbahngewaggan an und raubten sie aus, wobei ein Arbeiter schwer verwundet wurde. Am folgenden Morgen überfielen sie eine Niederlassung, nachdem sie den Wächter getötet und mehrere Soldaten verwundet hatten. —

### Amerika.

#### Wahltag in Chile.

Mitte März vollzogen sich in Chile die Wahlen für die Kammer. Die Arbeiter drängten sich in heller Begeisterung zu den Urnen. Sie wollten nicht nur ihr möglichstes tun, um einen Genossen durchzubringen, sondern sie wollten auch beweisen, daß sie sich von der blutdürstigen chilenischen Bourgeoisie nicht mehr wie sanftmütige Schafe mißhandeln lassen. Zum großen Keger der Gegner gelang es den Arbeitern, verschiedene ihrer Freunde durchzubringen; so wurde in dem wichtigen Salzmünbezirk Antofagasta mit großer Mehrheit Louis Recabarren und in Valparaiso, der bedeutendsten Hafenstadt des Landes, Bonifacio Weas gewählt. — Recabarren, seines Berufes Typograph, ist nicht nur in Chile, sondern in ganz Amerika bekannt. Er ist Mitarbeiter fast aller Parteiblätter; er hat alle möglichen Verfolgungen und Schikanen von seiten der Bourgeoisie erduldet und widmet sich seit Jahren nur noch der sozialistischen Propaganda. Die Organisation der chilenischen Arbeiter ist ausschließlich in seinem Verdienst. Er wird im Mai seinen Mann schon stellen, dann dank seiner eifernen Energie hat er sich eine gründliche Bildung angeeignet. — Der Mechaniker Weas ist nicht unter die Intellektuellen zu rechnen wie Recabarren, aber er ist ein ausgezeichnete, überzeugter und zuverlässiger Genosse, der es schon verstanden wird, die Sache der Arbeiter kräftig zu vertreten. Am allgemeinen ist bei den Wahlen ein entschiedenes Vordringen der Demokraten zu verzeichnen, deren Programm sich den sozialistischen Ideen sehr nähert. Da nun trotz aller Bemühungen der Genossen eine eigentliche sozialistische Partei in Chile noch nicht vorhanden ist, muß man das Vordringen der Demokraten begrüßen, weil deren Partei schließlich noch am ehesten den Embryo für eine spätere Sozialistenpartei bilden kann. —

## Die Amerika-Linie und die guten Sitten.

„Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft.“ Das ist hieran auch Generaldirektor Ballin, als er neulich die Mitglieder des Journalistentages zu einem opulenten Diner an Bord des Schnell-dampfers „Deutschland“ einlud? Selbstverständlich werden nun die Vertreter der siebenten Großmacht den „guten Ruf“ und die Gast-freundschaft der Amerika-Linie sowie die Liebenswürdigkeit des Generaldirektors Ballin von der Maas bis an die Remei, von der Eise bis an den Welt über den Schellendaus loben. Eine solche Abfütterung kostet zwar einige tausend Mark, ist aber im Grunde genommen doch nur eine billige Beklemme für die Amerika-Linie, die ängstlich darüber wacht, daß abseiten ihrer Arbeiter die guten Sitten nicht verlegt werden. Zu diesen guten, alten Sitten zählt die Amerika-Linie eine ununterbrochene 36 stündige Arbeitszeit, denn time is money. Als am Morgen des 1. Mai die auf dem Schnelldampfer „Blücher“ beschäftigten 143 festen Schauerleute nach ununterbrochener 22 stündiger Arbeitszeit das Werk stoppten, um sich an der Mai-feier zu beteiligen, gerieten die Papagisten (die Telegrammadresse der Hamburg-Amerikanischen Paletsfahrt-Aktien-Gesellschaft lautet „Papaga“, die Leiter der Amerika-Linie heißen deshalb kurzweg: Papagisten) aus Rand und Band. Um ihren Lohnslaven die Maifeiergedanken ein für allemal gründlich zu vertreiben, haben die Papagisten gegen die 143 Schauerleute eine Schadenersatzklage in Höhe von 12000 M. beim Hamburger Gewerbegericht anhängig gemacht, wie wir in Nr. 125 unseres Blattes berichtet haben. Die Verhandlung wurde bekanntlich ausgeföhrt, da der Vorsitzende einen Vergleichsvorschlag machte, über den sich die Parteien schlüssig werden sollten.

Zu Beginn der heutigen Gewerbegerichtsitzung gab der Vertreter der Amerika-Linie, Inspektor Kapitän A. Theise, die Erklärung ab, Klägerin sei zu einem Vergleich bereit, wenn die Beklagten zugeben, kontraktbrüchig geworden zu sein. Die Beklagten lehnten dies ab, worauf die Abgabe einer solchen Erklärung ab. Der Vorsitzende, Amtsrichter Dr. Vossler, meinte, es komme der Amerika-Linie weniger um die Höhe der Entschädigungssumme an, als um die Anerkennung des Kontraktbruchs, zumal in Tarif sache, daß die Arbeiter hintereinander 36 Stunden beschäftigt werden könnten. Die Vertreter der Beklagten bestreiten dies, während Inspektor Theise sich dahin äußert, daß die Arbeiter zu einer 36 stündigen Arbeit auf der Unterelbe verpflichtet seien. Die Beklagten erwidern, daß sie unter keinen Umständen anerkennen könnten, durch Kontraktbruch gegen die guten Sitten verstoßen zu haben. Nach 22 stündiger Arbeit hätten sie den „Blücher“ verlassen. Dazu waren sie berechtigt. Wenn gegen die guten Sitten verstoßen worden sei, so sei dies seitens der Amerika-Linie geschehen, deren Arbeitsmethode mit den guten Sitten nicht in Einklang zu bringen sei. Auf nochmaliges Verfragen lehnten die Beklagten die von der Amerika-Linie gewünschte Erklärung ab, worauf in die Verhandlung eingetreten wurde, die mehrere Stunden in Anspruch nahm. Die Verhandlung drehte sich hauptsächlich um die Frage, ob den Beklagten positiv erklärt worden ist, sie müßten den Dampfer ohne Unterbrechung lösen. Die in Betracht kommenden Vorgesetzten der Schauerleute vermögen eine bestimmte Erklärung nicht abzugeben, sind aber der Meinung, daß die Arbeiter den Aufschlag der Amerika-Linie mit dem Verbot des Ruhenlassens der Arbeit am 1. Mai gekannt hätten, was von den Beklagten in Abrede gestellt wird. Das Gewerbegericht setzte die Verurteilung der Entscheidung auf den 27. Juni an.

## Gewerkschaftliches.

### Auf Kosten der Kleinrentner.

Die Großindustriellen wissen an jedem Feuerchen ihr Süppchen zu kochen. Auch bei der großen Organisation zur Bekämpfung der Arbeiter spielen sie die Schlangen. Die Hauptsache ist: die Großen lassen sich die Kosten der Kämpfe mit ihren Arbeitern von den Kleinrentnern bezahlen! Wer würde z. B. annehmen, daß die reichen Kohlenbesitzer von der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ Unterstützung erbeten und — erhalten haben? Daß das geschehen ist, beweist das bereits in gestriger Nummer erwähnte Rund-schreiben der Hauptstelle an die Mitglieder, in dem auch mit-

geteilt wird, daß sich der Ausschuss in der Sitzung am 21. Mai 1906 mit einem Unterstützungsantrag der Braunkohlenkönige zu beschäftigen hatte. In dieser Sache wurde folgender Beschluß gefaßt:

1. Der Ausschuss wird besonders mit Rücksicht auf den Umstand, daß die gewerkschaftlichen Ausschüsse nicht nur ihre Mitwirkung verweigern, sondern auch von den ausständigen Arbeitern vollständig beiseite geschoben worden sind, nicht als berechtigt anerkannt.

2. Die Zurückweisung der Forderungen und des Ausstandes liegt nicht allein im Interesse der betroffenen Unternehmer beziehungsweise der deutschen Bergbauindustrie, sondern im allgemeinen Interesse aller Industrien.

3. Der Ausschuss erkennt an, daß der betroffene Verband zur Abwehr des Angriffs und zur Durchführung des Ausstandes aus eigenen Mitteln aufgewendet hat, was nach den in der Hauptstelle festgestellten Grundsätzen verlangt werden konnte.

4. Es wird daher befristet, dem Antrage des Verbandes in vollem Umfange zu entsprechen.

Den Kleinrentnern wird es wohl schwer werden, einzusehen, worin das Interesse für sie besteht, wenn die Kohlenkönige schlechte Löhne bezahlen. Aber sie haben sich einfach mit der Erklärung zu begnügen. Es wird ihnen höchstens gestattet, sich glücklich zu schätzen, daß die Großen auf ihre Kosten zu höheren Gewinnen gelangen.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Arbeiter! Bauhandwerker!

Wegen Tarifbruch sind folgende Firmen gesperrt: Deutsch-bein, Bau Martin Lutherstraße 25, Ninkow, Bau Schievel-beinerstraße 26. Auf letzterem Bau arbeiten zwei organisierte Stettiner Maler als Arbeitswillige.

Die Sperre über Rösser, Bau Freisingerstraße 18, sowie Reinhold, Bau Korförsterstraße 6, und Halensee, Schweidnitzerstraße 3, ist aufgehoben.

#### Die Achtzehnerkommission.

**Arbeits-einstellung.** Bei der Firma Hartung, Eisengießerei, Moabit, sind heute — Mittwoch — sämtliche Arbeiter in den Ausstand eingetreten. Die Arbeiter hatten die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes um 6 Pf. gestellt. Die Firma wollte zunächst 2 1/2 Pf. bewilligen, zog dann aber auch die Forderung wieder zurück. Darauf erfolgte einmütige Einstellung der Arbeit seitens der 270 dort Beschäftigten.

**Verurteilung.** Die Firma Schmalisch u. Below sendet uns folgende Verurteilung:

„In Ihrer Nr. 140 vom 20. Juni d. J. bringen Sie eine Entgegnung des Vorstandes des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Berlin“, in welcher derselbe anführt, daß auf dem Bau Langenick, Berlinerstraße, Ecke der Straße 12 K, die von uns übernommenen Fliesenarbeiten in Afford ausgeführt seien und daß die Affordarbeit im Laufe der jetzigen Sperre ausgegeben wurde. Diese Mitteilung ist unwohl!

Wie wir bereits gestern mitteilen, ist bei uns niemals Afford gearbeitet worden, insbesondere waren vor der Arbeitsniederlegung auf dem Bau Langenick die im Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Berlin“ resp. der Freien Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands“ organisierten Fliesenleger Geselle, Köhne, Grise, Friß und Käde, sowie die Hülsarbeiter Rippe und Konrad beschäftigt; dieselben wurden, laut Ausweis unseres Lohnbuchs und der vorhandenen seitens der Leute eigenhändig ausgefüllten Wochenzeitle nach dem Tarif entlohnt!

### Deutsches Reich.

#### Achtung! Metallarbeiter!

In der Kaiserlichen Nähmaschinenfabrik, vormals Gebr. Kahser, wurden 135 Arbeiter entlassen, weil sie auf der Einhaltung der mit der Direktion getroffenen Vereinbarung bezüglich der Überstunden bestanden. Zugang von Metallarbeitern ist streng fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiterverband. (Bezirksleitung des 19. Bezirks.)

**Die Rache des Siegers** sollen nach der „Rhein.-Westf. Jtg.“ die Dortmunder Straßenbahner fühlen. Nach ihr hat die Dortmunder städtische Verwaltung von den streikenden Straßenbahnern etwa 60 wegen früherer „schwerer“ Dienstvergehen nicht wieder eingestellt. Die übrigen haben den Dienst zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Sie sind vorläufig nur probeweise und gegen Tagelohn angestellt. Die Verwaltung geht mit dem Gedanken um, sämtliche Posten mit Militäranwärtern zu besetzen.

Und diese unerhörte Scharfmacherpolitik wird unterstützt durch das Stadtratzzentrum! Da erkennt man die ultramontane Arbeiterfeindschaft!

**Zur Buchbinderaussperrung.** Schlechte Geschäfte machte am Montagabend in Jena ein Leipziger Agent, der von 6 bis 7 Uhr in einem Hotel zu sprechen war, um für Leipzig, wo bekanntlich die Buchbinder ausgesperrt sind, Streikbrecher zu werden. Einigen Verbändemitgliedern — nur solche sprachen vor — schilderte der Herr die Leipziger Verhältnisse in den rotesten Farben. Als Verdienst wurde für den Anfang ein Lohn von 40 M., steigend bis 70 M. garantiert — als Zeimer, d. h. ein Jahreseinkommen von 2300 bis 2800 M., als Goldschmittmacher sogar von 4000 M.! Doch alle Liebesmüh war umsonst, die hiesigen Buchbinder bedankten sich höflich bei dem Herrn und wünschten ihm auch an allen anderen Orten einen derartig glänzenden Reinfall wie in Jena.

**Böttcherbewegung in Nürnberg.** Die in den Brennereien, Wein-großhandlungen, Margarine- und Wessfabriken, bei den Klein-meistern usw. beschäftigten Böttcher und deren Hülsarbeiter Nürnbergs haben sich entschlossen, zum ersten Male die Durchsetzung eines Tarifvertrages zu versuchen, den sich die Brauererböttcher schon längst errungen haben. Zur Erreichung dieses Zieles haben sich der Zentralverband der Böttcher, der Hirsch-Dunderische Gewerksverein und der Zentralverband der Fabrikarbeiter zu gemeinsamer Aktion verpflichtet. In einer von den drei Organisationen einberufenen Versammlung wurden die Grundsätze für den Tarifvertrag festgelegt.

**Ein Sieg der Organisation!** Die seit neun Wochen andauernde Aussperrung der Bauarbeiter in Pianegg (Oberbayern) und des gesamten Wärmiales endete mit einem vollständigen Sieg der Arbeiter. Der Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als es sich hier durch die Bank um ländliche Bauarbeiter handelte.

**Die baugewerblichen Hülsarbeiter in Nürnberg und Fürth** sind, gleich den Maurern, Steinhauern usw., in eine Tarifbewegung eingetreten. In der bereits eingelezten Tarifvorlage wird ein Mindest-lohn von 45 Pf. gefordert, der am 1. Januar 1907 auf 50 und am 1. Juli 1907 auf 55 Pf. erhöht werden soll; ferner Zuschlag von 1,50 M. für Überstundenarbeit, mögliche Einschränkung der Überstunden und Sonntagsarbeit, wo sie nicht zu umgehen ist, doppelte Bezahlung für Wasserarbeiten 25 Pf., für Tiefbauarbeiten 10 Pf. Zuschlag pro Stunde, Ausschluß der Kündigung, Arbeitszeit wie bei den Maurern (8 Stunden), Abschaffung der Affordarbeit und der Frauenarbeit auf allen Bauten, Ausschluß aller Sonderverträge, Freigabe des ersten Mai.

**Die Mühlenarbeiter im Gebiet von Forchheim** (Bayern) haben eine Reihe von Forderungen an die Unternehmer gerichtet, wie Abschaffung des Kost- und Logiszwangs, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, mögliche Einschränkung der Sonntagsarbeit, Fest-setzung von Mindestlöhnen von 22 M. pro Woche für Gangführer und von 20 M. für Magazinarbeiter, Zuschlag für Überstunden und Sonntagsarbeit. Die Verhältnisse der Mühlenarbeiter in diesem Bezirk sind noch sehr „patriarchalisch“. Die Löhne belaufen sich auf höchstens 8 bis 10 M. pro Woche bei schlechter Kost. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 75 bis 100 und mehr Stunden, von einer Sonntagsruhe ist kaum die Rede.

## Verfassungen.

**Verband städtischer Arbeiter.** Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Arbeiter der städtischen Gasanstalt Gitschinerstraße fand am 18. d. M. bei Donath, Schön-leinstraße, statt. Es waren fast sämtliche Arbeiter und Handwerker erschienen, soweit sie nicht durch Schichtarbeit verhindert waren, um Stellung zu nehmen zur Entlassung des bisherigen zweiten Sektionsleiters, Kollegen Schröder. Nach den einleitenden Ausführungen des Verbandssekretärs E. Dillmer ist Sch. bereits im Herbst 1903 eingestellt, mußte im Sommer 1905 einige Monate aussetzen und hat seit dem Herbst 1905 ununterbrochen auf der Anstalt gearbeitet, wie auch sein Entlassungsschein ausweist. In dieser ganzen Zeit ist Sch. nur einmal bestraft worden mit 25 Pf. wegen Zuspätkommens, was bei dem rigorosen Strafsystem auf den städtischen Gasanstalten unbedingt darauf schließen läßt, daß er stets seine Arbeit tadellos verrichtet hat. Das beständige auch alle seine Kollegen. Krank ist Kollege Sch. in derselben Zeit nur dreimal gewesen, und zwar zwei bzw. drei Wochen. Die Entlassung wurde in der Arbeiter-Ausschuss-sitzung verhandelt, wobei der Dirigent, Herr Willeit, zunächst behauptete, Sch. sei wegen Faulheit entlassen. Als nun aber der Ausschuss die Haltlosigkeit dieser Behauptung nachweisen konnte, hatte der Herr Dirigent eine neue Äußerung. Sch. sei ein junger Anfänger und wäre sowieso entlassen worden. Auch dies ist nicht zutreffend. Aber dem Herrn Direktor begann die Sache nachgerade unangenehm zu werden, darum wandte er sich einfach zum Fenster und ließ die sieben Ausschussmitglieder seine Schritte bewundern. Darüber waren die letzteren natürlich empört und verließen das Zimmer. — Eine Reihe von Kollegen sprachen ihre Entrüstung aus über die Entlassung sowohl als auch über das unziemliche Verhalten des Direktors gegenüber dem Arbeiterausschuss. Es wurde von den verschiedenen Seiten ungewidert festgestellt, daß Sch. innerhalb der Kolonne seine Arbeit regelrecht verrichtet hat. Da er dieselbe Arbeit leisten mußte wie seine Vorgesetzten, liegt es für jeden klar auf der Hand, daß eine Maßregelung vorliegt. Außerdem wurde eine Anzahl Ungehörigkeiten von Unterbeamten aufgedeckt. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die überaus zahlreich besuchte Versammlung der Gasanstalt Gitschinerstraße protestiert ganz entschieden gegen die ungebührlichen Ueber-griffe, wie sie seitens mancher Unterbeamten in letzter Zeit gegen über den Arbeitern vorgenommen sind. Diese erbilden in der völlig ungerichtfertigen Entlassung des Kollegen Schröder eine Maßregelung und beauftragen den Arbeiterausschuss, noch einmal namens der Versammlung beim Dirigenten vorstellig zu werden, zwecks Wiedereinstellung des Entlassenen. Sollte die Entlassung nicht zu-rückgenommen werden, so ist unverzüglich die Beschwerde bei der Gasdirektion einzureichen.“

Als nun am Montag der Ausschuss wiederum vorstellig wurde, lehnte der Herr Dirigent brüßel ab, wegen „Verhandlungsangelegenheiten“ zu verhandeln. Ueberhaupt wurde der Ausschuss in einer Weise behandelt, wie er es bei dem Herrn Dirigenten noch nicht erlebt hatte. Der Ausschuss dürfte sich unter diesen Umständen veranlaßt sehen, sein Mandat in den nächsten Tagen niederzulegen, die Gasdirektion wird dann zu dieser völlig ungerichtfertigen Entlassung Stellung nehmen müssen. Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß der Herr Dirigent am Montag zugegeben hat, die Entlassung des Kollegen Sch. sei nicht wegen Faulheit erfolgt, er könne sich ja bei Reueinstellungen wieder melden und solle berücksichtigt werden. Da hierüber mindestens zwei Monate vergehen, ist der Herr Dirigent von der Wertlosigkeit dieser Zusage wohl selbst überzeugt.

**Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Berliner Karton-fabriken,** namentlich die der Zugschneider, Riher und Hülsarbeiter, wurden am Montag in einer öffentlichen Versammlung dieser Arbeitergruppen, die im Englischen Garten tagte, besprochen. Das Referat hielt der Kollege Schade. Nach seinen Schilderungen der Verhältnisse, die, wie die Diskussion ergab, in keiner Weise übertrieben waren, hätten die Arbeiter dieser Branche alle Ursache, sich etwas mehr um ihre Organisation zu kümmern und mit vereinten Kräften Forderungen zu erheben. Seit dem Streik von 1896 ist das nicht geschehen und freiwillig gibt das Unternehmertum bekanntlich nichts. Demgemäß hat sich denn auch mit der andauernden Verteuerung des Lebensunterhaltes die wirtschaftliche Lage der Arbeiter bedeutend verschlechtert. Noch jetzt schwanken die Löhne der Kartonausschneider in Berlin zwischen 18 und 27 M. Wenige sind es, die darüber, die bis zu 36 M. und mehr die Woche verdienen; Löhne von 21 und 22 M. sind häufig noch vorhanden und auch solche von nur 18 M. kommen vor. Die Arbeitszeit ist in manchen Fabriken auf 9 Stunden festgesetzt, beträgt in manchen noch 9 1/2, in einigen Fabriken sogar 10 Stunden. Dabei wird die Arbeitszeit, ganz abgesehen von der vielen Überzeitarbeit in der Saison, von den Zuschneidern nicht einmal innegehalten. Sie sollen für Zuschnitt sorgen, damit die Arbeiterinnen immerfort Beschäftigung haben, und da wird denn hier und da noch ein Teil Zeit von den Pausen gearbeitet. In der Berliner Kartonindustrie haben es bisher nur die Riher zu einem Vertrag mit den Unternehmern gebracht. Dieser Vertrag garantiert, nachdem er Anfang dieses Jahres mit wesentlichen Verbesserungen erneuert worden ist, einen Minimallohn von 24 M. für geübte Arbeiter, für Anfänger von 21 M., und für Leist-nieter 27 M. Minimallohn. Außerdem ist eine vorteilhafte Regelung der Arbeitszeit, des Überstundenzwangs wie der übrigen Arbeitsbedingungen durchgeführt. Um so auffallender ist es, daß sich die Zuschneider, Riher, Hülsarbeiter und auch die große Zahl der Arbeiterinnen noch immer mit den traurigen und unregelmäßigen Verhältnissen zufrieden geben. Die Laune, die in diesen Kreisen noch zu finden ist, die Schmutzerei mit den Prinzipalen, der sich einige Leute bedienen, um ein paar Beilehnen mehr Lohn zu erhalten, wurden in der Versammlung mit heftigen Worten getadelt. — Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Sobald wählt die Versammlung eine Agitationskommission, die auch die Aufgabe hat, über Minimalforderungen zur Regelung der Verhältnisse zu beraten.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die acht vermissten Fischer in Sicherheit.

**Oesterrände, 20. Juni.** (B. L. B.) Der hier beheimatete Fischdampfer „Henriette“ meldet von Aberdeen aus, daß die Ver-suche, den bei Island gefrandeten Fischdampfer „Nordstern“ vom Strande abzubringen, erfolglos geblieben seien. Die acht Mann der Besatzung des „Nordstern“, die man ertrunken glaubte, befanden sich am Lande in Sicherheit.

### Courrières.

**Leus, 20. Juni.** (B. L. B.) Was jetzt sind 602 Leichen von den bei dem Sturbensturz von Courrières umgekommenen Berg-leuten zu Tage gefördert, so daß nach 193 Leichen aus der Grube zu bringen sind. Die Arbeiten zur Wiederherstellung der Schächte und Gänge in dem Bergwerke nehmen raschen Fortgang.

### Koloniale Opfer.

**Manila, 20. Juni.** (B. L. B.) Auf der Insel Lente wurde die Polizeistation von 300 Eingeborenen angegriffen, welche von der amerikanischen Polizeitruppe fünf Mann töteten, fünf verwundeten und die übrigen gefangen nahmen.

### Inwetter.

**Temesvar, 20. Juni.** (B. L. B.) Infolge eines großen Wollenbruches fand heute bei Orovisz ein Bergsturz statt. Das Wasser der Wähe trat aus und überflutete die Stadt. Zwei Kinder sind ertrunken. In Kellerräumen wurde viel Ware vernichtet. Zwei Häuser sind eingestürzt, weitere Einstürze werden befürchtet.

Zum Prozeß Hüger.

Man schreibt uns:

Es ist eine alte Geschichte, daß nach dem Jahre 1871 in der preussischen Armee der militärische Größenwahn sich ebenso eingeknistet hat, wie nach der Beendigung des siebenjährigen Krieges. Für einen preussischen Offizier, der von diesem Spiege befallen ist, ist alles Nichtpreussische Schamperei und Pampig. Kommt ein solcher Herr nach Württemberg, so fühlt er sich als ein militärischer Luther, der die dummen Württemberger erst auf die Höhe wahrer kriegerischer Größe bringen muß. Einer von dieser im Schwabenlande natürlich hochbeliebten Sorte war der Igl. preussische Oberst A. Hüger, der in der zweiten Hälfte der 60er Jahre an die Spitze des württembergischen Feldartillerieregiments Nr. 18 gestellt wurde. Er entwiderte denn auch eine eifrige Reformtätigkeit, wollte jeden Plunder selbst regeln und rief dadurch im Offizierskorps eine große Erbitterung gegen sich hervor. Einmal beschwerten sich über ihn nicht weniger als 18 Offiziere zugleich. Unter anderem hielt der Oberst es auch für geboten, sich in die Frage zu mischen, ob die Pferdegeschirre im Stall oder im Freien gepuht werden sollen. Selbstverständlich hat ein Regimentskommandeur sich um solche Kleinigkeiten überhaupt nicht zu kümmern. Ob die Reinigung der Pferdegeschirre im Stall oder im Freien vorzunehmen ist, hängt in erster Linie von der Witterung ab. Und da man das Wetter nicht im Voraus kommandieren kann, so muß hier von Fall zu Fall entschieden werden, das heißt man muß die Entscheidung den Batterieführern überlassen. Der Herr Oberst Hüger aber wollte auch hier den Alleinregierenden spielen und daher gab er den — es ist heute noch nicht gewiß — Befehl oder Rat, daß im Freien zu pugen sei. Am 10. Februar 1897 nun ließ der Chef der 3. Batterie Hauptmann Schmaßl (jetzt Major) die Pferdegeschirre mit Rücksicht auf die kalte Witterung und die im Regiment herrschende Genidstarrke im Stalle pugen. Der Oberst bemerkte es und gab am nächsten Tag folgenden Regimentsbefehl heraus:

Entgegen dem diesseitigen Parolebefehl vom ... (Tag und Monat) waren demgelassen, weil dieser Parolebefehl mit dem besten Willen in den Akten nicht zu finden war) waren gestern nachmittag fast sämtliche Fahrer der 3. Batterie im Stall mit Pugen von Stallsachen bezw. Raumzeugen usw. beschäftigt. Der Futtermeister war hierbei zugegen. Ich ersuche, die diesseits gegebenen Befehle genau zu beachten.

Der Befehl beweist, daß Herr Hüger trotz Winter und Genidstarrke auf seiner unfinnigen Anordnung beharrte. Mit dem Eigentum, der besonders die Gamaschenschuhe negativ ausgezeichnet, riskierte er lieber das Leben seiner Soldaten, als daß er Vernunft annahm.

Der letzte Satz des Befehls richtete sich direkt gegen den Hauptmann Schmaßl, denn die Wendung „ich ersuche“ wird von den Vorgesetzten nur im Verlechte mit Offizieren gebraucht. Da der Regimentsbefehl dem ganzen Regiment bekanntgegeben wurde, bedeutete er für den Hauptmann Schmaßl einen vor dem ganzen Regiment erhaltenen sich riskierenden Verweis. Derartige Verweise sind aber gegen Offiziere nicht zulässig und daher beschwerte Hauptmann Schmaßl sich mit Recht. In seiner Beschwerde schilberte er zunächst den Tatbestand und wies darauf hin, daß er sich persönlich verlegt und in seinen dienstlichen Befugnissen beeinträchtigt fühle. Dann fuhr er wörtlich fort:

Ich kenne einen Befehl derartigen Inhalts auch nicht. Dem Vermittler\*) erklärte der Herr Oberst, wenn er den Befehl nicht schriftlich gegeben habe, so habe er ihn mündlich gegeben. Ich erkläre mich auferstanden, alle die tief in Kleinigkeiten des Batterieendienstes einschneidenden Bestimmungen noch im Gedächtnis zu haben, aber ich kann durch Zeugen beweisen, daß der Herr Oberst gegebenenfalls solche Bestimmungen, welche teils in Parolebefehlen, Umlaufzetteln, teils auf zur Wenderung zurückgegebenen Uebungszetteln, teils mündlich gegeben waren, wiederholt als lediglichen Inhaltspunkt, gute Ratsschläge usw. nachträglich bezeichnet hat, welche gar nicht die eigene Befehlsherrschaft des Batteriechefs bekräftigen sollen.

Man lese sich diese Zeilen genau an, denn sie sind die eigentliche Ursache des wochenlangen Prozesses, der soeben mit der Freisprechung des Oberst aus pathologischen Gründen geendet hat. Daß Herrn Hüger die Beschwerde des Hauptmanns Schmaßl kein Vergnügen bereite, ist klar. Aber weniger verständlich ist seine Entbehrung, daß sie zwei schwere militärische Vergehen enthielt, nämlich eine Achtungsverletzung und eine Verleumdung seiner Person.

„Die Verleumdung“, schrieb er in seiner ersten Drohschüre: „Meine Erlebnisse in der Militärrechts- und Offizierskammergerichtsplege“, liegt ausschließlich in den Worten „gegebenenfalls nachträglich“, indem mir damit ein Nichtexistenzwollen für meine Befehle, eine Unlauterkeit, ja eine gewisse Feindschaft gegenüber meinen Untergebenen vorgeworfen wird. Eine Achtungsverletzung liegt in den Worten „tief in die Kleinigkeit des Batterieendienstes einschneidenden“, indem er sich damit eine abfällige Kritik über meine Befehle erlaubt.“

Der Offizier ist oder war, weiß, daß Kommandeure, namentlich solche, die ihren Untergebenen sehr viel dreinreden und sich in alles mischen, gar nicht selten sagen, sie hätten diese oder jene Aeußerung nicht als Befehl, sondern nur als ungefähre Direktive oder guten Rat gemeint. Solche Hinweise geschehen auch meistens „gegebenenfalls nachträglich“, d. h. wenn ein besonderes Vorkommnis dazu Veranlassung bietet. Kein vernünftiger Mensch wird in derartigen Hinweisen eine Feindschaft und ein Nichtexistenzwollen für gegebene Befehle erblicken. Dies hieß Herrn Hüger vorbehalten.

Noch schöner ist es, daß der Herr Oberst eine abfällige Kritik seiner Maßnahmen auch dann als eine Achtungsverletzung tagiert, wenn sie in einer Beschwerde gegen ihn angebracht wurde. Ohne eine abfällige Kritik der einschlägigen Anordnung des Vorgesetzten ist eine Beschwerde unmöglich, denn die Klage muß auch begründet werden.

Selbstverständlich konnten die höheren Vorgesetzten sich der Anschauung des Oberst Hüger nicht anschließen, wenn sie über ein normales Rechtsgefühl verfügten und nicht zu den Gamaschenschuhen gehörten, die glauben, daß man dem Vorgesetzten im Interesse der Disziplin immer recht geben müsse. Glücklicherweise kamen gerechte Vorgesetzte in Betracht: Hauptmann Schmaßl geschah nichts, der Oberst aber wurde pensioniert. Der Fall Schmaßl hatte ihm das Genidstarrke gebrochen.

Und nun begann der Oberst seinen Kampf um das, was er in unglücklicher Verblendung für sein Recht hielt. Zunächst forderte er gerichtliche Einschreiten gegen den Hauptmann Schmaßl; als es abgelehnt worden war, rief er das Ehrengericht zu Hilfe. Und als auch dieses ihn abwies, griff er in zwei Drohschüren die Vorgesetzten heftig an, die ihm nicht zu Willen gewesen waren. Seine zweite Drohschüre schrieb er so scharf, daß sie ihm eine Reihe von Verleumdungsklagen eintrug, die in Dortmund entschieden wurden.

Vom Prozeß selbst ist nur einiges zu melden. Der Herr Oberst erkreuzte sich von der Staatsanwaltschaft einer Nachsicht, deren Sozialdemokraten selten gewürdigt werden. Der staatsanwaltliche Antrag lautete auf drei Monate Gefängnis. Höge einmal ein Sozialdemokrat solche Wortworte erheben, wie der Oberst Hüger, dann wollen wir sehen, ob der Herr Staatsanwalt auch nur drei Monate schwebende Garben vorschlägt. Gewalttätige Entrüstung herrschte im tugendhaften bürgerlichen Presselager, weil ein Sachverständiger ausgefagt hatte, ein Offizier, der die Frau eines

Kameraden verführt habe, bleibe satisfaktionsfähig. Dies ist aber ein „alter Schnee“, den die bürgerliche Presse schon längst genau kennt. Der verstorbene bayerische Kriegsminister v. Aich hat dieses Prinzip sogar in einem langen Kriegsministerialrequisit verfochten. Es ist dies das nämliche Requisit, das er vor dem bayerischen Landtage ablegnete. Da er dabei ertappt wurde, kostete ihn die Geschichte sein Portefeuille.

Herr Hüger kam während des Prozesses auch auf den Gegensatz zwischen Nord und Süd zu sprechen, wobei er erzählte, daß die Jungen ihm in Ulm „Preuß, Preuß!“ nachgerufen hätten. Wer ist dem schuld, daß Preußen speziell in Württemberg so verhaßt ist? Niemand anders, als Preußen selbst. In Württemberg hat man die Bortuffizierungsversuche des Generals v. Alvensleben, der Ende der achtziger Jahre das württembergische Armeekorps kommandierte und dann infolge der Enthüllungen des württembergischen Hauptmanns z. D. Edmund Müller unhaltbar wurde, nicht vergessen. Und erst vor ein oder zwei Jahren hat ein preussischer General, der als Divisionskommandeur nach Württemberg kommandiert war, den heftigsten Unwillen erregt, weil er den für den in Württemberg häufigen agrarischen Kleinbetrieb so notwendigen Ernterurlaub beschränken wollte und sich höchstselbst zur Kontrolle einpassierender Umlauber auf den Bahnhof begab. Außerdem hatte er sich in einem Befehl an die Offiziere in toterweise über den württembergischen Landtag geäußert.

Der Erste Staatsanwalt Dr. Schulze nahm die Aeußerung des Oberst Hüger über den Gegensatz zwischen Nord und Süd sehr trumm. Wir wissen nicht, ob der Herr Staatsanwalt überhaupt politische Erfahrungen in Süddeutschland gesammelt hat. Da wir selbst Süddeutscher sind, so gestatten wir uns die ergebene Bemerkung, daß abgesehen von den hinter der großpreussischen nationalliberalen Fahne verlaufenden alle Süddeutschen von dem Gegensatz zwischen Nord und Süd überzeugt sind, ja in Anbetracht der reaktionären preussischen Zustände der submissivsten Meinung huldigen, daß ein solcher Gegensatz geschaffen werden müßte, wenn er nicht schon da wäre. Wir haben keine Lust, auf preussisch glücklich zu werden.

„Die Vernichtung des Deutschen Buchbinderverbandes durch den Prinzipalsverband.“

So lautete die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung der Buchbinder und verwandten Berufsge nossen, die am Dienstag bei Keller in der Koppenstrasse stattfand und den großen Saal samt seinen Galerien füllte. Das Referat hielt der Verbandsvorsitzende K. Loh. Er führte aus, daß, nachdem der Verband deutscher Buchbinderbesitzer in seinem an die streikenden Buchbinder und Arbeiterinnen gerichteten Flugblatt erklärt hat: „Unsere Mitglieder geben Mitgliedern Ihres Verbandes keine Stellung in ihren Betrieben“, kein Zweifel mehr darüber bestehen kann, daß ihr Ziel die Vernichtung des Buchbinderverbandes ist. Erreichen werden sie dies Ziel nicht. Wertwüdig ist, wie jetzt in den Veröffentlichungen des Prinzipalsverbandes die Raffinerie der Berliner Buchbinder nur höchstens noch nebenbei erwähnt und damit gleichsam stillschweigend ausgespart wird, daß sie den Prinzipalen nur als Vorwand für ihre Gewalttat, ihren Tarifvertragsbruch diente. Sie suchen in der am 18. Juni erschienenen Nummer des „Börseblattes“ für den Buchhandel“ ihren Auftraggebern, den Buchhändlern, weiszumachen, daß die Lohnforderungen der Gebüßenschaft, eingerechnet die geforderten „Veränderungen der Produktionsmethoden“, Lohnerhöhungen bis zu 30 Prozent ausmachen, und die geforderten Affordbühne Erhöhungen von 8 bis zu 25 Proz. Damit wollen sie die Auftraggeber glauben machen, daß die Ablehnung der Forderungen nicht nur in ihrem eigenen, sondern auch im Interesse der Buchhändler liegt. Die Streikleitung der Leipziger Buchbinder erhielt aber so frühzeitig Kenntnis von dieser Auslassung der Prinzipale, daß sie zur selben Stunde, als das „Börseblatt“ erschien, die Buchhändler in einem Rundschreiben über den wahren Sachverhalt aufklären konnte. — Einen neuen Versuch, die Ausständigen zum Streichbruch zu verleiten, machte der Prinzipalsverband am Dienstag. Durch die Post sandte er ihnen ein Rundschreiben, worin behauptet wird, der Referat, durch den sich die Ausständigen verpflichten, falls sie Streichbruch verüben, empfangene Streikunterstützung zurückzahlen, sei rechtungstilig, und eine darauf folgende Forderung könne unter Umständen als Erpressungsversuch verfolgt werden. Das ist selbstverständlich eitel Schwindel. Wenn die Herren außerdem von Terrorismus reden, den der Buchbinderverband ausüben soll, so sollten sie doch lieber erst einmal vor ihrer eigenen Türe stehen. Hat doch die Streikleitung ein Rundschreiben des Prinzipalsverbandes an die Lieferanten der Buchbinderbesitzer in Händen, das nichts Beringeres bezweckt, als das Geschäft des königlich bayerischen Hofbuchbinders und Obermeisters der Leipziger Buchbinderinnung Hübel, von der Firma Hübel u. Denf, lahmzulegen und zu ruinieren. Diese Firma hat sich nicht an der Ausperrung beteiligt, sie wollte wirklich Herr im eigenen Hause sein und sich nicht den lächerlichen Befehlen des Prinzipalsverbandes unterwerfen. „Herr Hübel“, heißt es in dem Rundschreiben, „erlaubt seinen Leuten, die Streikenden zu unterstützen“, — und als größte Sünde wird es ihm angerechnet, daß er gerade jetzt 70 seiner Arbeiter mit Gratifikationen von 70 und 80 M. in die Sommerferien schickte. Wir haben seit Wochen diesem Treiben des Herrn Hübel zugesehen,“ heißt es weiter in dem Rundschreiben. Schließlich werden die Lieferanten — natürlich nicht aufgefordert — nein, es wird ihnen überlassen, die Lieferungen für die Firma einzustellen, weil das ja „in Ihrem und auch in unserem Interesse liegt“. Herr Hübel hat sich übrigens auch infolge der zarten Behandlung, die ihm von seinen Kollegen zuteil wurde, genötigt gesehen, sein Amt als Obermeister niederzulegen. Ein Mann, der seinen Arbeitern gegenüber anständig handelt, ist ihrer Meinung nach offenbar jener Würde nicht wert. Der „feine Ton“, den der Prinzipalsverband hier gegen einen unehorsamen Buchbinderbesitzer anwendet, zeigt sich natürlich noch viel heftiger in seinen Ergüssen gegen den Buchbinderverband. Da scheut man sich nicht, in einem Flugblatt auf Grund einiger aus der Abrechnung des Buchbinderverbandes herausgelauter Zahlen den Ausständigen den Glauben beibringen zu wollen, als würden die Gelder des Verbandes größtenteils vergeudet; ja, man versucht sogar, die Verbandleiter als uneheliche Leute zu verdächtigen, selbstverständlich nicht in irgendwie bestimmten Worten, nein, hinterhältig sucht man Verdacht bei den Streikenden zu erwecken. Man fordert sie auf: „Verlangen Sie heute einen wahrheitsgetreuen Bericht über Ihre Kassen!“ Die Streikenden werden aber nicht auf diesen Reim kriechen und den Prinzipalen hofschleim erzählen lassen, welche Mittel der Verband noch zur Verfügung hat. Wenn aber die Prinzipale glauben oder ihre Scharfmacher sie glauben zu machen suchen, der Buchbinderverband sei schon am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt, dann haben sich die Herren anzuberechnen. Selbst wenn es so schlecht mit den eigenen Mitteln des Verbandes bestellt wäre, so könnten die Gegner noch lange nicht strotzeln. Die übrige Arbeiterschaft, der die Buchbinder in ihren Kämpfen so oft tatkräftige Hilfe geleistet haben, wird sicherlich auch jetzt, wenn die Rotte es erhebt, den Buchbindern beistehen. Schon der Umstand, daß trotz aller Anstrengungen der Prinzipale in den sieben Wochen des Kampfes fast keiner der Ausständigen abtrünnig geworden ist, birgt eine Gewähr des Sieges in sich. Die Streikbrecher, die die Prinzipale sonst herbeigelockt haben, die mehr arbeitwilligen als arbeitfähigen Leute, können ihnen nicht viel nützen, den Ausständigen nicht viel schaden. Zum Schluß sprach der Redner über die schämige Behandlung, die den Streikenden hier in Berlin — nicht aber in Leipzig und Stuttgart — von der Polizei zuteil wird. Obwohl die Streikenden sich keiner Verleumdung oder

Verleumdung schuldig machen, laufen immer wieder Strafmandate mit dem höchsten zulässigen Satz von 30 M. ein. Man könnte auf den gewiß nicht zureichenden Gedanken kommen, als wollte die Polizei dazu mitwirken, die Kassen des Verbandes zu leeren. Weniger eifrig ist die Polizei, wie der in der Dienstagsnummer des „Vorwärts“ erwähnte Fall „Fiala“ zeigt, wenn der Verband, der ihr nun so manche Extrasteuer zahlt, einmal ihrer Hülfe zur Festnahme eines notorischen Schwindlers und Erpressers bedarf. — „Mag auch alles sich gegen uns wenden“, so schloß der Redner, „die ganze Arbeiterschaft steht hinter uns, und niemals wird es den Prinzipalen gelingen, den Deutschen Buchbinderverband zu vernichten!“

Der Vortrag erweckte stürmischen Beifall. Dann schilberte Zinke aus Leipzig, der zufällig in Berlin weilte, die unerträglich Ausdauer und die Begeisterung, mit der die Leipziger Buchbinder den ihnen aufgezwungenen Kampf führen. Sie genießen ja den zweifelhaften Vorzug, sich immer zuerst an den Auslassungen des Prinzipalsverbandes ergötzen zu können. Aber mit haumenswerter Schnelligkeit haben sie immer gleich die rechte Antwort bereit. Kassen die Prinzipale Klafte anklagen, um Arbeitswillige zu fangen, gleich prangt auch das Klafte der Streikenden daneben; geben sie Flugblätter heraus oder verschiden sie Rundschreiben, so ist auch schon das Gegenstück der Streikenden da, um ihre Fälschungsversuche zunichte zu machen. Wertwüdig ist es, wie sich in Leipzig die angeblich noch nicht geschwundene Tarifsteuer der Prinzipale offenbart. So soll Frische weiblichen Arbeitswilligen 10 Pf. Stundenlohn geboten, und ihnen dann, ihre Unzufriedenheit zu dämpfen, allerdings 15 Pf. bewilligt haben; männliche Arbeitswillige aber mit 20 Pf. Stundenlohn abspesen. — Diese Mittelteil erregte teils Entrüstung in der Versammlung, teils wurde die Meinung laut, daß Arbeitswillige nichts Besseres verdienten. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erkennt die feste Haltung der Ausgesperrten nach so langer Dauer des Kampfes als durchaus lobenswert an, da die Ausgesperrten allen Machinationen des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer gegenüber ihre unerschütterliche Widerstandskraft bewahrt haben. Die in Arbeit stehenden Kollegen versprechen dafür, ihnen an Opferwilligkeit nachzusehen und durch freiwillige Gaben an ihrem Teil dazu beizutragen, daß die modernen Kämpfer nicht infolge von Mangel an Mitteln sich jenen Plänen des Unternehmertums zu fügen brauchen, die eingekandenermaßen auf Vernichtung des Buchbinderverbandes hinielen.“

Bezirkskommandeur Major a. D. v. Jander u. Genossen vor den Geschworenen.

(Telegraphischer Bericht.)

Breslau, den 20. Juni.

Dritter Tag der Verhandlung.

In der heutigen Sitzung spielten die Vernehmungen über das Kallilager in der Lüneburger Heide die erhebliche Rolle. Zwischen durch liefen Klagen über Voreingenommenheit des Untersuchungsrichters. Der Prozeß wird voraussichtlich noch 14 Tage andauern. Wir werden über etwa vorkommende besondere Vorfälle sofort berichten, im übrigen aber am Schluß ein zusammenfassendes Bild und das Ergebnis des Prozesses bringen.

Angell v. Jander erzählt auf Befragen: In der Lüneburger Heide ist von meinem Freunde Lüttich ein

Kallilager

entdeckt worden, das sich über eine Grundfläche von 300 000 Morgen erstreckt. Die angelegten Bohrungen ergaben eine Mächtigkeit von 402 Meter des vorzüglichsten Salzes. Die Bohrungen erfolgten durch die Herren Friz v. Friedländer, Bergwerksdirektor Nader, einen alten kränklichen Herrn und noch einigen anderen Herren, die ebenfalls ziemlich bejahrte waren. Die Inbetriebsetzung eines solchen Wertes ist natürlich sehr langwierig. Die Abteufungen erfordern lange Zeit, Wassereintrüche sind unvermeidlich. Daher verloren die Herren die Geduld. Ich unternahm es deshalb, einen Engländer namens Dr. Groot für das Unternehmen zu gewinnen. Dieser erklärte sich bereit, das gesamte Kalilagerwerk für eine englische Gesellschaft zu erwerben. Das Geschäft kam zustande. Der Kaufpreis betrug 1 800 000 Pfund. Ich erhielt 50 000 Pfund in Preferred Shares und 40 000 Pfund in ordinären Shares. Man könnte einwenden, Shares sind nur Papiere. In England haben aber Shares denselben Wert wie gute Schek. Das Geschäft hatte für die englische Landwirtschaft eine ganz außergewöhnliche Bedeutung, da die englische Landwirtschaft mit ihrem Kalibezug vollständig auf Deutschland angewiesen ist.

Es sollen nun die in London abgeschlossenen Verträge verlesen werden. Der Staatsanwalt wendet ein, daß diese Verträge, vor dem Londoner Notar Obermann geschlossen, der amtlichen Beglaubigung entbehren. — Herr Justizrat Ramroth: Der Untersuchungsrichter hat die Unternehmung sehr einseitig geführt. Dadurch ist die Entlastung sehr erschwert. Es ist für den Angeklagten von hoher Wichtigkeit, nachweisen zu können, daß, wenn das Londoner Geschäft perfekt geworden wäre, er eine Million verdient und keine Schulden mehr gehabt hätte. Dadurch würden auch alle Tagebucheintragungen hinfällig. Das Projekt scheiterte, das konnte aber der Angeklagte nicht annehmen. Es ergab sich die Notwendigkeit, neue Bohrungen vorzunehmen, es mußte dazu neues Geld beschafft und zu diesem Zweck neue Aktien emittiert werden. An diesen und anderen Schwierigkeiten scheiterte das Geschäft. — Oberlehrer Dr. Bende-Breslau überseht darauf die in englischer Sprache abgeschafften Verträge. — Angell Lüttich bemerkt auf Befragen, daß er die Angaben des Angeklagten v. Jander nur bestätigen könne. Er bedauere nur, daß nicht wenigstens ein Teil der Geschworenen die Kallilagerindustrie in Hannover kennt, um ein richtiges Urteil über die Bedeutung des entdeckten Kallilagers zu haben. — Hierauf wird als Sachverständiger Bergassessor Dienarz-Berlin benannt. Er bestätigt im allgemeinen die von den Angeklagten gemachte Schilderung des in der Lüneburger Heide gelegenen Kallilagers Teutonia und gibt auch die Möglichkeit zu, daß, wenn das englische Geschäft zustande gekommen wäre, v. Jander eine Million verdient hätte. Es sei üblich, bei solchen Geschäften die Vermittler mit Aktien zu beteiligen. Das Kalilager Teutonia an sich konnte nicht nach England verkauft werden, sondern nur die Aktien. — Auf Befragen des Verteidigers Justizrats Ramroth bemerkt Lüttich, v. Jander sei auch Vertrauensmann des Grafen Hensel v. Donnerzdorf und des Geh. Kommerzienrats Friz v. Friedländer gewesen. In deren Auftrage war er für den Erwerb einer Reihe erstklassiger Unternehmungen, so auch für ein neu entdecktes Petroleumlager in Corsica in Sizilien tätig. — Staatsanwalt: Wie konnte der Angeklagte v. Jander beschwören, er habe eine Vermittlungsgelühr von Dr. Groot in Aussicht, während es sich nur um eine Gewinnbeteiligung handelte? — Angell v. Jander: Damals entsprach meine Angabe auch der wirklichen Sachlage.

Aus dem weiteren Verlauf der Sitzung ist noch die Beweisaufnahme über den Leumund des Angeklagten Lüttich von Erheblichkeit.

Landrat v. Brott, der im Auftrage der Untersuchungsbehörde über Lüttich amtliche Auskünfte eingeholt hat, erklärt: Lüttich erkreuzte sich nicht des besten Rufes. Es seien ihm verbrecherische Handlungen zugutrauen. Er neige zu Unberechenbarkeit, sei jahrgenig, gewalttätig, streiftüchtig, wenig wahrheitsliebend, behandle seine Dienstboten schlecht. Bei der Steuererklärung habe er mehrfach unwahre Angaben gemacht. Allerdings sei zu berücksichtigen, daß der Gutbesitzer in Landgemeinden bei den vielen oft unvermeidlichen Streitigkeiten sich selten großer Beliebts

\*) Bewährt ein Offizier sich über einen Vorgesetzten, so hat er im allgemeinen die Verpflichtung, die Sache einem Vermittler, der Offizier sein muß, zu übergeben.

heit erfreute. Er betonte: er habe nicht gesagt, Lüttich habe einen schlechten Ruf, sondern, Lüttich erfreue sich nicht des Rufes eines normalen Menschen. In zwei Fällen sei er der Brandstiftung verdächtig worden. Es sei ihm auch mitgeteilt worden, daß Lüttich zweimal wegen vorsätzlicher Körperverletzung und Beleidigung und vielfach wegen Uebertretungen bestraft worden sei. Zur Entlastung des Angeklagten werde gesagt, daß er ein schlauer aber unklarer Kopf sei. Man nenne ihn ferner einen gutmütigen Menschen, der namentlich gegen Beamte sehr zuvorkommend sei. Er gelte auch als guter Sohn seiner Mutter. Diese Jüge könnten aber die Auskunft in der Hauptfrage nicht ändern. — Vert. Löwisohn: Die erwähnten Brandfälle liegen zehn Jahre zurück. Jetzt taucht auf einmal der Verdacht auf, daß Lüttich den Brand angelegt haben könnte. — Der Verteidiger beantragt die Ladung einer großen Zahl neuer Zeugen aus der Heimat des Angeklagten Lüttich, so des Reichstagsabgeordneten v. Kaufmann, des Justizrats Rudolf-Stettin u. a. Er werde den Nachweis führen, daß Lüttich im Jahre 1893 ein Vermögen von einer Million Mark besessen habe, also keine Veranlassung hatte, sein Vermögen in Brand zu stecken. — Angekl. Lüttich, über die angeblichen Mißhandlungen befragt, erklärt, er beschäftige etwa 170 Arbeiter, darunter 120 Polen. Er komme aber mit den Arbeitern fast gar nicht zusammen. — Landrat v. Wroitt: Es handele sich nicht um Arbeiter, sondern um Diensthofen, also um Leute, die in festem Brot und Lohn stehen. Lüttich ist wegen Mißhandlung seiner Diensthofen schon bestraft. — Angekl. Lüttich: Die Diensthofen beschwerten sich ja bei jedem Vorkommnis, und die Landräte geben den Diensthofen fast immer Recht und den Herrschaften Unrecht. (1) — Landrat v. Wroitt: Das muß ich entschieden zurückweisen. Ich prüfe in ganz sachlicher Weise die Angaben der Diensthofen und Herrschaften und bin selbstverständlich kein Freund von einseitiger Parteinahme. — Auf weiteres Befragen des Verteidigers Löwisohn bemerkt der Zeuge, er habe nicht den Verdacht der Brandstiftung gegen Lüttich geäußert, sondern nur gesagt, daß man in der Heimat des Angeklagten diesen verbrecherischen Handlungen für fähig halte, da er in zwei Fällen der Brandstiftung verdächtig gewesen sei. — Angekl. Lüttich: Ich werde den Nachweis führen, daß ich infolge dieser Brände großen Schaden erlitten habe. — Es wird hierauf Abgeordneter Horn (Zentrum) als Zeuge vernommen. Er bezeugt: Er sei mit Lüttich mehrfach auf der Jagd gewesen. Er halte ihn für einen Ehrenmann und einer ehrenhaften Handlung nicht für fähig. — Auf Befragen des Staatsanwalts bekennt der Zeuge: 1904 oder 1905 habe er von Jander einen Brief des Herzogs Wilhelm von Braunschweig mit der Bitte erhalten, den Brief an einen Autographenliebhaber zu verkaufen. Der Brief enthielt eine Gratulation des Herzogs an die Prinzessin Friederike Henriette von Hannover. — Angekl. Frau v. Jander bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden, der Brief stamme aus dem Nachlaß ihres Vaters. Sie habe den Brief verkaufen wollen, da sie sich zur Zeit in Geldnöten befunden habe. — Oberwachmeister Engler-Goslar und Direktor Baumler. Es habe ihn für einen Angeklagten Lüttich als ehrenhaften Mann. — Lehrer Serberding aus Weddingen schließt sich dem an. Sein Pastor habe ihm allerdings schon vor einiger Zeit gesagt, er halte Lüttich für einen schlechten Menschen, er könne dem aber nicht zustimmen. — Polizeiwachmeister Woeller und Landwirt Hermann vermögen nichts Nachteiliges über den Angeklagten auszusagen. — Der Hofinspektor und mehrere Aufseher des Angeklagten Lüttich bezeugen, daß derselbe seine Diensthofen keineswegs schlecht behandelt habe.

Um 4 Uhr wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

## Aus der Partei.

In Sachen der Meeresfahrt der Genossin Lily Braun erhielten wir die folgende angebliche „Richtigstellung“:

Berlin, 20. Juni 1906.

An die Redaktion des „Vorwärts“.

Gegenüber der Darstellung, die Sie im „Vorwärts“ vom 20. d. Mts. in der Rubrik: Aus der Partei, über die Englandreise deutscher Redakteure und die Beteiligung meiner Frau an dieser Fahrt geben, erlaube ich um die folgende Richtigstellung im „Vorwärts“:

Es ist un wahr, und da Ihnen die offiziellen Schriftstücke vorliegen, eine bewusste Unwahrheit, daß ein „Hausen“ englischer Journalisten die Idee bekommen (habe), ein Rendezvous englischer und deutscher Zeitungsschreiber zu veranstalten.

Wahr ist vielmehr, daß in England ein „Englisch-Deutsches“ Freundschaftskomitee sich gebildet hat, das aus etwa 150 der hervorragendsten Persönlichkeiten aus den verschiedenen Parteien Englands, darunter 49 Mitgliedern des Parlaments, unter ihnen auch Parteigenossen, wie Keir Hardie u. a., besteht. Dieses Komitee hat die Einladung erlassen und die Englandreise veranstaltet, nicht „ein Hausen“ gutbürgerlicher Journalisten.

Es ist ferner un wahr, und da Ihnen die offizielle Einladungsschreiben vorlag, eine bewusste Unwahrheit, wenn Sie als Abicht ferner Veranstaltung bezeichnen, später „die Erörterung politischer Fragen mit weniger Bitterkeit zu führen“. Die von Ihnen unter Anführungszeichen zitierten Worte haben Sie dem Wortlaut und Sinn nach gefälscht. In Wirklichkeit findet sich ganz im Gegensatz zu Ihrer Darstellung der als allgemeine Sentenz ausgesprochene Satz: „Die Erörterung politischer Fragen würde weit weniger leicht zu Witterseiten führen, wenn die Gegner einander als Menschen kennen...“ und um jeden Zweifel auszuscheiden, heißt es einige Zeilen später: „Der Wunsch soll Ihnen keinerlei Verpflichtung irgendwelcher Art auferlegen, und es soll die Annahme der Einladung keine politische Bedeutung haben...“ In einem anderen offiziellen Schriftstück des Komitees heißt es wörtlich: „Es kann nicht zu oft wiederholt werden, daß auf Seiten der englischen Gastgeber nicht die geringste Abicht besteht, diesen freundschaftlichen und geselligen Besuch für politische Zwecke auszunutzen.“

Ferner ist es un wahr, und da Ihnen die Liste derjenigen vorlag, die die Einladung erhielten, respektive annahmen, eine bewusste Unwahrheit, wenn Sie behaupten, daß die „verbrecherischsten Schurken“ und die gemeinsten Verleumder der Sozialdemokratie die Hauptrolle spielen.“ Wahr ist dagegen, daß circa 60 Redakteure aus allen Parteien eingeladen worden sind, und so verkehrt es gewesen wäre, die sozialdemokratischen Blätter nicht zu berücksichtigen, ebenso verkehrt wäre es bei dem vorliegenden Anlaß gewesen, der Sozialdemokratie gehässige Blätter auszuscheiden.

Die von mir und meiner Frau herausgegebene „Neue Gesellschaft“ hat eine Einladung erhalten und wir haben sie gern angenommen, weil sowohl Zweck wie Art der Veranstaltung unseren Welfall hat, umso mehr als jedem auch in Bezug auf die Einzelheiten des Programms vom Komitee freigestellt worden ist, nach Belieben daran teilzunehmen oder nicht.

Mit dieser Richtigstellung soll nicht gesagt sein, daß man über die Englandreise, ihren Wert und die Beteiligung daran nicht verschiedener Meinung sein könne. Aber ein Journalist, der die Ehre hat, in einem Parteiorgan zu schreiben, hat die Pflicht, die Genossen redlich zu unterrichten, und ich protestiere als Parteigenosse gegen die irreführende und läugerische Darstellung des „Vorwärts“, der sich in diesem Fall die polemischen Sitten der Linnan und Kronstein zum Muster genommen hat. Indessen will ich den Genannten nicht unrecht tun: So erbärmlich die Art ihres journalistischen Kampfes ist, das wäre vermuthlich doch noch unter dem Niveau der Linnan und Kronstein, was Sie in Ihrem Angriff gegen meine Frau und mich leisten, daß Sie, durch beifällige Genennung daran, Verleumdungen eines „hässlichen“ und Ge-

hässlichen“ Gegners gegen den eigenen Parteigenossen auszuspielen suchen.

Der „Vorwärts“ macht sich angeklagt der Festsessen in London aus Sorge um den Magen meiner Frau. Öffentlich wird es ihr nicht schlechter gehen als den Parteigenossen, die sich von den verbrecherischsten Schurken und den gemeinsten Verleumdern der Sozialdemokratie vor kurzem im Reichstage mit Elbfasser Wein reichlich traktieren ließen.

Dr. Heinrich Braun.

Auf diesen ganzen Quatsch von Wortklaubereien können wir kurz erwidern:

1. Braun leugnet, daß der ganze Klimbin von gutbürgerlichen, englischen Journalisten ausgehe, das Unternehmen werde vielmehr „veranstalet“ (er hätte auch sagen können — finanziert) von einem sog. „englisch-deutschen Freundschaftskomitee“, dem auch „Parteigenossen wie Keir Hardie u. a. angehört“. Braun denkt, wenn er den Managern der Sache einen anderen Namen gibt, werde sie selbst anders. In diesem Komitee gehören eben vornehmlich die erwähnten englischen Drehleute, Vertreter von Blättern wie „Daily Telegraph“, „Daily News“, die mit Arbeiterfreundlichkeit etwa so viel zu tun haben wie — Herrn Hardens „Zukunft“. Was Keir Hardie u. a. (?) betrifft, so wird eine Dummheit oder noch schlimmeres bei uns nicht damit entschuldigt, daß sie auch noch ein anderer mitmacht.

2. Was die Vorurteilslosigkeit und keusche Abfichtlosigkeit der ganzen Veranstaltung betrifft, so beneiden wir den Parteigenossen Braun nicht um das weite Herz, mit dem er jetzt, wie seinerzeit bei Herrn Hardens, den schönen billigen Worten, überdies noch nach seiner Zurechtlegung, Glauben schenkt. Es lohnt sich nicht, darüber mit ihm zu streiten.

3. Braun gibt zu, worauf es schließlich allein ankommt, daß seine Frau die Verbrüderungs- und Putschpartei mit den beachtlichsten Linnan, Kronstein und Konsorten mitmache, gern mitmache, mit Leuten, die, wie wiederholen, zu den verbrecherischsten Schurken und Verleumdern der Partei gehören.

Aus der französischen Partei. Aus den Berichten, die in der letzten Versammlung des Nationalrats vorgelegt worden sind, ist zu melden: Der Bericht über die Kammerwahlen führt an, daß die 69 Föderationen der Partei im ganzen 246 Kandidaten aufgestellt haben, 194 Wahlkreise konnten wegen mangelnder Mittel nicht besetzt werden. Interessant ist der Vergleich zwischen der Zahl der organisierten Parteimitglieder in den verschiedenen Föderationen und den von diesen aufgestellten Wahlstimmen. Hier sieht das Norddepartement oben an, wo von 13 sozialistischen Wählern einer organisiert ist. Im Seine-Departement beträgt das Verhältnis 1:28. Die Gesamtzahl der organisierten Parteimitglieder beträgt 46 000, was immerhin einen beträchtlichen Fortschritt bedeutet. — Der Finanzbericht lautet ziemlich günstig. Das Wochenblatt der Partei „Socialiste“ ist seit dem Kongreß von Chalons aktiv geworden. Unter den Berichten der einzelnen Föderationen ist der des Departements Gard zu erwähnen, das dem Abgeordneten Patre das Recht abspricht, als Angehöriger der geeinigten Partei zu gelten, da er die ihm von einem bürgerlich-radikalen Kongreß gestellten Bedingungen angenommen hat. Desgleichen ist das Verhältnis des Deputierten Camuzet (Dep. Côte-d'or) zur geeinigten Partei noch nicht geklärt. — Der Nationalrat beschloß, die Zahl der besoldeten permanenten Delegierten, die sich der Propaganda zu widmen haben, von zwei auf drei zu erhöhen. Da Jules Guesde zurückgetreten war, wurden zwei Delegierte neu gewählt, die das Amt bis zur Wählung durch den Parteitag provisorisch verwalteten sollen. Die Wahl traf die Genossen Cahin und Nagence Koides. Drei neue Föderationen wurden aufgenommen: Vendée, Meuse, Eure-et-Loire. Die Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit Brando's Eintritt ins Ministerium in der Föderation ausgebrochen sind und dazu geführt haben, daß bei den Wahlen dort keine Parteikandidaten aufgestellt wurden, sollen durch zwei Delegierte geschlichtet werden, die die Föderation auf Basis der nationalen und internationalen Kongreßbeschlüsse neu konstituieren sollen.

### Aus der italienischen Partei.

Rom, den 17. Juni. Die neugewählte sozialistische Parlamentsfraktion hat dieser Tage ihre erste Beratung abgehalten, um ohne jede Diskussion, da keine Meinungsverschiedenheit bestand, eine energische Opposition gegen das Kabinett Giolitti zu beschließen. Zu einer ziemlich lebhaften Diskussion kam es dagegen bei der Frage über die Stellung der Abgeordneten, die nicht ihr Mandat niedergelegt haben, innerhalb der Fraktion. Genosse Giacomo Ferri beantragte den Ausschluß der beiden in Betracht kommenden Abgeordneten (Antolisei und Borciani) wegen Disziplinslosigkeit. Borciani wies darauf hin, daß er nach Befragung der Organisation seines Wahlkreises von der Mandatniederlegung abgesehen habe. Antolisei versuchte sein Verhalten dadurch zu rechtfertigen, daß er erklärte, die Disziplin sei nur in nebensächlichen Fragen verbindlich; in wesentlichen Fragen müsse jeder nach eigenem Dafürhalten entscheiden. Obwohl diese eigenartige Theorie nicht die Zustimmung der Fraktion fand, beschloß diese doch mit allen gegen die Stimme Giacomo Ferris das Verhalten der Abgeordneten dem Urteil des nächsten Parteitages zu unterbreiten und einstweilen keine Ausschließungen vorzunehmen.

Schließlich beauftragte die Fraktion Di Solati damit, sie im Parteivorstand zu vertreten. Dieser Beschluß ist insofern befremdend, als Di Solati zurzeit keiner Parteiorganisation angehört, da er aus der höchsten Sektion wegen Disziplinslosigkeit bei den letzten Kommunalwahlen ausgeschlossen wurde. Daraufhin legte er sein Amt als von der Fraktion delegiertes Mitglied des Parteivorstandes nieder und die Fraktion erstetzte ihn durch Montemartini. Warum sie jetzt zu Di Solati zurückkehrt, ist nicht recht einzusehen.

Die Fraktion zählt augenblicklich vier Mitglieder, die nicht organisierte Parteigenossen sind, nämlich Turati und Treves, die dem Paläander autonominischer Frikel angehören, de Felice, der 1896 aus der Partei ausgeschlossen wurde und ihr nicht wieder beiträt, sowie Di Solati. Auch zu dieser Frage, die eng mit der Autonomie der Parlamentsfraktion verknüpft ist, wird der nächste Parteitag Stellung nehmen müssen.

## Soziales.

### Freiwilligendienst, Vergesetz und Unternehmertum.

Am 14. Juni feierte das katholische Deutschland den Freiwilligendienst. Der Tag ist kein eigentlich gesetzlich und von Staatswegen vorgeschriebener Feiertag. Im rheinisch-westfälischen Kohlengebiete, für die Oberbergämter Dortmund und mit über 270 000 Mann Gesamtbelegschaft und Bonn mit 100 850 Mann, also annähernd 400 000 Arbeitern, ist der Tag auf allen Fachen als Feiertag proklamiert. Trotzdem auf den Werken ein Konglomerat der verschiedensten Wälder und Glaubenbekenntnisse arbeitet, wird allen gleichmäßig ein Feiertag aufgestellt!

Dagegen ließe sich wenig sagen, wenn es die Bechenverwaltungen nicht verstanden, den Ausfall an der Förderung, also der Produktion, durch Einlegen von Leber- und Reben-schichten wieder zu decken. Sehr lehrreich ist dabei, zu beobachten, wie dem Gesetz, der — berühmten Bergesynovelle vom 14. Juli 1905 ein Sampphen geschlagen wird. Jenes „Schup“pfech schreibt eine ununterbrochene Ruhezeit von acht Stunden für jeden in der Grube beschäftigten Arbeiter vor. Um nur das Gesetz nicht zu übertreten und trotzdem Leber- und Reben-schichten verschaffen lassen zu können, läßt man die Frühlicht an Tagen vor solchen Fechten eine Stunde früher anfahren. Während die Schicht sonst um

6 Uhr beginnt, fängt sie dann um 5 an. Sie dauert dann bis nachmittags 1—1½ Uhr und dieselbe Schicht kann, nachdem sie die gefühlten acht Stunden Pause hinter sich hat, abends ½ 10 bis 10 Uhr wieder anfahren und arbeitet dann bis in den Feiertag hinein. Die Nachmittags-schicht holt das Versäumte auf dieselbe Weise ein, nur daß sie nicht nachmittags, sondern früh einfährt, nachdem auf die oben geschilderte Weise die gefühlte vorgeschriebene achtstündige Ruhezeit herausgedrückt worden ist.

Man sieht, die Erzeugnisse des Ruhrstriebs, die verarbeitete, verhandelte, vom Geldkapital in einen Geschäftshausen verwandelte Bergesynovelle wird zur höheren Ehre des Profits noch so interpretiert, daß der Arbeiter nach wie vor schrankenlos ausgebeutet werden kann. — Obendrein umgibt man sich mit dem Nimbus besonderer Frömmigkeit, weil man die so „freigestellten“ Arbeitermassen den Pfaffen zu Dekorationszwecken überläßt.

### Der Kampf gegen das Koalitionsrecht der Feldarbeiter in Ungarn.

Das Koalitionsrecht gegen den Feldarbeiterverband wird fortgesetzt. Nur scheint man die Taktik geändert zu haben. Die Budapest Zentrale und damit den ganzen Verband mit einem Federstich aufzulösen, wagt man nicht, der Wahlspruch scheint vielmehr zu sein die Verfolgung und Peinigung einzelner Ortsgruppen und deren Führer. Man will die Feldarbeiter dadurch zur Verzweiflung treiben, in den Streik will man sie hegen, um dann Blutüber unter ihnen anrichten zu können. Alle Nachrichten, die aus dem Lande einlaufen, deuten darauf hin, daß die Streikrichter auf höheren Befehl handeln und systematisch gegen den Verband vorgehen. Bis jetzt sind schon 8 Ortsgruppen des Feldarbeiterverbandes aufgelöst und ihre Leiter verhaftet worden. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, sind bereits 20 000 russische und rumänische Arbeiter angeworben worden, um von Staats wegen auf die von Lohnforderungen bedrohten Großgüter in Ungarn transportiert zu werden. Trotz all dieser Schikanen wird es aber nicht gelingen, die Bewegung der Feldarbeiter gänzlich zu vernichten. Selbst wenn die Organisation, die heute nahezu 180 Ortsgruppen und mehr denn 20 000 Mitglieder zählt, aufgelöst würde, könnte das erwachende Streben des ungarischen Landproletariats nach besseren Daseinsbedingungen nicht mehr unterdrückt werden.

### Arbeiter und Arbeiterinnen, die Taschen zu!

Gelegentlich einer Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht in München wurde das Inkognito eines Schwindelunternehmens gelüftet, das in allen größeren Städten seine Verurten auslegt. Das Unternehmen befaßt sich mit der Versicherung gegen Stellenlosigkeit und trägt den Titel: Bayerischer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in München. Wie in der Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht konstatiert wurde, wurden die „Inspektoren“ und Agenten dahin instruiert, daß sie das Feld ihrer Tätigkeit in der Hauptsache unter den weiblichen Angestellten zu beginnen haben, da Arbeiterinnen, Filialleiterinnen, Verkäuferinnen und Charakterladnerinnen sich weniger an die Versicherungsparagrafen stoßen und eher auf den Reim kriechen! Das Direktionsbureau soll in Feldkirchen bei München sein, dorthin adressierte Briefe kommen aber als unbestellbar an den Absender zurück. Direktor, Oberinspektor und Inspektor in einer Person ist ein Herr Müller, München, Karlstraße 15/4. Bei Reklamationen beruft sich Herr Müller auf den Inspektor, wendet man sich an den Inspektor, dann wird man an den „Oberinspektor“ und von diesem wieder an den Direktor verwiesen. Alle diese Schriftstücke werden jedoch von dem v. Müller beantwortet, der sich einer verschiedenen Schreibweise bedient. Es sollen 5 Genossenschaftler sein, von denen jeder 10 000 Mark Vertriebskapital eingelegt haben soll. Erkundigungen bei der Polizeidirektion ergaben aber, daß dort weder der Direktor noch Genossenschaftler angemeldet oder bekannt sind. Es ist also größte Vorsicht am Platze, man weise jedem Agenten oder Inspektor die Lüre.

### Kontraktbruch von Kassenärzten.

Die Kontraktbrüchigkeit von Kassenärzten ist bekanntlich trotz der geifenden Ermahnungen, mit denen im Reichstage und in der bürgerlichen Presse die Kassenverwaltungen Nachdruck und die Sachlage zugunsten der Ärzte entwirrt wurde, von mehreren Gerichten anerkannt. In Köln hat jetzt auch das Oberlandesgericht das den Kontraktbruch der Ärzte feststellende Erkenntnis des Landgerichts bestätigt.

Die Kölner Ortskrankenkasse hatte im Jahre 1898 eine Anzahl Ärzte als Kassenärzte bis Ende des Jahres 1905 ange stellt. Als bei Gelegenheit des Arztstreiks im Jahre 1904 eine Verminderung der Arztzahl von 40 auf 10 einztrat, kündigten verschiedene der angestellten Kassenärzte vorzeitig ihren Dienstvertrag, nämlich am 19. September 1903 zum 1. Januar 1904. Die Ortskrankenkasse erhob hierauf gegen die betreffenden Ärzte Festschließungsklage, dahingehend, daß die Beklagten nicht berechtigt seien, den mit ihr abgeschlossenen Dienstvertrag vor Ablauf der festgesetzten Kündigungsfrist zu kündigen, also mit anderen Worten, daß die Beklagten Kontraktbrüchig seien. Das Urteil des Kölner Landgerichts, welches dem Klageantrage entsprochen hatte, wurde dieser Tage durch Entschluß des Kölner Oberlandesgerichts mit folgender Begründung bestätigt: Von einem Vertragsbruch der Klägerin wegen Verminderung der Arztzahl, wie Beklagte behaupten, kann nicht die Rede sein. Wichtig ist, daß durch die am 1. Januar 1904 eingetretene starke Verminderung der Arztzahl den Beklagten aller Voraussicht nach erhebliche Mehrarbeit erwuchs. Es mag auch richtig sein, daß die Beklagten damit rechnen mußten, daß gerade sie als in Köln bekannte Ärzte besonders in Anspruch genommen würden. Dies alles stellt jedoch keinen wichtigen Grund zur vorzeitigen Auflösung des Dienstvertrages gemäß § 228 B. G. B. dar. — Als Vertragsgenossen der Klägerin mußten sie bei der überaus schwierigen Lage, in die die Klägerin durch die Kündigung der übrigen Kölner Ärzte veretzt war, eine gegen früher erhöhte Tätigkeit auf sich nehmen und daher nicht durch die ganz üblich ersinkende Einkahlung der Arbeit den Notstand der Klägerin noch erhöhen. Hierzu hätten sie um so mehr Veranlassung, als sie sich sagen mußten, daß der Notstand nur ein vorübergehender sei, da offenbar binnen kurzer Zeit entweder die Klägerin oder die Aufsichtsbehörde für Herstellung ordentlicher Verhältnisse Sorge tragen würde. Es war den Beklagten unbenommen, falls ihnen in Zukunft Mehrleistungen angefallen würden, welche sie unter Verzicht auf ihrer Körperkräfte nicht leisten konnten, oder welche sich mit der Verantwortlichkeit ihres Berufes nicht vertrügen, solche Mehrleistungen abzulehnen. Aber sie durften nicht ohne Versuch, in den veränderten Verhältnissen ihrer Vertragspflicht gerecht zu werden, am 30. September 1903 zum 1. Januar 1904 kündigen. Auch wenn das dem Arztstreik vorausgehende Verhalten der Klägerin den Beklagten begründeten Anlaß zur Unzufriedenheit bot, so mußten sie doch der von ihnen übernommenen Vertragspflicht nachkommen und hierbei der durch die Kündigung der Ärzte geschaffenen außerordentlichen Sachlage Rechnung tragen.

### Warnung an ausländische Arbeiter!

Vor mehreren Jahren warteten russische, österreichische und italienische Wehrden ihre Landsleute dringend, in Deutschland auf dem Lande Arbeit zu nehmen, weil sie insbesondere in Ostelbien schlecht behandelt, elend gelohnt, überdies belogen und betrogen werden und Recht ergebends suchen würden. Die Warnung hatten wir seinerzeit niedriger gehängt. Sie ist auch im Reichstage besprochen worden. Leider entsprach sie durchweg der Wirklichkeit. Heute suchen Menschenverläufer schon im Ausland durch falsche Vorspiegelungen ihre Landsleute nach Deutschland ins Glend zu verlocken.

Das russische Auswanderungskomitee in Ostgalizien erklärt — wie wir neulich schon kurz mitteilten —, folgenden Aufruf: „Statt bei den polnischen Gutsherren für einen elenden Lohn zu fronden, möge jeder Rußhene, der Arbeit sucht, nach Deutschland gehen, wo er gut bezahlt und als freier Mensch behandelt wird (1). Das Komitee kann 100 000 Rußhnen Arbeit in Deutschland verschaffen, und wer kein Reisegeld hat, wird auf Kosten des Komitees

bis zum Arbeitsort befördert. Wer nur über Sommer in Deutschland arbeitet, bringt sicherlich einige Hundert Kronen als Ersparnis nach Hause.

Dieses russische Auswanderungskomitee muß aus gewissenlosen Schwindlern bestehen, die mit der deutschen Ausbeutertruppe, den Agrariern, Hand in Hand arbeiten. Es kann einem ehrlichen Russen nicht unbekannt sein, daß seine armen Landsleute hier in Deutschland in der brutalsten Weise behandelt, schamlos ausgebeutet und um einen erheblichen Teil des Lohnes, der sehr gering ist, durch Einbehaltung von Sautionen betrogen werden. Wer wirklich das Glück gehabt hat, auf einem Gut Sommer über auszuhalten, der kann nur dann einige Mark erspart haben, indem er bei schwerer Arbeit auf Kosten seiner Gesundheit geduldet, von Kartoffeln und Hering und saurer Schlemmermilch gelebt hat.

Es scheint denn auch so, als wenn die russischen Arbeiter weit besser davon unterrichtet sind, was ihrer auf den deutschen Gütern wartet, als das Auswanderungskomitee. Denn es sind für Ostpreußen keine russischen Arbeiter mehr zu bekommen, so daß das Komitee darin wohl ehelich ist, wenn es seinen Landsleuten verspricht, 100 000 Arbeitern in Deutschland Arbeit verschaffen zu können.

So macht denn die Ostpreussische Landwirtschaftskammer in den Kreisblättern bekannt, daß die fortgesetzten einlaufenden Vorstellungen auf die so beliebt gewordenen russischen Landarbeiter leider nicht erledigt werden können, da die zum Frühjahr bezogene Nachfrage kaum erledigt werden konnte und auch andere Landwirtschaftskammern und Arbeitsnachweise mit Vorliebe russische Arbeiter suchen. Freilich auch mit wenigem Erfolg. Die Ostpreussische Landwirtschaftskammer empfiehlt daher den Besitzern, doch mit gewöhnlichen russisch-polnischen Arbeitern sich in diesem Sommer zu begnügen.

In Ostpreußen laufen täglich die polnischen und galizischen Arbeiter von den Gütern, weil sie niederträchtig ausgebeutet werden und obendrein hungern müssen. Nicht selten erhalten sie Prügel und müssen sich oft lebensgefährliche Mißhandlungen gefallen lassen. Fast in jedem Kreisblatt liest man hinter polnische Arbeiter erlassene Steckbriefe.

So waren am 10. Juni von einem Gut in Steinberg, im Kreise Kruswalde, eine Anzahl Galizier des Nachts geflüchtet, weil sie nicht mehr länger hungern wollten. Sie wurden aber ergriffen, mächtig durchgeprügelt — es soll dabei tüchtig Blut geflossen sein — und dann am Montag über Kruswalde im kranken Zustande nach ihrer Heimat Galizien geschafft. Es soll bei der Berliner Landwirtschaftskammer Anzeige erstattet sein. Einer der gemißhandelten Galizier soll ganz verschwunden sein.

Die russischen Landarbeiter können gar nicht genug davor gewarnt werden, den Verlockungen des russischen Auswanderungskomitees zu folgen. Sie werden hier mindelens ebenso, wenn nicht noch schlimmer ausgebeutet und brutal behandelt wie dort von den polnischen Gutsherren und sind in Preußen fast schlimmer als rechtslos, da, wie wir wiederholt meldeten, ohne jedes gerichtliche Verfahren, lediglich auf die Anzeige des Gutsherrn hin, die bekannten Steckbriefe in den Amtsblättern gegen läbliche Arbeiter erlassen werden, von denen der Gutsherr behauptet, sie hätten den Vertrag gebrochen.

Ausländische Arbeiter, meidet Preußen, wenn Ihr nicht bittere Enttäuschungen erleben wollt!

## Aus Industrie und Handel.

### Der Verband des Stahlverbandes.

Die Stimmung auf dem Weltmarkt ist zurzeit so, daß man sie mit der der Segelschiffe bei jeder einsetzenden Winde vergleichen kann. Auf offener See wird ein gutes, festes, sicheres, geleitetes Schiff unter stärkerem Luftdruck schneller dahin gleiten, die für ihn nicht große Gefahr übersehen, während die kleinen, schwachen, nicht von kundiger Hand geleiteten, in der Nähe der Küste auf den Wellen tanzenden Schiffe bereits durch eine leichte Brise in die Gefahr der Vernichtung geraten. In der Eisenindustrie sind es die kombinierten Werke, die jetzt mit gesteigerter Geschwindigkeit in der Produktion vorwärts kommen. Das ergeben wieder die letzten Ausweise des Stahlverbandes. Der Verband an Halbzeug ist zurückgegangen. Nicht wegen Produktionsrückgang, sondern weil die gemischten Werke in gesteigertem Maße selbst weiter bearbeiteten. Der Verband an Eisenbahnmaterial und Formeisen hat sich merklich gehoben. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt die Veranschlagung in den Verbandsjahren. Es betrug der Verband in Tonnen:

|                   | Jan.                | Febr.          | März           | April          | Mat            |
|-------------------|---------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Halbzeug . . .    | 1905 127 081        | 121 908        | 175 894        | 187 758        | 189 589        |
|                   | 1906 175 962        | 156 512        | 178 082        | 153 891        | 158 947        |
| Eisenbahnmaterial | 1905 112 804        | 118 701        | 147 844        | 120 808        | 152 159        |
|                   | 1906 154 839        | 155 671        | 172 098        | 147 000        | 179 190        |
| Formeisen . . .   | 1905 137 079        | 80 284         | 147 084        | 150 622        | 171 952        |
|                   | 1906 129 012        | 125 376        | 177 107        | 103 668        | 184 434        |
| <b>Gesamt</b>     | <b>1905 376 964</b> | <b>326 890</b> | <b>470 924</b> | <b>459 759</b> | <b>493 743</b> |
|                   | <b>1906 459 833</b> | <b>487 550</b> | <b>527 767</b> | <b>464 559</b> | <b>522 571</b> |

In den drei ersten Monaten 1906 war der Halbzeugverband größer als in der Vergleichszeit in 1905, aber auch die Rissen in den anderen Gruppen sehen höher, wie ja auch die Gesamtsumme in 1906 dem Vorjahre gegenüber um 266 891 Tonnen gestiegen ist. Von April ab läßt der Halbzeugverband erheblich nach, bei Eisenbahnmaterial sehen wir im April ebenfalls ein Fallen der Verbandsziffern — das kam mit den Lieferterminen zusammenhängen —, dann aber im Mai ein sprunghaftes Emporspringen. Ebenso ging die Verbandsziffer bei Formeisen gewaltig in die Höhe. Nach der Gestaltung der Verbandsziffern müssen sich die gemischten Werke des besten Wohlstandes erfreuen, den reinen Werken wird es bei dem Sturm der steigenden Rohstoffpreise aber schon etwas schwell und bei ihnen muß der Grad der Beschäftigung schon nachgelassen haben, denn der verminderte Verband an Halbzeug bedingt auch eine Beschäftigungsabschwächung bei den Halbzeug verarbeitenden reinen Werken.

Der Verband an Eisenbahnmaterial stieg im April d. J. um 26 197 Tonnen gegenüber April 1905, während der Gesamtverband um 28 200 Tonnen gestiegen war, fast das ganze Mehr also auf die gemischten Werke entfällt, welche allein Eisenbahnmaterial herstellen. Im Mai d. J. ging dann der Verband an Eisenbahnmaterial weiter in die Höhe, gegen April d. J. um 32 190 Tonnen, und der Verband an Formeisen stieg um 20 708 Tonnen, während die Zunahme des Gesamtverbandes 57 932 Tonnen betrug; gegenüber Mai d. J. ist das Quantum des zum Verband gelangten Eisenbahnmaterials um 27 031 Tonnen gestiegen, während die Gesamtverbandmenge nur um 29 388 Tonnen gewachsen ist, gleichzeitig aber auch der Formeisenverband eine Steigerung um 12 482 Tonnen aufweist.

Der herrschende Wind ist den gemischten Werken günstig, aber er kann vielleicht auch diesen bald gefährlich werden.

### Verkaufsvereinigung, Syndikat und Fusionen in der Getreidemüllerei.

Ueber dieses Thema führte Herr Thiem-Greifenhagen auf dem in Nürnberg tagenden Kongreß deutscher Mühlenbesitzer folgendes aus: Seit mehr als 15 Jahren führen die Kleinmüller einen fast ausichtslosen Kampf um ihre Existenz. Von rund 30 000 Mühlen in Deutschland sind innerhalb 10 Jahren 8 400 eingegangen. Beziehungswise sie können als Mühlen für die Statistik nicht mehr in Betracht, weitere Tausende stehen ein kümmerliches Dasein, um dann schließlich doch zu verbluten, im Konkurrenzkampf zu unterliegen. Nicht der gesteigerte Konsum in den letzten zwanzig Jahren habe die Mühlenbetriebe in der Müllelei entstehen lassen, sondern lediglich die Sucht nach Profit. Die großen Mühlen seien eine Gefahr für das Vaterland in Kriegs- und Friedenszeiten. Bedner ist der ganz erheblichen Erhöhung der Umsatzsteuer für Grobmühlen nicht abhold, er empfiehlt aber, die eigene Kraft nicht aus dem Auge zu lassen und entweder Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen, d. h. Syndikate zu gründen, die nach und nach zu einem großen deutschen

Mühlenyndikat sich auszuwachsen sollen oder direkt zur Fusion (Zusammenlegung) der Mühlen überzugehen.

Ein Herr Krone aus Sachsen sieht die Aufgaben des zu schaffenden Syndikats deutscher Mühlen darin, daß man die Mehlpreise in die Höhe treibt. Auch die Vätermeister sollen durch eine „sogenannte schwarze Liste“ gefügig gemacht werden. Den Mühlenbesitzern sollen die Preise vom Syndikat diktiert und ihnen vorgeschrieben werden, bis zu welchem Quantum sie ausländisches Mehl beziehen dürfen. Durch Konventionenstrofen oder Boykott soll diesen Bestimmungen der nötige Nachdruck verliehen werden. — Fürs Ganze verlangt man die Hilfe des Staates! — Sonst hätte dieser biedere Müller aus Sachsen keine Wünsche.

Ein Herr Westermarck aus Gnaust-Kleeberg in Sachsen will, daß mit den Väterdingungen zusammengegangen wird, um gemeinsam mit diesen die Konsumenten zu schröpfen.

Professor Ruhland will nicht mit der Sozialdemokratie die Verstaatlichung aller Produktion, sondern einen goldenen Mittelweg: ein Mittelstandssyndikat! Vom Staat müßten die Müller ein Gesetz verlangen, wodurch die Unternehmer von Großmühlen gezwungen werden sollen, bei Errichtung eines kapitalistischen Großbetriebes werft sämtliche Kleinbetriebe aufzulassen, soweit solche im zünftigen Wirkungsbereich des zu schaffenden Mühlenbetriebes liegen. Der Mittelstand habe ein Recht auf Arbeit. Die Situation im wirtschaftlichen Leben sei heute die: Organisation gegen Organisation, Syndikat gegen Syndikat, Ring gegen Ring und Trupp gegen Trupp!

Nach weiterer Diskussion beschloß der Kongreß, vorläufig die Gründung von Einkaufsvereinigungen in die Wege zu leiten, namhafte Summen hierzu sind bereits vorhanden.

Aus der kapitalistischen Entwicklung gibt es kein Entrinnen. Was die kleinen Mühlenbesitzer fordern: die Unterstützung des Staates für ihre trag egoistischen Sonderinteressen, kollidiert so sehr mit dem Volksinteresse, daß die Durchsetzung der Forderungen einfach ausgeschlossen ist. Die Mühlenbesitzer verurteilen die Gewinnsucht der Großbetriebe, sie selbst aber präsentieren den Konsumenten einen Wunschzettel, der noch viel unangenehmer aussieht als das letzte Reichssteuerbullet und das will doch schon was heißen.

**Wegen der Fleischpacker.** Aus Washington wird berichtet: Das Gesetzprojekt, einen Agrarausfluß der Kammer einzufügen, ist von der Kammer angenommen worden. Sein hauptsächlichster Zweck ist die Inspektion der Schlachthäuser, um dem Standal ein Ende zu machen, welcher durch den Verkauf verdorbener Fleischkonserven hervorgerufen worden war.

### Spiritusyndikat und Ostdeutsche Spiritusfabrik.

Der Verband deutscher Spiritus- und Spirituoseninteressenten, F. W. Scheidt und, daß eine in den letzten Tagen in der Presse verbreitete Mitteilung, nach welcher trotz der ablehnenden Antwort der Ostdeutschen Spiritusfabrik auf die an sie ergangene Aufforderung, dem Spiritusyndikat beizutreten, die Verhandlungen mit der Ostdeutschen Spiritusfabrik nicht aufgegeben sind, sondern weiter fortgesetzt werden, nicht den Tatsachen entspricht. Die genannte Firma sei strikte partei-feindlich.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenlöhne — schlechte Löhne.

Man schreibt uns: Zu Ihrem Artikel in der Nummer vom 16. Juni unter der Rubrik: „Aus der Frauenbewegung“, bezieht Frau en l ö h n e — schlechte L ö h n e, gestatten Sie mir, auf einen Umstand in den Arbeitsverhältnissen der weiblichen Handelsgestellten noch besonders aufmerksam zu machen. Sie führen an, daß ein großer Prozentsatz solcher Arbeitskräfte zu Löhnen arbeitet (von Gehalt hierbei zu reden, schraubt sich meine Feder, ebenso wie ich die Bezeichnung Löhne nicht am Plage finde: Almosen resp. Trinkgeld wäre hierfür der geeignete Ausdruck), welche die Hungerlöhne mancher Heimarbeiterinnen teilweise nicht erreichen. Wie es möglich ist, daß Waren- oder Kaufhäuser für monatlich 25 bis 30 M. weibliche Arbeitskräfte erhalten, dürfte bis jetzt noch wenig in der Öffentlichkeit bekannt sein. Ich bin erbötig, für meine nachstehenden Behauptungen jederzeit Beweise zu erbringen.

Erstens wird unter der Bezeichnung „Lehrdame“ oder „Lehrfräulein“ dahin getrebt, für 20 bis 25 M. monatlich (oftmals noch weniger) Arbeitskräfte zu bekommen auf bestimmte Zeit, von drei Monaten an bis zu zwei Jahren. In der vertragsmäßigen Zeit soll das „Lehrfräulein“ pp. zur Verkäuferin ausgebildet werden. Die durchschnittliche Lehrzeit beträgt gewöhnlich ein Jahr. Derartige Lehrfräulein werden in den ersten Monaten ihrer Lehrzeit gewöhnlich mehr mit Begeleuten, Staubwischen, Frühstücken, Lagerfortieren usw. usw., als mit Unterweisungen im Fach beschäftigt, so daß sich die Lehrzeit für den Unternehmer recht lohnend gestaltet. Hat solch Lehrfräulein die Lehrzeit absolviert und ist nun der Meinung, daß von da an „bessere Zeiten“ in Gestalt von höherer Entlohnung einträte, so geht jetzt nicht nur für die „ausgelernte“ Dame, sondern in den meisten Fällen auch für deren Eltern die Enttäuschung erst recht los. Nachdem viellecht 20 bis 30mal versucht wurde, mit und ohne besondere Empfehlung dem Töchterlein eine Stelle als Verkäuferin in irgend einem Geschäft gleicher Branche gegen angemessene Bezahlung zu verschaffen und die Abweisungen nach kürzeren oder längeren Verhandlungen mündlich oder brieflich sich ebenso regelmäßig unter ziemlich gleichlautenden Gründen einstellen, wird man gewahrt, daß es also vorläufig mit dem „Erdienen“ noch nichts ist. — Doch wurde ja so ziemlich in acht Behteln der Abweisungen der „wohlgemeinte“ Vorschlag gemacht, das „Lehrfräulein Tochter“ zur weiteren Ausbildung nochmal auf drei oder sechs Monate in die Lehre zu geben, da das eigene Geschäft doch wesentlich anders läge, als dasjenige der Lehrstelle! — Auch hierzu werden sich die Fräulein resp. die Eltern entschließen, da ja doch „aus dem Rinde etwas Tüchtiges werden soll!“ Die Monate der Nach-Lehrzeit gehen vorüber, so trösten sich die Beteiligten. — Wenn nun aber gehofft wird, damit ist die Lehrzeit beendet, so folgt hierauf wiederum arge Enttäuschung. Dasselbe Geschehnis wiederholt sich noch vier- bis fünfmal, bis endlich dem einen oder anderen die Geduld reißt und auf diese ganze Laufbahn verzichtet wird. Einigen glückt es mit Sünden und Wägen, einen „Gehalt“ von etwa 45 bis 60 M. monatlich zu erlangen.

Nun wird man mir entgegen, daß es sich empfiehlt, um höhere Entlohnung zu erreichen, im Lehrgeschäft auszuhalten. Damit hat es aber auch seinen Haken. Nach Beendigung der Lehrzeit erfolgt meistens eine „Gehaltsverhöhung“ von 5 M. pro Monat! Nach weiteren sechs Monaten abermals 5 M., und wenn das Glück hold ist, erhält solch Verkäuferin nach dreijähriger Tätigkeit im gleichen Geschäft das übliche Höchstgehalt von 40 M. oder, falls sie hiermit nicht recht zufrieden, „prinzipiell“ die Kündigung!

Ein arger Mißstand ist das Prämienystem. Ich betrachte dieses als arge Heberverteilung des Publikums. Waren, welche schlechtfach sind oder sonstige an Wert verloren haben, soll die Verkäuferin recht energisch anbieten, alle erdenklichen und teilweise nicht zutreffenden guten Eigenschaften werden solchen Verkaufsobjekten angeblüht, und zwar lediglich nur deshalb, um einen möglichst hohen Preis herauszuschlagen. An dieser Heberverteilung wird der Verkäuferin ein gewisser Prozentsatz als „Prämie“ garantiert, und liegt es in der Natur der Sache, daß solch Anjumen um so eher von der Verkäuferin willkommen geheißen wird, je niedriger ihre Bezahlung ist — natürlich zum Schaden des konsumierenden Publikums. Den Löwenanteil am Profit setzt wiederum der Unternehmer ein. — Meines Erachtens wird vom Publikum sowohl als auch von den betreffenden Eltern zur Abstellung derartiger ungesunder Verhältnisse noch viel zu wenig getan und würde es sich empfehlen, wenn hier endlich einmal gründlich der Hebel zur Besserung der Lage der kaufmännischen Angestellten angefaßt und in bezug auf das betrügerische Prämienystem Remedur geschaffen würde.

**Im Kampfe um das Frauenwahlrecht.** Mit welcher Energie die Frauen in England das Ziel der Erreichung des Frauenwahlrechts verfolgen, das belegt erneut nach folgende Meldung:

London, 20. Juni. Eine Gruppe von Frauen begab sich gestern Abend vor das Hotel des Finanzministers, um für das Wahlrecht der Frauen zu manifestieren. Der Finanzminister entkam den Frauen, die ihn unbedingt sprechen wollten, durch eine Hintertür.

## Gerichts-Zeitung.

### Jagdreviere der verschiedenen Konfessionen.

Fräulein B. hatte, obgleich sie katholisch war, ihr uneheliches Kind in eine evangelische Volksschule geben lassen. Als sie verzog, meldete sie das Kind bei der 14. Volksschule, die ebenfalls evangelisch ist, an. Es wurde auch aufgenommen, nach einiger Zeit aber von der Schulkommission vom Besuch in dieser Schule ausgeschlossen. Es sollte die katholische Volksschule besuchen. Beschwerden der Mutter, die das Kind nicht in die katholische Schule schicken wollte, blieben ohne Erfolg. Der Kultusminister beschied sie ebenfalls abfällige. Fräulein B. schickte das Kind eine Zeitlang überhaupt nicht zur Schule, davon ausgehend, daß sie das Kind nicht in eine katholische Schule hineinzwängen lassen brauche. So gut es ging, unterrichtete sie mit Hilfe eines Privatiers das Kind selbst. Eine Dispensation vom Schulbesuch fand aber nicht statt. Die Behörde fand den Unterricht nicht ausreichend. Fräulein B. trat schließlich, als fortwährend Strafverfügungen einliefen, zum evangelischen Glauben formell über, worauf das Kind in der evangelischen Volksschule wieder Aufnahme fand. — Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte Fräulein B. wegen der Schuldverhältnisse, welche in die Zeit zwischen dem Wechsel des Kultusministers und der Erledigung ihres Uebertritts zum evangelischen Glauben fallen, zu einer Geldstrafe, indem es eine fortgesetzte Handlung annahm. Das Gericht berief sich darauf, daß nach dem Allgemeinen Landrecht uneheliche Kinder in der Religion der Mutter zu erziehen seien. Für Berlin, wo es katholische und evangelische Schulbezirke gebe, sei die Anordnung getroffen, daß katholische Kinder in den katholischen Bezirken und evangelische Kinder in den evangelischen Bezirken einzuschulen seien. Angeklagte hätte das Kind in die katholische Schule schicken müssen, als die Schulbehörde es dorthin verwies, weil sie katholisch war. Der private Unterricht könne sie nicht entschuldigen, da der Nachweis fehle, daß dieser Unterricht ausreichend sei.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die hiergegen eingelegte Revision.

### Vorenthaltung des Lohnes

Lag einer Anklage zugrunde, die gestern das Schöffengericht Berlin-Weidling beschuldigte. Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs war der Drahtzaunfabrikant W u g i g e r aus Mahlsdorf angeklagt, während sich die Arbeiter J i m m e r m a n n und S c h o l z wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs verantworten mußten. Die beiden Verurteilten standen bei W u g i g e r in Arbeit. Anfang Januar dieses Jahres kam es zu einer Auseinandersetzung wegen des von W u g i g e r angeblich zu niedrig festgesetzten Akkordlohnes für das Auflegen eines Drahtzaunes. Als W. sich weigerte zu zahlen, nahmen die beiden Arbeiter eine drohende Haltung an und drangen schließlich auf ihren Arbeitgeber ein. Dieser schickte in die Werkstatt in der Hoffnung, seine Verfolger loszuwerden. Die beiden Mitangeklagten sprengten jedoch die Tür und drangen auf W. ein. Dieser ergriff eine dicke Eisenstange und verriet dem v. Zimmermann einen wuchtigen Schlag über den Kopf, so daß J. sofort blutüberströmt zusammenbrach. W u g i g e r verwarf sich nunmehr in seiner Privatwohnung. Nachdem sich J. wieder erholt hatte, drangen beide Arbeiter in die Wohnung des W. ein, um Nachzahlung der ihnen zugesagten Mischhandlungen zu nehmen. Der Gericht erhob der Verteidiger des W u g i g e r den Einwand, daß J. nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme sich nur in der schlimmsten Notwehr zu dem Schläge mit der Eisenstange habe hinreißen lassen. Da es sich aber um eine in der Furcht und Bestürzung begangene Ueberschreitung der Notwehr handelt, müsse auf Freisprechung erkannt werden. Das Gericht erkannte gegen Zimmermann und Scholz auf je zwei Wochen Gefängnis und sprach den S u g e k l a g t e n W u g i g e r, bei dem Notwehr angenommen wurde, kostenlos frei.

### Erziehung zum Polonismus.

Die strafrechtliche Verfolgung der Polen hat nicht wenig zum Entweichen der polnisch-radikalen Richtung beigetragen. Am Dienstag verhandelte das Reichsgericht wiederum über drei Fälle von Germanisierungsversuchen durch Strafgesetzbuchparagrafen. Derartige Anklagen müssen das entgegengesetzte Resultat erreichen, als die Germanisierungsfreunde erreichen wollen.

Der erste vor dem Reichsgericht behandelte Fall betraf eine eigenartige Konstruktion einer verbotenen Rötigung. Wegen verbotener Rötigung ist am 4. Januar vom Landgericht Hofen der Verleger und Redakteur einer polnischen Zeitschrift, Sigismund v. S l u p s k i, zu einer Geldstrafe von 300 M. verurteilt worden. Er hatte in einem Artikel „Verdräufliche Verkäufer“ sich gegen den Landverkauf an Deutsche gewendet und empfohlen, die Namen solcher Polen, welche Land an Deutsche verkaufen, durch öffentliche Nennung an den Pranger zu stellen. Der Artikel bezog sich nach der Uebersetzung des Gerichts, mindestens drei mit Namen genannte Eigentümer von Gütern zu nötigen, den beabsichtigten Güterverkauf aufzuheben. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil rechtsirrtümlich angenommen worden ist, daß es dahingestellt bleiben könne, ob der Angeklagte, wie er behauptet hat, in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hat.

Der zweite vor dem Reichsgericht eine Anklage aus § 180 Str.-G.-B. zur Verhandlung. Wegen Aufreizung der Polen zu Gewalttätigkeiten gegen die Deutschen ist am 15. Dezember v. J. vom Landgericht Gleiwitz der Redakteur der Zeitung „Glos Elaski“, Stanislaus R o z a n o w i c z, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht hat den strafbaren Tatbestand in einem Artikel „Polen“ erblickt, welcher das polnische Nationalgefühl stärkt und, wie das Urteil meint, zur gewaltsamen Wiedereinführung eines selbständigen Polenreiches anfeuern sollte. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen.

Dritter Fall. Wegen Aufforderung zum Angehörigen gegen die Sprachverordnung ist am 8. Februar vom Landgericht Weuthe n (O.-Schl.) der Redakteur des „Katholik“ B i l l o r R o w a k o w s k i zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hat in einem Artikel die Eltern polnisch sprechender Kinder aufgefordert, dahin zu wirken, daß diese, mindestens beim Konfirmationsunterricht, die polnische Sprache gebrauchen und die deutsche verabschauen. — Auch hier wurde die Revision des Angeklagten vom Reichsgericht verworfen.

**Die Heilkräft des Weihwassers.** Wie erinnerlich, wirkte ausgangs der achtziger Jahre eine Teufelsaustreibung in der ultramontanen Presse viel Staub auf. Danach soll ein damals hundertjähriger Knabe vom Teufel befallen gewesen sein. Die kirchliche Presse war über den Erfolg der Teufelsaustreibung detart entzückt, daß sie dem Weihwasser eine wunderbare Wirkung zuschrieb. Gelegentlich der letzten schawurgerichtlichen Verhandlung gegen den Ingenieur Aug. Richter vor dem oberbayerischen Schawurgerichte wegen eines Vergehens wider die Religion wurde auch die Teufelsaustreibung in Wendling wieder aufgewärmt. Und wenn es noch Leute geben sollte, die an der Heilkräft des Weihwassers zweifeln sollten, denen wollen wir verratzen, daß aus dem ehemaligen ist leibhaftigen Teufelskubel ein — S c h u b e n g e l geworden ist, allerdings ein Schubengel nicht mit Flügeln und Horntschnein, sondern mit der Bißelhaube, denn der ehemalige Satanas ist heute wohlwolliger — S c h u b m a n n in M a n c h e n. Der wagt es nun noch, an der Heilkräft des Weihwassers zu zweifeln!





Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen von Berlin, Teltow-Beeskow, Niederbarnim, Potsdam-Osthavelland usw.!

Zu der im Juli erscheinenden Lokalliste ersucht die Lokalkommission, alle Änderungen resp. Neuaufnahmen an die nachbezeichneten Kommissionsmitglieder bis spätestens Dienstag, den 26. Juni etc., gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, Köpstr. 23. Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, Kreuzbergstraße 15.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, Jahnstraße 24.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, Strahmannstraße 29.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Friedrich Kaufsch, Wismstraße 12.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, Bollinerstraße 51.

Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Köhr, Rixdorf, Selchowstr. 22, Ouergh. III.

Für Nieder-Barnim an den Genossen Robert Ried, Kummelsburg, Kanstr. 22.

Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Karl Ling, Spandau, Mittelstr. 13.

Für alle übrigen Orte an den Obmann der Kommission. Wir ersuchen die Parteigenossen dringend, die Einsendung der Mitteilungen möglichst zu beschleunigen, damit wir in der Lage sind, eine Liste herauszugeben zu können, die auch allen Anspruch auf Vollständigkeit machen kann.

Alle nach dem 26. Juni einlaufende Mitteilungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir auch wiederum darauf hin, daß alle Zuschriften, Mitteilungen, Anfragen usw. stets durch die oben angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten sind und nicht, wie es leider noch sehr häufig geschieht, direkt an die Redaktion des „Vorwärts“, da hierdurch nur unnötige Verzögerungen eintreten, welche eine eventl. Publikation der betreffenden Mitteilungen illusorisch machen können.

Alle im Verbreitungsgebiet erscheinenden Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Der Obmann der Lokalkommission Richard Henschel, N. 28, Bollinerstraße 51 II.

Rixdorf. 14. Abteilung. Bei dem am Sonntag, 17. Juni, nach Körners Wäldchen stattgefundenen Familienausflug ist ein Regenschirm und ein schwarzer Damengürtel gefunden worden. Die Verlierer können diese Gegenstände im Restaurant Heinrich Wilmel, Köpstr. 32, abholen.

Weißensee. Für den aus der Gemeindevertretung ausgeschiedenen Gemeindevertreter Thiermann findet am Freitag, den 29. Juni, in der Zeit von nachmittags 5-8 Uhr eine Ertragswahl statt. Die Genossen werden ersucht, die hierüber erscheinenden Bekanntmachungen zu beachten.

Erzner und Umgegend. Sonnabend, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Müller (Schützenhaus): Volksversammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: 1. Gibt es einen Gott? Referent Schriftsteller Genosse Adolf Stern, freier evangelischer Geistlicher. 2. Diskussion. 3. Austritt aus der Landeskirche. 4. Verschiedenes.

Bezirk Waidmannslust. Der Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 24. Juni, einen Ausflug nach Stolpe an der Nordbahn ins Lokal Bergemann. Abmarsch der Vorhölzler Genossen früh 6 1/2 Uhr vom Vereinslokal bei Stube. Um 8 Uhr Abmarsch von Waidmannslust, Schweizerhäuschen, woselbst sich rechtzeitig die Genossen von Wittenau einfinden müssen. 9 Uhr Abmarsch von Hermsdorf, Forsthaus, nach Stolpe. Um recht zahlreiche Beteiligung am Ausflug ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Wenn Fremde über Berlin orakeln,

kommt in der Regel nicht viel Gutes heraus. Das ist nun nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß es sich in den meisten Fällen um die Wiedergabe einiger in einigen Tagen gesammelter Eindrücke handeln kann. Immerhin ist es auch nicht uninteressant, zu lesen, welche Eindrücke der Ausländer in Berlin erhält; gibt es unter ihnen doch auch Leute, deren scharfe Beobachtungsgabe manches erkennt, wozu wir, die wir tagtäglich an das alles gewöhnt sind, achtlos vorübergehen.

In einem großen englischen Blatte veröffentlicht Bart Kennedy in einer Reihe von Aufsätzen seine Eindrücke während einer Reise durch Deutschland. In einem „Unter dem Kaiserauge“ betitelten Aufsatz spricht er darin auch von seinem Aufenthalt in Berlin:

„Ich habe mich in Berlin beständig verlaufen. Die Straßen sind alle so rechtwinklig und gleichförmig, daß durch nichts dem Auge des herumschweifenden Fremden besondere Anhaltspunkte gegeben werden. Dabei hat der Berliner eine Art und Weise, einem den Weg zu zeigen, bei der er gar keine Gesten macht. Er wird dir in einer langen Auseinandersetzung erzählen, wo die Straße liegt, nach der du ihn fragst, aber die Richtung wird er dir nicht zeigen. Jurecht hoffe ich immer, daß er den Schwall seiner unerschöpflichen Worte unterbrechen und mir irgend einen Fingerzeig verständlicher Art geben würde, aber ich hatte mich geirrt. Alle meine Jurecht, die ich nicht auf die Kenntnis der Sprache, sondern auf den allgemeinen und festen Felsen der primitiven Gebärde gegründet hatte, wurde so zuschanden. So fand ich mich denn darin, wenn ich mich verlaufen hatte, mir erst gar keine Mühe zu geben, den richtigen Weg zu finden, sondern aufs Geratewohl weiter zu schlendern bis ich mich wieder zurechtfind.

Berlin ist eine Stadt der rechten Winkel und Denkmäler — besonders der Denkmäler. Und ich hoffe, daß mich niemand für groß halten wird, wenn ich sage, daß der allgemeine Gesamteindruck, den ich hatte, der einer feinen und glänzend angelegten Straßkolonie war. Berlin hat schöne Parks, Brunnen und Plätze, aber alle haben eine korrekte, wie nach der Uhr geregelte Stimmung. Es ist keine Stadt, die eine persönliche, individuelle Note hat, sondern alles ist einformig. Ein Fied ist genau so wie der andere. Nimmt man dazu das regelmäßige klappernde Geräusch, das von den genau in Reih und Glied marschierenden Soldaten herkommt, die beständig durch die Straßen stampfen, so hat man das dominierende Gefühl, sich an einem Orte zu befinden, an dem pünktliches und korrektes Benehmen die Parole des Tages ist. Daß Berlin der ideale Aufenthaltsort für einen gemächlich wandernden, beschaulichen Menschen wie mich sei, habe ich nicht bemerken können. Man kann kaum seinen Kopf wenden, ohne gleich ein Bildwerk zu sehen. Sie sind hier und dort und überall, in den schönen laubbedeckten, so sauber gepflegten Anlagen, auf den Plätzen, an den Ecken der Straßen, in der Mitte der Straßen, am Anfang und Ende der Straßen. Denkmäler und Bildwerke überall. Und bleibst du vor einem Laden stehen und ein Bild zieht dein Auge auf sich, dann ist es sicher ein Gemälde von Kaiser

Wilhelm. Wenn du in einem Restaurant deine Mahlzeit einnimmst, so siehst du unter einem Gemälde von Kaiser Wilhelm. Überall ruht sein Auge auf dir. Er blüht auf dich in allen Arten von Uniformen und Anzügen.“

Dem Kaiser zollt er seinen Tribut, indem er sagt, daß er wünsche wie einer, den man gern zur Seite in einer recht gefährlichen Ecke haben möchte.

Die polizeiliche Regelung des Einwohnermeldewesens, das jedem gestattet, sich für 25 Pf. über die Adresse irgend eines K-beliebigen zu informieren, mißfällt ihm gleichfalls. Da er auf den Straßen, und selbst in den Arbeiterquartieren, nicht das typische Glend des Londoner Whitechapel und East End findet, so kommt er zu dem Schluß, daß in Berlin das Glend durch die Polizei von den Straßen verbannt sei, nichtsdestoweniger aber in den Hofwohnungen und Kellerräumen in ebenso schrecklicher Form wie in London existiere. Nur Berlin, das einen aufstrebenden, wohlhabenden Eindruck mache, bemühe sich, diese Schattenseiten seines Lebens möglichst zu verdecken.

Die Beobachtungen des Engländers sind sicher keine oberflächlichen. Was insbesondere seine Bemerkungen über die Denkmalsstadt und das Glend in Berlin anbelangt, das von der Straße durch die Polizei verbannt ist, nichtsdestoweniger aber in krasser Form existiert, so sind diese durchaus zutreffende, er hätte nur hinzufügen können, daß demgegenüber der Luxus und die Verschwendungssucht der besitzenden Klasse in Berlin ebenso getrieben wird wie anderwärts.

Aus der Strafreinigungs-Deputation. In der letzten Sitzung der städtischen Deputation für das Strafreinigungswesen wurde beschlossen, veruchsweise ein sogenanntes Sprengautomobil, das 5 Kubikmeter Wasser hält, zum Sprengen breiter Straßenzüge, wie der Gasse im Tiergarten, Lustgarten, Opernhausplatz usw., bei einem potenten Fabrikanten zu bestellen. Die für die Aufsicht angekauften kleinen vierstündigen Automobile, von denen eins während der Sitzung im Hofe des Rathauses vorgeführt wurde, sollen ihrem Zweck entsprechen. Die jetzigen mit Pferden bespannten Sprengwagen enthalten nur 1 1/2 Kubikmeter Wasser, die Sprengautomobile 5 Kubikmeter, letztere sind daher viel leistungsfähiger.

Im Kuratorium für den städtischen Schlacht- und Viehhof wurde am Dienstag beschlossen, die Hammel- und Kalberhalle sowie den Schweineschlachthof mit Milienumlicht zu beleuchten; auch die Vorkühle soll eine bessere Beleuchtung erhalten, die Art derselben soll noch später beschlossen werden.

Gegen unnütze Quälerei der Schlachttiere macht die Fleischermobil. Vor längerer Zeit hatte das Kuratorium beschlossen, zum Töten der Rinder die Bolzenpistole einzuführen, während Schweine und Meindvieh durch einen Schlag mit der Keule betäubt werden sollen. Gegen die Anwendung der Bolzenpistole wendet sich nun die Jammung. Das Kuratorium sah keinen Grund, von seinem Beschlusse Abstand zu nehmen und stellte die Einführung des Apparates auch zum Töten für Schweine in baldige Aussicht.

Die Parkdeputation beschäftigte sich gestern mit der Vergabe der städtischen Plätze zum Bau der Untergrundbahn. Es kommen in Frage der Spittelmarkt, Hausvogtelplatz, Gendarmenmarkt, Wilhelmplatz und Leipziger Platz, die während der Bauperiode fast ganz dem Verkehr entzogen werden. Allseitig wurde bedauert, daß die circa 100 Jahre alten Linden auf dem Leipziger Platz zum Opfer fallen müssen. Auf dem Juleiperron an der Ecke des Reichstagsaufmarsches und der Hindenburgstraße sollen gärtnerische Anlagen angelegt werden.

Ein neuer Spielplatz soll im Humboldthain an der Hoch- und Behmstraße angelegt und damit einem großen Bedürfnis für die dortige Jugend abgeholfen werden. Weiter wurde beschlossen, die Schönhauser Allee probeweise mit Eis, d. h. in den Erdboden verankerte Kästen zur Aufnahme von Papier und sonstigem Unrat zu versehen. Ein Besuch des Sportklubs „Korfo“ um Benutzung des Spielplatzes am Friedrichshain wird abgelehnt, dagegen den uniformierten Parkwächtern das Tragen von Viteolen im Sommer gestattet.

Ein Besuch des Arbeitsausschusses für die „Deutsche Marine- und Kolonial-Ausstellung 1907“ um Ueberlassung von Gelände am Treptower Park für die Zwecke der Ausstellung lehnte die Parkdeputation einstimmig ab, noch eingedenk der 1896er Ausstellung.

Die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter resp. die Besprechung derselben wurden wegen Abwesenheit des zuständigen Stadtrates vertagt.

Eine Magistratskommission beschäftigte sich gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reiche mit der Uebernahme des Rettungswesens durch den Magistrat. Es wurde beschlossen, mit den maßgebenden Personen der Rettungsgesellschaft usw. weitere Verhandlungen zu führen.

Die landwirtschaftliche Ausstellung ist am Dienstagabend geschlossen worden, und die Verladung der Tiere hat sofort begonnen. Zum Transport derselben sind besondere Viehzüge eingestellt worden, die das Vieh wieder an Ort und Stelle befördern. Die Jata Morgana, die in den jetzigen Zeiten der Fleisch- und Lebensmittelteuerung diese Ausstellung mit ihrem prächtigen Vieh für viele Arbeiter bedeutete, ist somit wieder verschunden.

Die Ausstellung war während ihrer sechsstägigen Dauer von 354 000 Personen besucht (1. Tag 12 641, 2. Tag 27 002, 3. Tag 37 301, 4. Tag (Sonntag) 118 229, 5. Tag 83 960, 6. Tag etwa 75 000 (genaue Zahl ist noch nicht festgestellt). Hierzu kommen noch 30 000 Dauerartenbesitzer. 6204 Mitglieder der Landwirtschaftsgesellschaft haben die Ausstellung besucht. An Eintrittspreisen hat die Ausstellungsgesellschaft etwa 613 298 M. eingenommen, davon am 1. Tage 37 923 M., am 2. Tage 54 124 M., am 3. Tage 74 062 M., am 4. Tage 118 229 M., am 5. Tage 83 960 M., am 6. Tage 75 000 M. Dazu kommen 70 000 M. für Dauerarten und rund 100 000 M. für Tribünenarten. Die Wannesebahn hat zwischen Berlin und Friedenau an den sechs Ausstellungstagen 800 000 Personen befördert.

Der Streit um die Mulackstraße. Auf Wunsch einiger Rächstbeteiligten wird sich der Magistrat demnächst mit der Abänderung des Namens „Mulackstraße“ beschäftigen. Vorgeschlagen ist der Name „Meine Rosenbalerstraße“. Mit dieser Abänderung des Namens sind nur aber andere Personen nicht einverstanden, sie verlangen, wenn der Name einmal geändert werden soll, daß dann der Name „Rieselfackstraße“ gewählt wird. Ein Anwohner schlägt sogar, damit allen Wünschen Rechnung getragen wird, vor, den Bewohnern die Wahl des Namens zu überlassen, wobei die absolute Mehrheit entscheiden soll. Die Wahl soll sich dann aber, um eine Zerplitterung zu vermeiden, auf einige Namen beschränken. Ein Herr schlägt folgende Namen vor: „Vegeackstraße“, „Denkstraße“, „Schöppensiederstraße“, „Rieselfackstraße“, „Rähwinklerstraße“ usw. Angesichts dieser Sachlage ist es wohl am besten, wenn der alte Name „Mulackstraße“ erhalten bleibt, sonst könnten die Anwohner vom Regen unter die Traufe kommen.

Eine Klage von Erstattungsanträgen betreffend Fahrgeld für nicht-bemittelte usw. Fahrtkarten oder Gepäckfracht ergiebt sich seit einigen Tagen in das Zentralbureau der hiesigen Eisenbahndirektion. Die weitaus überwiegende Mehrzahl dieser Anträge ist aber an die falsche Adresse gerichtet und müssen erst an die zuständigen Verkehrsinspektionen geleitet werden, wodurch natürlich Verzögerungen in der Beantwortung der Gesuche entstehen. Die Eisenbahn-Direktion ist nur zuständig, wenn es sich um Erstattung von Fahrgeld oder Gepäckfracht im Verkehr mit nicht-

deutschen Bahnen handelt; für die Erledigung der Erstattungsanträge, die sich auf den Verkehr mit deutschen Bahnen beziehen, ist immer nur diejenige Verkehrs-Inspektion zuständig, zu deren Bezirk die Station gehört, welche das Fahrgeld oder die Gepäckfracht erhoben hat.

Die Aufsichtsbehörde und die Ortskasse der Schneider.

Daß Geschäftsbüro keine Kasse ist, beweist die Aufsichtsbehörde bei ihren Einscheiden in Sachen der Ortskasse der Schneider. Am 23. Mai reichten zwei Mitglieder der Ortskasse der Schneider folgende beiden Anträge bei der Aufsichtsbehörde ein:

1. Die Auszahlung der Listen ist unverzüglich vorzunehmen. 2. Zur Kassenbuchführung der Ortskasse sind die Personen, welche dieselbe versiegelt haben, hinzuzuziehen. — Unterschriften sind die Anträge von Paul D., Neue Grünstr. 25 v. IV, und Frau B., Simon Dachstraße 17 v. IV.

Am 5. Juni beantragten 130 Kassenmitglieder, dem Vorstand der Ortskassenkasse der Schneider aufgeben zu wollen: 1. die Auszahlung der Stimmzettel unverzüglich vorzunehmen; 2. zur Auszahlung der Stimmzettel den gesamten Vorstand zu berufen. Am 13. Juni wurde von einem Unterzeichner der letzten Anträge bei der Aufsichtsbehörde angefragt, was die Aufsichtsbehörde zu tun genehme, da weder der Vorstand der Kasse die Auszahlung vornehme, noch die Aufsichtsbehörde die Antragsteller einer Antwort würdige.

Am 14. Juni gerühte der Magistratskommissar Rater zu verordnen was folgt: Die Auszahlung der Listen hat binnen acht Tagen zu erfolgen und ist das Protokoll hierüber an die Behörde einzusenden. Am 19. Juni erkundigte sich ein Mitglied der Kasse bei Herrn Rater nach dem Stand der Dinge. Es wurde ihm eröffnet, daß der oben angeführte Bescheid an die in Frage kommenden Personen ergangen sei. Zum Beweis der Richtigkeit der Angaben ließ Herr Rater dem betr. Mitgliede die Akten vorlegen. Nun wurde festgestellt, daß wohl in der Angelegenheit am 14. Juni entschieden, aber am 19. Juni der Entscheid noch nicht expediert war.

Einem Arbeitgeber, welcher sich einmal nach dem Stand der Dinge erkundigte, wurde sogar mitgeteilt, daß der erst erwähnte Antrag, welchen Frau B. erachtete wurde, schriftlich einzureichen, nicht eingegangen sei. Demgegenüber sei festgestellt, daß derselbe von dem Magistratskommissar Richtig zu Protokoll genommen wurde. Bis heute ist eine Antwort noch nicht erfolgt, weder auf den einen noch auf den anderen Antrag.

Wer nun glaubt, daß die Aufsichtsbehörde nicht eingreifen könne, der irr. § 47 des Statuts lautet: „Der Vorstand hat über jede Änderung in seiner Zusammenetzung und über das Ergebnis jeder Wahl der Aufsichtsbehörde binnen einer Woche Anzeige zu erstatten.“

Im § 46 ist festgelegt, daß der Vorsitzende seinen Verpflichtungen aus § 41 des Krankenversicherungsgesetzes hinsichtlich der Einreichung der Ueberichten und Rechnungsabschlüsse an die Aufsichtsbehörde nachzukommen hat. Im April hat die Abrechnung nach § 52 des Statuts zu erfolgen; heute schreiben wir Ende Juni und noch ist dieselbe nicht erfolgt. Wahrscheinlich scheinen demnach nicht nötig zu haben, eine Abrechnung vorzunehmen.

Das bisherige Verhalten der Aufsichtsbehörde in der ganzen Angelegenheit ist ein äußerst befremdliches und läßt keinesfalls auf ein unparteiliches Verfahren schließen. Will sich die Aufsichtsbehörde den Vorwurf der größten Pflichtverletzung ersparen, so muß sie unter allen Umständen die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen seitens der Kasse verlangen. Das ist ihre einfache Pflicht!

Ein Bootsunglück wurde gestern auf der Dahme durch die schon häufig gerügte Unsitte, des Wassersports unkundigen Damen das Steuer zu überlassen, herbeigeführt. Der Segler „Admiral“ des Seglerclubs „Reptum“ (Schmödwin) fuhr gestern Raumschiff nach Karolinenhof zu, als ihm ein von zwei Männern und einem Mädchen, welches das Steuer führte, besetztes Ruderboot entgegenkam. Durch ungeschicktes Manövrieren des Ruderbootes geriet dasselbe vor den „Admiral“, als dieser die Segel umschlug, es wurde umgerannt und kenterte. Glücklicherweise behielt die Besatzung des Seglers Geistesgegenwart, das Fahrzeug lehnte sofort zur Unfallstelle zurück und den energischen Bemühungen der Mitglieder des Seglerclubs „Reptum“ gelang es auch, die gefährdeten Ruderer zu retten. Die Verunglückten wurden nach Karolinenhof gebracht, wo ihnen die erste Hilfe zuteil wurde.

Beim Rudern ertrunken ist gestern nachmittag auf dem Müggelsee ein unbekannter, etwa 40-jähriger Mann. Er hatte sich in der Nähe des Restaurants „Müggelschlöcher“ ein Boot gemietet und war damit auf den Müggelsee hinaus gefahren. Beim Durchschneiden der Wellenschläge eines vorüberfahrenden Dampfers kam das Boot zum Kentern und der Insaße stürzte in die Fluten. Ein in der Nähe befindlicher Segler kam zwar sofort zu Hilfe, doch konnte der Ruderer nur noch als Leiche geborgen werden.

Eine Kindesunterscheidung? Am 16. März d. J. wurde in der Entbindungsanstalt Dresdenerstraße 29 die unverheiratete S. R. von Zwillingen entbunden. Durch eine Annonce machte die Mutter der Kinder bekannt, daß sie gewillt sei, ein Kind, den Knaben Rudolf, zu verkaufen. Auf Grund dieser Annonce erschien am 24. März in der Entbindungsanstalt eine Frauensperson und erbot sich, das in Rede stehende Kind als ihr eigenes anzunehmen. Die Frau stellte sich als die Ehefrau des Hauseigentümers und Restaurateurs Rudolf Gräfe in Nieder-Schönhausen, Kaiser Wilhelmstr. 6 wohnhaft, vor. Die Frau erhielt das Kind und entfernte sich mit ihm mit der Angabe, daß ihr der Geburtschein vom Standesamt zugefandt oder persönlich von der Inhaberin der Entbindungsanstalt überbracht werden möchte. Bei der Ueberbringung des Scheines stellten sich die Angaben der angeblichen Frau Gräfe als vollständig unwar heraus. Die betreffende Person war nicht aufzufinden; die amtlich angefertigten Nachforschungen nach der Person oder nach dem Kinde waren ebenfalls ohne Erfolg. Zweckdienliche Angaben über die Frauensperson oder über den Verbleib des Kindes Rudolf werden seitens des Polizeipräsidiums erbeten. Die angebliche Frau Gräfe steht im Alter von 35 bis 38 Jahren, ist etwa 1,65 Meter groß, hat hellblondes, hinten grau meliertes Haar, breiten Mund, runde Gesichtsbildung, blaue Farbe und unterlegte Gestalt. Sie war bekleidet mit einem schwarzen Rock, langem schwarzen Cape und großem dunklen Hut mit grünem Band besetzt.

Aus dem Straßengetriebe. Ein Zusammenstoß zwischen zwei Automobilen und einem Straßenbahnwagen erfolgte gestern nachmittag in der Friedrichstraße nahe der Anstiftstraße. Die Automobilbesitzer Nr. 1966 fuhr übermäßig schnell, vom Oranienburger Tor kommend, die Friedrichstraße entlang und beruhte, vor dem Hause Friedrichstr. 133a den in gleicher Richtung fahrenden Automobilbesitzer Nr. 1308 zu überholen. Die Drohske bog zu diesem Zwecke nach der linken Seite des Fahrdammes hinüber und rampte seitlich gegen die Vorderplattform des aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagens Nr. 1604 der Linie 12. Die Kraftdrohske wurde zur Seite geschleudert und prallte gegen den Automobilbesitzer, an welchem die Seitenwand leicht beschädigt wurde. In der Drohske wurde das Hinterrad zertrümmert und der Vorderkasten beschädigt, an dem Straßenbahnwagen das Schutzblech und die Seitenwand eingedrückt. Als ein besonderer Glückszufall ist es zu bezeichnen, daß bei diesem dreifachen Zusammenstoß Personen nicht verletzt wurden. — Von einem Mehlgewagen überfahren wurde gestern abend die 69-jährige Witwe Johanna Schmähling, Neue Köpstr. 13 wohnhaft. Beim Ueberfahren des Fahrdammes an der Ecke der Köpstr. und Henschelstraße überfuhr die Grotzin das Herannahen eines hochbeladenen Mehlgewagens, wurde umgerissen und die Räder gingen ihr über die Schulter und den rechten Arm hinweg. An be-

benötigtem Zustande fand die Verunglückte im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme.

Von einem Automobil totgefahren wurde gestern nachmittag in der Königstraße ein etwa 60-jähriger Passant, welcher angeblich Gustav Müller heißen soll. In der Nähe der Spandauerstraße hatte der Greis den Fahrdrum der Königstraße überschritten und schon hatte er den Bürgersteig erreicht, als er von einem Droschken-Automobil, das von dem Chauffeur Hahn gelenkt wurde, erfasst und auf die Straße geworfen wurde. Dem Führer war es nicht mehr möglich, den Kraftwagen früh genug zum Stehen zu bringen und so gingen Vorder- und Hinterräder über die Brust des Unglücklichen hinweg. Der Verunglückte wurde sofort in dem Automobil nach der Unfallstation in der Brüderstraße gebracht, doch konnte der Arzt nur den bereits eingetretenen Tod konstatieren. Da bei dem Toten Legitimationspapiere nicht vorgefunden wurden, konnten seine Personalien nicht festgestellt werden. Es handelt sich angeblich um den hiesigen Kaufmann Gustav Müller. Die Leiche ist zur Bestattung polizeilich beschlagnahmt und in das Schanzhaus eingeliefert worden.

In Wahn sinn verfiel gestern das Dienstmädchen Auguste Ushlaren in der Eichenstraße in Stöglig. Die Bedauerwerte fing plötzlich auf der Straße an zu toben und ein Arzt stellte bei dem Mädchen alle Erscheinungen des Verfolgungswahns fest, der infolge der starken Wut hervorgerufen war. Das Mädchen wurde der Maison de santé zugeführt.

Vom Trapez abgestürzt und lebensgefährlich verletzt wurde vorgestern abend der 25-jährige Schlosser Otto Träger aus der Reichstraße 6. Er hatte im Noabiter Gesellschaftshaus an einem schwebenden Trapez mit der brennenden Zigarette im Munde allerhand Kunststücke ausgeführt und war dabei abgestürzt. Er hatte sich schwere innere Verletzungen zugezogen und wurde nach Anlegung von Rotbändern in der Unfallstation in der Lindowstraße in das Noabiter Krankenhaus eingeliefert.

Eine brave Rettungstat vollbrachte gestern nachmittag der Lithograph Strobel aus der Seefr. 107. Nach Kallberge hatten Schulkindern einen Ausflug unternommen und während sich die Kleinen am Ufer des Müdersdorfer Sees belustigten, fiel das fünfjährige Söhnchen der Geroldenschen Eheleute in das tiefe Gewässer und verschwand in der Tiefe. Ratlos standen die Hinzueilenden am Ufer. Da kam im letzten Augenblick St. hinzu und rauch entschlossen stürzte er sich in die Fluten. Nach mehrmaligem Tauchen gelang es ihm auch, den Kleinen, der bereits bewusstlos war und dessen Körper schon eine blaue Färbung angenommen hatte, zu retten.

Bücker wirkt immer noch in Berlin und bringt in Versammlungen seinen Kuhl an den Mann. Eine zu Dienstag nach Puggendorf einberufene Versammlung dauerte fünf Minuten. Als nämlich der Graf gleich anfangs seiner Rede den Minister v. Bethmann-Hollweg angriff, weil dieser eine jüdische Abordnung empfangen habe, die wegen der Russenauflösungen vorstellig wurde, und hieran einige Bemerkungen knüpfte, löste der überwundene Beamte die Versammlung kurzerhand auf. Da aus der Versammlung heraus heftige Opposition gegen die Auflösung gemacht wurde, drangen Schulleute von zwei Seiten in den Saal ein, der sich aber nur langsam löste. Die Kasse war vorher von den Veranstaltern in Sicherheit gebracht worden, und es gewinnt den Anschein, als ob solche polizeilichen Auflösungen den Einberufern erwünscht kommen. Bücker erzielt eine gute Kellame und seine Hintermänner machen ein nettes Geschäft.

Weinake gelyacht wurde in der letzten Nacht der Arbeiter Paul Liebchen. Aus reinem Uebermut hatte Liebchen um Mitternacht die jetzt reichlich beschäftigte Feuerweh nach der Woyenstraße alarmiert. Sein scheues Tun war aber nicht unbemerkt geblieben. Als die Feuerweh herbeieilte, suchte Liebchen zu entweichen, wodurch er sich verdächtig machte. Er wurde festgehalten und festig verpackt. Die Feuerweh übergab ihn der Polizei, die ihn vor weiteren Angriffen schützte.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr: IV. Abtheilung in Lichtenberg bei Bielehagen, Scharnweberstr. 69. Vortrag des Herrn Dr. Strohmann über Verletzungen, Wundbehandlung, Blutstillung. Daron anschließend praktische Uebungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht hatte die Feuerweh mehrere größere Brände zu löschen. Unter anderem die 4. Kompanie einen Kellerbrand um 3 Uhr nachts in der Gerichtstr. 44, der durch Selbstentzündung von Preßkohl entstanden war. Durch energisches Wassergeben wurde die Gefahr schließlich beseitigt. Dieselbe Kompanie hatte bald darauf einen zweiten großen Brand in der Paulstraße 20c an der Stadtbahn zu löschen. Dort standen Kohlen auf einem Lagerplatz in Flammen, deren Löschung tüchtige Arbeit erforderte. Um 3 Uhr nachts brannten in der Embdenstr. 24 in einem Laden Preßkohl u. a. und gleichzeitig in 1. Stock links bei Heilbrunn u. Söhne (Trommelfabrik) in der Reibestr. 39 ein elektrisches Pianino, Violoncello, der Fußboden u. a. Nach der Friedrichstr. 88 wurde die Feuerweh gerufen wegen Platzens eines Kupferfelds. Kellerbrände beschäftigten die Feuerweh in der Fehrbellinerstr. 88, Griesenowstr. 18, Kastanien-Allee 26/30, Brüderstr. 33 und anderen Stellen. In den meisten Fällen lag Selbstentzündung vor. Wohnungsbrände mußten in der Fehrbellinerstr. 93, Urbanstraße 108, Weinbergweg 18 und anderen Stellen gelöscht werden.

Die alte, viel getadelte Unsitte, Petroleum beim Feueranmachen zu benutzen, hat gestern wieder eine Frau in die größte Gefahr gebracht. In der Urbanstr. 108 goß Frau S., als das Feuer in der Kochmaschine nicht recht brennen wollte, Petroleum in die Flamme. Natürlich schlugen diese mächtig empor, die Kleider der Unvorsichtigen zündeten und nur dem schnellen Zugreifen hilfsbereiter Personen ist es zu verdanken, wenn die Frau mit Brandwunden am Halse davonkam. Durch ähnliche Unvorsichtigkeit kam in der Köpenickerstraße 98 Feuer aus. Preßkohlbrände beschäftigten die Feuerweh auch noch auf dem Robiter Güterbahnhof und anderen Stellen. Wegen eines Wohnungsbrandes wurde die Wehr nach der Potsdamerstr. 121b gerufen. Bienen mußten nachts in der Zwingerstr. 14 von der Feuerweh beseitigt werden. Weitere Alarme liefen aus der Auguststr. 87 und anderen Orten ein.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigdorf.

Ein gemeingefährlicher Kautionschwindler, welcher seine zahlreichen Opfer um ihre letzten Barschaften betrogen hat, ist jetzt durch die Kriminalpolizei in Rigdorf in der Person des 24-jährigen Landwirtschaftsgehilfen Otto Berndt aus der Richardstr. 107 verhaftet worden. V. hatte bereits vor mehreren Jahren eine ganze Reihe junger Leute um deren Ersparnisse gebracht und war dafür zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt worden. Kaum in Freiheit, legte er sich wieder auf Schwindeln ein. Er suchte sich Stellungslöcher als Opfer aus und streifte zu diesem Zweck tagtäglich in Berlin umher. Sobald V. jemand antraf, der auf ihn den Eindruck eines Stellungsuchenden machte, sprach er ihn an. War er an die richtige Adresse gekommen, so erzählte er dem hoch-erzählten Arbeitslosen, daß er ihm eine gute Stellung verschaffen könne, doch müsse eine Kaution gestellt werden. In zahlreichen Fällen opfereten die armen Betroffenen dem Schwindler ihr letztes Geld, Beträge bis zu 30 Mark. Zumeist nahm V. den Stellungsuchenden auch noch die Legitimationspapiere, Duitungsarten usw. ab und ließ dann nichts mehr von sich hören. Sein letztes Opfer war der Koppelmecht Karl Kuhlke, den er in der Friedelstraße an sprach. Diesem hat der Schwindler eine Stellung als hertschaftlicher Aufscher auf einem Rittergut bei Jossen an und verlangte 100 Mark Kaution. Da K. nur noch 9 M. besaß, so beugelte sich V. schließlich mit einer Anzahlung von 8 Mark. Der Arbeitslose sah jedoch später ein, daß er die volle Kaution gar nicht aufstreifen könne, und er suchte daher V. in seiner Wohnung auf, um die 8 Mark und seine Papiere zurückzubekommen. Jetzt erfuhr er, daß er einem gefährlichen Betrüger zum Opfer gefallen war. Der Geschädigte erbatte Au-

zeige. Als V. gestern seine Wohnung betreten wollte, wurde er durch Kriminalbeamte verhaftet. In seinem Besitze wurden zahlreiche fremde Legitimationspapiere vorgefunden, die er seinen Opfern abgenommen, aber nicht wieder zurückgegeben hatte.

### Oris.

Gemeindevertreterversammlung. Der Gemeindevorsteher teilte zunächst mit, daß Oris laut Vertrag mit dem Kreise Zeltow, gegen eine laufende zu zahlende Entschädigungssumme von 500 M. jährlich an das Kreiskrankenhaus, zur Ausübung der Privat- und Gemeindevorsteher eine Schwester überwiesen erhält. Auch sei die Aufhebung der Lehrgelöhner von der Regierung genehmigt worden. Bei der letzten Kassenrevision wurde eine Einnahme von 2200 891,61 M. und eine Ausgabe von 2261 454,50 M. ermittelt. Es mußte somit ein Voranschlag von 54 561,89 M. genommen werden. Derselbe wurde notwendig, indem bei verschiedenen Gemeindevorarbeiten, z. B. beim Schulbau, der Kostenvoranschlag überschritten wurde. Eine Anfrage des Genossen W. eniger, ob der Schulbau noch nicht vollendet sei, wurde vom Gemeindevorsteher dahin beantwortet, daß die beiden benötigten Klassenzimmer bereits ihrer Bestimmung übergeben seien. Die vollständige Fertigstellung des Baues sei jedoch durch den Malerstreik, durch Eindringen von Wasser und durch Schwierigkeiten mit den Unternehmern verzögert worden; indes sei er bereits zur polizeilichen Abnahme angemeldet und könne demnächst von der Gemeindevertretung beauftragt werden. Besonders lebhaft gefaltete sich die Debatte über die neuen Vereinbarungen, die der Gemeindevorsteher mit der Großen Berliner Straßenbahn geschlossen hat. Danach will die Große Berliner die Linie 55 Oris bis Rathaus verlängern und den fahrplanmäßig letzten Wagen der Linie gegen 9 Uhr von der Französischenstraße abfahren lassen, dagegen sollen die Linien 27 und 28 bis Rigdorf Aniebedstraße verläßt werden. Die Wagen der Linien 29 und 55 sollen von Oris möglichst alle 7 1/2 Minuten abgehen. Die Fahrzeit der Linie Sädtring I wird von 24 auf 30 Minuten ausgedehnt, dafür wird ein Nachtwagen um 1 Uhr von der Französischenstraße bis Oris Rathaus eingelegt und die Linie 47 bis 10 Uhr nach der Endstation Rudowstraße gehen. Wegen die geplante Verlängerung der Fahrzeit der Linie Sädtring I wurde eingewendet, daß der Sädtring schon jetzt meist so besetzt sei, daß es häufig erst beim zweiten oder dritten Wagen gelingt, einen Platz zu erhalten. Der Gemeindevorsteher trat zwar für die getroffenen Vereinbarungen ein. Nach seiner Meinung bedeuten sie gegen den bisherigen Zustand eine Verbesserung. Wer 24 Minuten wartet, könne auch 30 Minuten warten, oder zu Fuß eine andere Linie aufsuchen. Die Vereinbarungen seien der Gipfel des gegenwärtig Erreichbaren. — Der Gemeindevorsteher schien sehr unangenehm berührt zu sein, daß die Gemeindevertretung die von ihm mit der Großen Berliner getroffenen Vereinbarungen nicht ohne weiteres gutheißt. Als der Gemeindevorsteher J. d. r. getrennte Abstimmung verlangte, erklärte der Gemeindevorsteher, daß die Abmachungen als etwas Ganzes gedacht seien, würde ein Passus davon abgelehnt, so könnte das Ganze als abgelehnt gelten. In diesem Falle müsse er darauf verzichten, mit der Großen Berliner weiter zu verhandeln. Nach dieser Erklärung ließ er, ohne dem Verlangen des Herrn J. d. r. nachzukommen, über das Ganze abstimmen. Diesem Verfahren wurde von keiner Seite widersprochen; die Gemeindevertretung erteilte demnach den getroffenen Vereinbarungen unverändert ihre Zustimmung.

### Ober-Schöne weide.

Eine Fortsetzung der Volksversammlung vom 31. Mai, die mit der Tagesordnung: „Die Maßnahmen der Allgemeinen Elektrischen Gesellschaft und die Interessen der Gemeinde Ober-Schöne weide“ einberufen war, fand am 18. d. M. im Wilhelmshof statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Genosse Grunow einen Bericht von der inzwischen stattgehabten Gemeindevertreterversammlung, die sich auf Antrag der vorigen Versammlung ebenfalls mit dieser Angelegenheit beschäftigt hatte.

Eine befriedigende Antwort ist, wie wir bereits berichteten, hierauf nicht gegeben worden und wird die Einwohnerschaft abwarten müssen, wann die Rechnung für das übermäßige Polizeiaufgebot präsentiert wird. In der langen Debatte, in der auch zwei Zentrumsanhänger, ein Reiter Fisch und ein Sekretär Müller zu Worte kamen, suchte letzterer an Aussprüchen Bringmanns, Reichels und Seimpefers zu beweisen, daß die Rasseier ein Unfuss sei; entweder die Arbeiter seien töricht oder sie hätten Tölpel an ihrer Spitze. Wollen die Arbeiter aber den 1. Mai feiern, dann müßten sie auch die Konsequenzen tragen, aber nicht nachträglich, wenn die Roden schläge der Unternehmer eintreffen, die Gemeinde um Hilfe anflehen. In seinem Schlußworte wies Gen. Pessier die Beschwerden des Direktors Peierls, die dieser in der Gemeindevertretung über den schlechten Ton in der Volksversammlung gemacht hat, zurück. Wer trotz Einladung nicht den Mut findet, meinte Redner, in solche Versammlung zu gehen, wohl aber seine Spione einschleichen und dann an Stellen antwortete, wo man ihm nicht entgegenzutreten könne, der habe kein Recht, über schlechten Ton zu klagen. Gezeigt habe sich, daß die Vertreter des Bürgertums gar nichts einwenden, wenn im Interesse einer Fabrik der Belagerungszustand über eine Gemeinde verhängt wird.

### Friedrichshagen.

Im Reiche der Sozialreform lautete das Thema, über welches Genosse Weber in der letzten Mitgliederversammlung referierte. Als Delegierte zur Kreisversammlung wurden die Genossen Werkmann, Mühl, A. Sonnenburg, Singuhr, Rose, Böge, Köhler, Schulz, Vobdin und Karrohat gewählt.

### Weihensee.

Weil er einen reichen Vater hat, glaubte sich der Schlächtermeistersohn Stübener aus Weihensee gegen einen Gendarm allerlei Ungehörigkeiten erlauben zu können. St. hatte sich wegen großer Ausschreitung vor der dritten Strafkammer des Berliner Landgerichtes zu verantworten. Als er vor einiger Zeit vom Gendarm Donath auf dem hiesigen Bahnhof, wo eine Schlägerei stattfand, zur Ruhe angehalten wurde, wollte er sich nicht beschließen lassen, sondern lärmte noch lauter und wiederholte fortgesetzt: „Ich habe einen reichen Vater, der wird es Ihnen besorgen!“ Als der Gendarm schließlich die Personalien des Aufstörers feststellen wollte, erhielt er von diesem eine derbe Ohrfeige, so daß ihm der Helm vom Kopfe fiel. Als St. nun zur Wache befördert werden sollte, benahm er sich derartig aufwändig, daß sogar das Publikum für den Gendarm Partei nahm. In gefesselterm Zustande mußte St. zuletzt zur Wache gebracht werden. Wegen des auf dem Bahnhofe verübten ruhestörenden Lärms, der durch eine von St. verursachte Schlägerei entstanden war, hatte der junge Mann einen Strafbefehl in Höhe von 30 M. erhalten. Das vor dem Schöffengericht in diesem Falle eingeleitete Strafverfahren wurde eingestellt. Dagegen hatte wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Mißhandlung des Gendarm Donath das Köpenicker Schöffengericht im April d. J. gegen den heißblütigen Pleichersohn auf 6 Wochen Gefängnis erkannt. Hiergegen legte St. seinerzeit Berufung ein. Die Strafkammer verwarf indes die Berufung und bestätigte das Schöffengerichtliche Urteil.

### Tegel.

In der Gemeindevertreterversammlung wurde mitgeteilt, daß die Gemeinde in einer Klage gegen den Justizminister wegen Zurückzahlung gezahlter Armenunterstützung vom Kammergericht abgewiesen worden ist. Die Klage ist dadurch entstanden, daß ein Gefangener auf dem Hofe des Strafgefängnisses verunglückte und nach seiner

Entlassung auf Kosten der Gemeinde verpflegt werden mußte. Die Revision beim Reichsgericht ist angemeldet. — Beim Kreisaußschuß hat die Gemeinde gegen die Firma Krupp auf Zahlung einer Umlagesteuer von 85 217 M. ein obliegenden Urteil errungen. Die Firma Krupp, welche die frühere Gernantawerft übernommen hatte, wollte freiwillig eine Umlagesteuer von 2 Proz. zahlen. Gegen dieses Urteil ist von der Firma Krupp Revision eingelegt. — Auf Antrag der Bau-Genossenschaft „Freie Scholle“ wird beschlossen, in der Egidystraße vier Laternen aufzustellen.

Bei der Eisenbahndirektion wird nochmals eine Petition um Einlegung eines Nachtzuges, der um 1/2 von hier abfahren soll, eingereicht werden. Der kolossale Sonntagverkehr (am letzten Sonntag wurden von der Strahlenbahn allein 62 420 Personen befördert) kann von der Strahlenbahngesellschaft nicht mehr bewältigt werden; es trifft bereits viele Berliner Ausflügler das Mißgeschick, daß sie an demselben Tage nicht mehr nach Berlin zurückgelangen können. Ferner wurde die Pflasterung der Spandauerstraße von der Bernauerstraße bis zur Hafenbrücke der Berliner Gasanstalt beschloffen. Auf dem Schloßplatz wird eine Bedürfnishalle, welche zugleich einen Barteraum für die Strahlenbahngestellten enthält, sowie eine Plafafälle mit Uhr zur Ausstellung gelangen. Die vorgesezte Hundesteuerordnung wurde genehmigt.

### Spandan.

In einer Droschke entbunden wurde gestern in Spandan eine junge Dame, die in Begleitung mehrerer Männer in Bickelsdorf eingelehrt war. Sie erkrankte plötzlich, während die Gesellschaft sich in tröstlicher Stimmung in einem Restaurationsgarten befand, derart, daß man sich nach einem Zubrotwerk umsehen mußte, um sie nach dem Spandauer Krankenhaus zu befördern. Sie wurde in eine schnell herbeigeleitete Droschke getragen; als das Fahrzeug sich mitten in der Stadt befand, brachte die Patientin ein Kind zur Welt, das jedoch tot war. Die Fahrt nach dem Krankenhaus wurde alsdann fortgesetzt; die jugendliche Mutter ist eine Verläuferin aus Rigdorf.

Die elenden Zustände in ihrem Gewerbe haben auch die Tapezierer Spandaus der Organisation näher gebracht. So weiß die neugegründete Filiale des Verbandes der Tapezierer zu berichten, daß nur noch zwei Berufscollegen der Organisation fernsehen. In der letzten Mitgliederversammlung hielt Genosse Schmidt-Charlottenburg einen Vortrag über die Entstehung des Gottesbegriffs, worauf sich zwölf Mitglieder zum Austritt aus der Landeskirche meldeten. Zum Schluß wurde auf das am 21. Juli bei Tegnau in Halensee stattfindende Sommervergnügen aufmerksam gemacht und zu reger Beteiligung ermahnt.

## Vermischtes.

Schiffunglück. Der deutsche Fischereidampfer „Hanseat“ von Bremerhaven ist gestern mit drei Mann von der Besatzung des deutschen Fischereidampfers „Nordstern“, der am letzten Freitag bei Island auf Grund geraten ist, in Aberdeen eingetroffen. Der Kapitän des „Hanseat“ war, als er die gefährliche Lage des „Nordstern“ bemerkte, mit seinem Schiff herangegangen und hatte ein Boot mit vier Mann zur Hilfeleistung entsandt. Das Boot ist aber umgeschlagen und die Besatzung ertrunken. Dasselbe Schicksal dürften die acht Mann erfahren haben, die an Bord des „Nordstern“ zurückgelassen worden sind.

Bauunglück. Dra n, 19. Juni. Bei dem Einsturz eines Neubaus wurden 35 Arbeiter verunglückt. Bisher sind 16 Arbeiter aus den Krümmern hervorgeholt worden, von denen 15 schwer verletzt sind, einer ist tot.

Zentralverband der Konditoren. Donnerstag, den 21. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Mitglieder-versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Umgestaltung der Verwaltungsgeschäfte und die Beitragszahlung für die Berliner Mitgliedschaft. 3. Bericht des Jahres. 4. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verband der Preisurtheile Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vorort. Heute, Donnerstag, 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Rosenhellerstraße 11/12: Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Stand der Lohnbewegung. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Kalau-Ludau. Ortsverein Berlin. Donnerstag, den 21. Juni: Kommissarversammlung bei Wehnacht, Grünstr. 21.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Landberg, Soldin. (Gruppe Berlin). Freitag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Biede, Stahlstr. 143: Versammlung. Gäfte sehr willkommen.

Verein der Bierabstieber Berlins und Umgegend jeden Donnerstag nach dem 15. eines jeden Monats bei Engel, Schellstr. 30.

Verein der Verheiratheten und jugendlichen Arbeiter. Abtheilung V. Donnerstag, den 21. Juni: Abtheilungsversammlung bei Bernau, Schwebelstraße 23/24. Vortrag des Herrn Heilig Jakob.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, Ia 54—58, IIIa 50—53, IVa 44—50, engl. Bullen 0,00, dan Bullen 0,00, holl. Bullen 0,00. Kalbfleisch, Doppeländer 105—120, Ia 85—90, IIa 70—80, IIIa 60—68. Hammelfleisch Ia 70—75, IIa 62—68. Schweinefleisch 62—68. Kaninchen per Stück 0,20—0,50. Gänse, alte, Stück 1,80—2,60, junge, per Stück 0,70—1,10. Tauben, junge 0,30—0,55, alte 0,00. Enten, prima, per Stück 1,40—2,10, Hamburger, junge, per Stück 2,00—3,25. Gänse, junge, per Pfd. 0,60—0,65, per Stück 2,70 bis 4,25. Geste 72—90. Schote 62—76. Mele 40,00. Kule, gr. 122—134, mittel 117—123, klein 0,00, unsort. 108—112. Rüben 0,00. Flumbers, pomm. I, p. Schod 3,00—8,00, Kieler, Etiege Ia 4—6, do. mittel per Riste 2—4, do. klein, per Riste 0,00. Waffeln, holl. per Ball 0,00. Kieler 2,00—5,00. Estrahander 5—6. Mele, gr. p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—1,00, II 0,50 bis 0,60. Spalten, Kieler, 2 Ball 0,00, III per Riste 0,00. Sardellen 1902er, per 100 Pfd. 82,00, 1901er 80,00, 1905er 80,00. Schottische Wollheringe 1905 0,00, large 40—44, full 30—38, mod. 35—42, deutsche 37—44. Feringe, neue Waizen, per 1/2, Lo. 60—120. Gummern, IIa, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schod, große 0,00, mittel 14,00, kleine 3,50, unsortiert 6,00—10,00. Eier, Land, per Schod 3,00—3,30, frische 4,00. Butter per 100 Pfund, Ia 109—112, IIa 105—109, IIIa 104—105, abfallende 100—102. Saure Gurken, Schod 3,75—4,25, Pfeffergurken 4—4,25. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,40—2,80, rote Daberger 2,25—2,40, runde weiße 1,50—2,40, Katta 0,00. Sommer-Rolla 10,00—11,50, ital. 4,50—7,00, ung. 3,50—4,50. Neue, blesige per 50 Kilogramm 6,00—7,50. Spinat, per 50 Kilogramm 12,00—15,00. Karotten per Schod 2,00 bis 3,50. Kohlrabi, per Schod 0,75—1,00. Rettig, hann., per Schod 2,40—4,80. Rhabarber, Damm., per 100 Pfd. 4—4,50. Rabiscchen, per Schod-Ab. 1,25. Salat, per Schod 0,75—1,25. Spargel I, per Pfd. 0,18—0,25, II 0,08 bis 0,15, III 0,02—0,05, Beeliker I 0,25—0,35, II 0,10—0,18, III 0,05—0,09. Brauspargel 0,00. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 70—100. Schoten, blesige, per 100 Pfd. 21—23. Pfefferlinge per Pfd. 0,21—0,22. Rodebraten per Schod-Ab. 2,50—3,50. Blumenkohl per Kopf 0,00. Kürbisse per Pfd. 0,22—0,25. Stachelbeeren 100 Pfd. 10—12. Kirchen, ital., 100 Pfd. 18—36. Guken 16—24, Verderger 25—30, schlesische 11—28, Ratten, Verderger 40—50. Blaubeeren per Pfd. 0,28—0,30. Gebeeren, holl. per 100 Pfd. 25—35, franz. per Pfd. 0,35—0,40, Beeliker per Pfd. 0,25—0,30. Verderger per Pfd. 0,25—0,35. Dresdener per Pfd. 0,40—0,60. Dresd. Wald per Pfd. 0,60—0,70, blesige Wald per Pfd. 0,40—0,50. Pfannm., ital. runde, per Pfd. 0,10—0,11. Hironen, Afrika, 300 Stück 12,00—15,00, 360 Stück 10,00—12,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00. Weintrauben, Braßfelder, per 100 Pfd. 60—100.

### Witterungsübersicht vom 20. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer (hohb. mm) | Windrichtung | Wolkenh. | Temper. (C.) | Stationen  | Barometer (hohb. mm) | Windrichtung | Wolkenh. | Temper. (C.) |
|-----------|----------------------|--------------|----------|--------------|------------|----------------------|--------------|----------|--------------|
| Emmende   | 766 5/8              | 2 heiter     | 19       | 19           | Daparanda  | 750 5/8              | 4 heiter     | 15       | 15           |
| Damberg   | 770 2/8              | 2 bedeckt    | 15       | 15           | Petersburg | 763 5/8              | 1 wolkenl    | 15       | 15           |
| Berlin    | 768 3/8              | 2 heiter     | 21       | 18           | Scilly     | 771 5/8              | 2 bedeckt    | 15       | 15           |
| Frankfurt | 770 9/8              | 4 bedeckt    | 16       | 16           | Verbeem    | 768 5/8              | 2 wolkenl    | 17       | 17           |
| Rindgen   | 768 2/8              | 2 bedeckt    | 17       | 17           | Varis      | 772 2/8              | 2 wolkenl    | 16       | 16           |
| Wien      | 766 3/8              | 2 wolkenl    | 21       | 21           |            |                      |              |          |              |

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 21. Juni 1906. Ein wenig kühler, bei schwachen nordwestlichen Winden, veränderlicher Bewölkung und etwas Neigung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

dupiert ist oder nicht, unglücklich. Es berechtigt lediglich zum einmaligen Besuch und zwar nur an dem Tage, für den es gelöst ist. - R. R. 156. Darüber gehen die Ansichten weit auseinander. - R. R. 54. Rein. - Kräftigkeit. Ist der Bräutigam ohne wichtigen Grund vom Verlobnis zurückgetreten, so ist er verpflichtet, der Braut und deren Eltern oder dritten Personen, welche an Stelle der Eltern in Erwartung der Ehe Aufwendungen gemacht haben oder Verbindlichkeiten eingegangen sind, den Schaden zu ersetzen.

- Ramsart. Ihr Ehevertrag ist ohne weitere Meldung gültig. - S. O. 31. Rein. Sie möchten sich durch mit Druckereien in Verbindung setzen. - F. G. 1. Das Landgericht des Wohnortes des Eheannes hat auf Klage zu entscheiden. Es ist nur nochmaliger Antrag auf eventuelle Beschwerde beim Landgericht zulässig. 3. Rein. 4. Rein, erst die Auflassung würde die Gültigkeit herbeiführen. - P. G. 19. Rein. - G. 27. Mittags 12 Uhr ist die letzte Frist in Ihrem Falle. - P. 23. Der Verwalter möchte erst auf Verlassen der Wohnung klagen. Ihr Widerspruch gegen ein solches Verlangen würde, falls aus dem Vertrage nicht das Gegenteil sich ergibt, Aussicht auf Erfolg haben. - F. R. 61. 1. bis 4. Rein. Sie können auf Unterlassung der Ehebündnisse Ihres Mietsbesitzes durch den Vorkläger klagen. 5. Solch Verein ist uns nicht bekannt. - R. 99. Rein. - 100 R. R. Es ist zweckmäßig, bereits der öffentlichen Klage sich als Nebenkläger anzuschließen. Ein Beispiel für einen dahin gerichteten Antrag finden Sie auf Seite 575 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht“. - S. Marr. Ja. Sie möchten sich an das Komitee in Rammheim wenden, dessen Adresse feinerzeit mitgeteilt werden wird. - G. 2. Klagen Sie beim Gewerbeamt auf Aufhebung eines Zeugnisses. - S. C. G. 2. Der Ihnen von der Versicherungsanstalt erteilte Bescheid ist zutreffend. - W. 23. Wenden Sie sich an den Arbeiter-Vereinsrat und Karl Fischer, Berlin, Waldstraße 8. - R. 9. Rein. - W. R. 50. Arbeiterbildungsschule, Engel-Ufer 15. - R. G. Charlottenburg. Ihre Geburtsurkunde, Ihre Militärpapiere und die Sterbendeckel über den Tod der ersten Frau sind erforderlich. - G. R. R. H. 2. 33. Ja. - F. V. G. Kalkbinder. 7. Es wäre ratsam, einen Verteidiger zu nehmen. Von dem Termine (Zimmer, Stunde) setzen Sie uns wohl noch in Kenntnis, um event. berichten zu können. - P. P. 28. Keineswegs berechtigt schlechter Gang des Geschäftes zum Rücktritt vom Vertrage. - F. R. 29. Warten Sie die Klage ruhig ab; wollen Sie durchaus, so können natürlich auch Sie Beileidigungsklage anstellen. In der Regel lohnt Zeit und Geldkosten und die Aufregung, die dabei mitspielt, eine Aufregung einer solchen Klage nicht. - G. 30. Ausföhrliche Auskunft werden Sie durch Fräulein Dr. Alice Solomon, Friedrich-Wilhelmstr. 7 erhalten. - W. R. 202. Uns nicht bekannt.

Wasserstand am 19. Juni. Elbe bei Magdeburg + 1,34 Meter, bei Dresden - 0,76 Meter, bei Magdeburg + 1,86 Meter. - U n t e r r u t bei Straßfurt + 1,90 Meter. - O d e r bei Rastorf + 2,34 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,44 Meter, bei Breslau Unterpegel + 1,18 Meter, bei Frankfurt + 2,60 Meter. - S e i d l bei Brahmünde + 5,59 Meter. - B a r t h e bei Pojen + 1,02 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania Taubenstr. 48/49. Täglich abends 8 Uhr. Der jüngste Aushub des Vesuvus.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62. Zoologischer Garten. Heute nachmittag 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintritt 1 R., v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater. Mit Carma, Transformator-Kängerin. Duo Paulus, holländisches Duett. Humpsti-Bumsti, eigentl. Strektion v. Reod und Privat. Das blaue Bild v. Paul Lincke. La Matschie. Solo: Annette Savary. Ein Abend in einem amerikanischen Ringel-Tangel.

Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. Anf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen überall gestattet.

Carl Weiß-Theater. Or. Frankfurterstr. 132. Zum ersten Male: Sündige Liebe. Familientragödie in 4 Akten v. G. Hoff. Anfang 8 Uhr. Sorgen u. folg. Tage: dief. Vorst. Im Garten: täglich. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 5 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Oll. Drummstr. 16. Wenn schön: Wenn Regen: im Garten! im Saal! Arme Reiche. Lebensd. m. Gef. v. Otto Leibold. Revés mystérieuse Lilliputaner und andere erstklassige Spezialitäten. Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.

WINTERGARTEN. Das neue glänzende Juni-Programm. Sanssouci-Str. 44. Der Garten ist eröffnet. Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend: Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanztruppen. Auch d. Komit. M. Krause. Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf. Sonnt. Beg. 5. Sonntag. 8 U. Im Vorgart.: Freikonzert.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Worswiler-Oper. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Trompeter von Säckingen. Roman. Oper. 4 Akt. v. Victor Regler. Freitag, abends 8 Uhr: Martha, oder: Der Markt zu Richmond. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Freischütz. Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.). Donnerstag, abends 8 Uhr: Heiratslustig. Schwank in drei Akten von Maurice Champagne. Freitag, abends 8 Uhr: Heiratslustig. Sonnabend, abends 8 Uhr: Heiratslustig. Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Freie Volksbühne. General-Versammlung. Mittwoch, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Geschäftsbericht des letzten Quartals. 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 3. Diskussion. 4. Antrag des Vorstandes. 5. Wahl des Vorstandes, des Ausschusses, der Revisoren und Obmänner. Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet. Die alten Mitgliedskarten brauchen erst am 5. Juli in den Zahlstellen abgegeben zu werden zum Umtausch, da die Karten bei der am 4. Juli stattfindenden Generalversammlung als Legitimation dienen. Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden, soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden ist. Desgleichen sind in den Monaten Juni, Juli alle Umschreibungen in eine andere Zahlstelle zu bewirken. 229/5 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Diez' Spezialitäten-Theater. Landsberger Allee 70/79 (Ringbahnstation). Ob schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen! Täglich: Gr. Konzert, neue Spezialitäten und Ball. Das größte und beste Programm Berlins. U. a.: La Matschie! mexikanischer Tanz, ausgeführt vom besten Tanzduett Jeannette und Yalla. Robert und Bertram, das berühmte Grottest-Duett. Josefine Delellieur, das weibliche Unikum. Die Wunder der Turantur: The tree Burtons und The Elrados, tomische Reduktion. Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art. Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Avis! Vom 1. bis 30. Juli: 16 Löwen die größte Sensation und Salon des Löwenbändigers.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: die besten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Brauerei Groterjan. N., Schönhauser Allee 130. Oekonom Ernst Stein. Täglich Großes Konzert. Anfang: Wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Zähne. tadellose saubere Ausführung 3 Mark. Plomben 2 Mark. Schmerzloses Zahnziehen. Zahnziehen, Zähne reinigen, Nervtötung etc. - wird bei Bestellung nicht berechnet. - Lausitzer Platz 2. Max Guckel, Elsasserstraße 12. Vorzeiger dieser Annonce 10 %, Rabatt.

Passage-Theater. Anfang 8 Uhr. Das glänzende Juni-programm. Willy Prager. 14. erstklassige Spezialitäten.

Bernhard Rose-Theater. Gelandrumsen, Badstraße 68. Heute: Großer Elftag! Die Gauklerin. Ausstattungsglück mit Gesang u. Tanz in 7 Bildern v. Schwarz-Wellington. Außerdem 10 Attraktionen. Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30, num. Pl. 50 Pf. Bildstückenverkauf 10-1 Uhr. Saisonkarten haben Günstigkeit. Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 143. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball. 15 Attraktionen ersten Ranges 15. Berlin, wie es lebt u. steht. Volkstheater in 3 Akten von Lindner. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater. Badstr. 8 (Behm- u. Belferemannstr.). Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten. Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfrouentest. Jed. Donnerstag: Gr. Brill-Fauserwerk. Volksbelustigungen aller Art. Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet. Reichshallen. Stettiner Sänger. (Meynel, Pietro, Britton, Böhm, Böckmann, Walden, Seidel, O. u. R. Schrader) Anfang Sonntag 8, Sonntags 7 Uhr.

Prater-Theater. Kottbusener-Allee 7/9. Täglich: Amor von heute. Wehling, Gummor. Varadi-Duett. Dorrington-Family, Kunstrabfahrer. Livars, Drabstheil. Die Einbrecher von New York, Pant. The Piccad. Konzert. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis). Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Programm. Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung. Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Gstbahn-Park. Am Kottbusenerplatz, Rüdersdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich im Garten begl. in den unteren Sälen. Gottschalk Freikonzert. Mittwoch u. Sonnabend: Freilanz.

Kolonie Röntgenhöhe. Stat. Buch, Röntgenhof, Bevern. Gesund. hohe Lage, idyll. Umgebung, große Luftluft. Landparz. nach bill. v. M. 10,00. Gute an. Verkäufer auf dem Terrain. Kauf. erteilt Hohenberg, N. 28, Ramlstr. 38.

Schweizer Garten. Am Rönigsdor - Am Friedrichshagen 29/32. Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball. Zum Schluss: Eternos.

Schwarzer Adler. Friedrichsberg. Bernspringer Str. 8. Restaurant und Festsaal. Donnerstag, den 21. Juni 1906: Großes Extra-Militärkonzert. ausgeführt von der gesamten Kapelle des Schwedter Dragoner-Regiments No. 2 unter Leitung des Musikleiters Apel. Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf.

Langjährige Erfahrung hat uns gelehrt, dass milder, lieblicher Geschmack eine der hervorragendsten Qualitäts-Eigenschaften feiner türkischer Cigaretten ist. Wir haben aber auch gelernt, dass milder Geschmack ohne Einbusse an Aroma nur erreicht werden kann durch sachkundige Mischungen der sorgfältigst gewählten reifen Blätter türkischen Tabaks, zusammengestellt in genau harmonischem Verhältnis. Wir sind sicher, dass jeder Kenner welcher

# JOSETTI CIGARETTEN

probiert, zu der Ueberzeugung gelangen wird, dass wir in unseren Mischungen es erreicht haben, feinen, milden Geschmack mit köstlichem, qualitativem Aroma zu verbinden. Josetti-Cigaretten sind deswegen aussergewöhnliche Cigaretten nach jeder Richtung hin. Sie repräsentieren nicht allein den besten türkischen Tabak, welchen wir zu kaufen wissen, und nicht nur die sachverständigste Fürsorge in der Behandlung desselben, die man obwalten lassen kann, sondern auch sachkundig zusammengestellte und daher vollkommene Mischungen, die nur durch unermüdliche Aufmerksamkeit verbunden mit kritischer Beurteilung erreicht werden können. Es sind die Mischungen, welche den Josetti-Cigaretten ihren eigentümlichen, hochfeinen, qualitativollen Geschmack geben.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.  
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

*Josetti*



Zug mit für Josetti-Cigaretten bestimmten Tabak beladener Packtiere.

## Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sonnabend, den 23. Juni, in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

### Feier des 4. Stiftungsfestes.

Großer Ball. — Auftreten der Volksgängergesellschaft Lewandowski.

Ueberraschungen aller Art.  
Anfang 8 Uhr. — Eintritt: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.

Billetts sind in den Zahlstellen zu haben.

Es ladet zu zahlreichem Besuch ein. Das Komitee.  
NB. In den Bezirken, wo Sonnabend, den 23. Juni, Zahlabend ist, wird wegen des Stiftungsfestes nicht kassiert. Der Vorstand. 144/13



**Nürnberg 1906**  
Bayerische Jubiläums-  
Mai-Ausstellung Okt.

### Butter — Honig

Liefert franco garant. naturreine Grasschmalz, 10 Pf., Stoll 6,50 R., Blütenhonig 1/2, 10 Pf., Dose 4,30 R., 1/2, Butter, 1/2, Honig 5,20 R. 293/11 J. L. Schnoler, Burgaz 5 (Dessau).

### Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — R. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Ruffen, Franzosen, Blattläuse usw. Schachtel 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 12392\* — Zahlreiche Anerkennungen.

1000 Mark Belohnung

zahlt demjenigen, der mir einen Nachweis nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 81.

### Sie schlafen ruhig,

wenn Sie gegen Wanzen nebst Ernst Reichel's „Verstärktes Wangenfluid“ anwenden. Einziges Spezialmittel von unfehlbarer Wirkung, worüber tausende Anerkennungen. Nur echt und wirksam in Flaschen mit „Tod und Teufel“ a 50 Pf. 1., 2., und Literfl. 5.— Sprühhapparate 50 Pf. Erfolg garantiert. Erhältlich in Drogerien, wo Flasche mit „Tod und Teufel“ und bei Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstraße 4. Telefon-Nr. IV 646, 3190, 4562.

### Zuckerpreise steigen!

Wer sich für die Preisbewegungen an den Produktionsmärkten interessiert, verlange Proestler's Broschüre: „Das Wirtschafts- und Sozialbild der Gegenwart und der Zukunft“. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. (Komm. Otto Weber, Leipzig). Vollständige Ausgabe M. 2.—, Teil und Volksausgabe 60 Pf.

## Das Wunder Berlins

sind die bekannten Konfektionshäuser

3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte

80 Chaussee-Straße 80

9 Rosenthaler Straße 9

Ecke August-Straße.

137 Große Frankfurterstr. 137

zwischen Koppen- u. Fruchtstr. Chones Industrie-Palast

Herren-Anzüge, hocheleganter, von 4<sup>90</sup> M. an

Herren-Paletots, das Neueste, von 5<sup>60</sup> M. an

Kinder-Anzüge in feinsten Ausführungen von 1<sup>80</sup> M. an

Hosen in allen erdenklichen Mustern von 57 Pf. an

Wir bitten genau auf die Firma

zu achten **Blitz** zu achten

### Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Nachruf.

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

### Wilhelm Kluge

am 18. Juni 1906 im Alter von 62 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
163/17 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

### Paul Herrmann

am 18. Juni verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
87/17 Die Ortsverwaltung.

### Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Am 19. d. M. starb nach schwerem Leiden am Magenkrebs im Alter von 59 Jahren unser Mitglied, der Zimmerer

### Johann John.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., nachmittags 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, vom städtischen Krankenhaus am Urban, Grimmelstraße aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
25145 Der Vorstand.

### Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin u. Umgegend.

(Seite 6.)

Allen Kameraden hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

### Franz John

verstorben ist. 254/14

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban dem Thomas-Straße in Hildorf, Hermannstraße, statt.

Um rege Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

### Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.

Todes-Anzeige.

Am 17. Juni cr. verstarb das Mitglied, Kollege

### Gottlieb Fleischer.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Friedrichshagen aus nach dem Bartholomäus-Kirchhof in Weihensee, Kallensteinstraße, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
129/2 Die Ortsverwaltung.

### Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber, einziger Sohn

### Fritz

am 19. Juni nach kurzer Krankheit verstorben ist. 25096

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Halle des St. Simeons-Kirchhofes am Bräuer Weg aus statt. 25096

Die trauernden Eltern:

Fritz Sareyka und Frau  
Admiralstr. 20.

### Am Montag, den 18. Juni, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, verschied nach langem schweren Leiden mein lieber guter Mann, unser treu sorgender Vater, der Leichter

### Paul Hübner

im noch nicht vollendeten 85. Lebensjahre. 25135

Dies zeigt schmerzhaft an die trauernde Witwe

Sophie Hübner geb. Kretschmer.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

### Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empfehlung Aerzie u. Prof. grat. u. f. g. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.